Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
## Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

09.12.1970 - 50. Sitzung

**Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen**

Visual Library

# Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte


## 50. Sitzung

**am Mittwoch, dem 9. Dezember 1970**

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Engel, Menke, Schnakenberg.

Unentschuldigt fehlt der Abgeordnete Kauffmann.

---

## INHALT


Aufnahme des Abg. Schubert als Hospitant in die CDU-Fraktion . . . . . 2787

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2787
Abg. Dr. Sieling (CDU) . . . . . 2787
Abg. Hauptmann (FDP) . . . . . 2787

Weitere Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . . 2788

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2788

**Fragestunde** . . . . . 2789

**Anfrage: Vertragsverhältnisse im Bereich der Universität Bremen**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 419)**
**— Mündliche Beantwortung —**
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 2791
Abg. Klein (CDU) . . . . . 2792
Abg. John (FDP) . . . . . 2793
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 2793
Abg. Klein (CDU) . . . . . 2795
Abg. Dr. Czichon (SPD) . . . . . 2797
Abg. John (FDP) . . . . . 2799
Abg. Schepers (CDU) . . . . . 2801
Abg. Klein (CDU) . . . . . 2803
Abg. Franke (SPD) . . . . . 2804
Abg. Meurer (CDU) . . . . . 2808
Abg. Dr. Sieling (CDU) . . . . . 2809
Abg. Friedrich Meier (SPD) . . . . . 2811
Abg. Vorsatz (NPD) . . . . . 2811
Abg. Dr. Sieling (CDU) . . . . . 2812

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970:**
**Abkommen zwischen den Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland zur Sicherung der Besoldungseinheit vom 14. Oktober 1970**
**(Drucksachenabteilung I Nr. 136)**
Abg. Dr. Cassens (CDU) . . . . . 2813
Abg. Fröhlich (SPD) . . . . . 2814

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970:**
**Finanzplan 1970 bis 1974**
**(Drucksachenabteilung I Nr. 137)** ausgesetzt 2816

**Dringlichkeitsantrag: Bericht des Senats über Steuereinnahmen und Höhe der Ausgabenreste nach dem Stande vom 31. 12. 1970 sowie Vorlage eines Investitionsprogramms 1970 bis 1974**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 435)** . . . . . 2816

**Dringlichkeitsantrag: Bericht des Senats über das Steueraufkommen im Jahre 1970 und über den Haushaltsabschluß 1970 (Drucksachenabteilung II Nr. 437)**

Abg. Klein (CDU) . . . . . 2816
Senator für die Finanzen Speckmann . . . 2818
Abg. Hauptmann (FDP) . . . . . 2820
Abg. Marianne Hänecke (CDU) . . . . . 2821
Abg. Götze (SPD) . . . . . 2821
Senator für die Finanzen Speckmann . . . 2822
Abg. Klein (CDU) . . . . . 2822
Abg. Dr. Sieling (CDU) . . . . . 2822
Abg. Brouwer (NPD) . . . . . 2823
Abg. Iversen (CDU) . . . . . 2823
Abg. Friedrich Meier (SPD) zur Geschäftsordnung . . . . . 2824
Senator für das Bauwesen Seifriz . . . . 2824
Abstimmung . . . . . 2824

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 24. November 1970:**

**Wohnungsbauförderung 1970/71 und Nachfinanzierung des Wohnungsbauförderungsprogramms 1969/70 (Drucksachenabteilung I Nr. 138)**

Abg. Brouwer (NPD) . . . . . 2824
Abg. Ramke (CDU) . . . . . 2825
Abg. Kähler (SPD) . . . . . 2827
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) . . . . . 2827
Abg. Gassdorf (CDU) . . . . . 2829
Senator für das Bauwesen Seifriz . . . . 2829
Abstimmung . . . . . 2829

**Bericht Nr. 32 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 45)** . . . . . 2830

**Bericht Nr. 33 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 46)** . . . . . 2830

**Bericht Nr. 34 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 47)** . . . . . 2830

**Bericht Nr. 35 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 48)** . . . . . 2830

**Anfrage: Bremen-Werbung „Wir verschenken unseren alten Ruf" (Drucksachenabteilung II Nr. 424) — Mündliche Beantwortung —** . . ausgesetzt 2830

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Drucksachenabteilung II Nr. 391) 1. Lesung** . . . . . ausgesetzt 2831

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 417) 2. Lesung** . . . . . 2831

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen (Drucksachenabteilung II Nr. 418) 2. Lesung** . . . . . 2831

**Dringlichkeitsantrag: Bericht des Senats über Maßnahmen zum Umweltschutz (Drucksachenabteilung II Nr. 436)**

Abg. John (FDP) . . . . . 2831

**Antrag: Einsetzung eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses zur Erarbeitung eines Programms und eines Gesetzes betr. Umweltschutz (Drucksachenabteilung II Nr. 420)** ausgesetzt 2831

**Antrag: Haushaltsmittel zur Durchführung vorbeugender Gesundheitsmaßnahmen (Drucksachenabteilung II Nr. 430)** . . . . . 2831

**Antrag: Durchführung unterstützender Gesundheitsmaßnahmen bei Kindern (Drucksachenabteilung II Nr. 431)**

Abg. Marta Kruse (NPD) . . . . . 2832
Abg. Schelter (SPD) . . . . . 2833
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) . . . . . 2834
Abg. Marta Kruse (NPD) . . . . . 2835
Abg. Marianne Hänecke (CDU) . . . . . 2836
Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen . . . . . 2836
Abg. Marta Kruse (NPD) . . . . . 2837
Abstimmung . . . . . 2838

**Antrag: Zweites Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (Kindergartengesetz) (Drucksachenabteilung II Nr. 432) 1. Lesung**

Abg. Ehlers (CDU) . . . . . 2838
Abg. Bugla (SPD) . . . . . 2842
Abg. Marta Kruse (NPD) . . . . . 2842
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . . 2843
Abg. Ehlers (CDU) . . . . . 2844

**Antrag: Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (Ergänzung des Artikels 80 — Verlust der Mitgliedschaft in der Bürgerschaft durch Austritt aus einer Fraktion —)**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 433)**
**1. Lesung**

Abg. John (FDP) . . . . . 2845
Abg. Vorsatz (NPD) . . . . . 2847
Abg. Dr. Klink (SPD) . . . . . 2849
Abg. Fischer (CDU) . . . . . 2850

**Wahl eines nichtständigen Ausschusses gemäß § 125 der Landesverfassung** . . . . . 2850

**Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung** . . . . . 2851

## Präsidium

Vizepräsident **Dr. Zander** Vizepräsident **Dr. Klink**

Schriftführer **Hardegen**

## Am Senatstisch

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

**Senator für das Bildungswesen Thape (SPD)**

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Schulz** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Coenen** (Senator für Justiz und Verfassung)

Senatsdirektor **Dr. Koch** (Senator für das Gesundheitswesen)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Wohlfahrt und Jugend)

Leitender Regierungsdirektor **Dr. Keller** (Senator für die Finanzen)

Leitender Regierungsdirektor **Marwitz** (Senator für das Bauwesen)

Oberregierungsrat **Küster** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Oberregierungsrat **Lahmann** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung um 10.16 Uhr.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Die CDU-Fraktion teilt in einem Schreiben vom 24. 11. 1970 mit, daß sie den Abgeordneten Paul-Heinz Schubert am 23. 11. 1970 als Hospitanten in ihre Fraktion aufgenommen hat.

(Abg. Stäcker [SPD]: Da klatscht selbst die CDU nicht mehr!)

Es sind drei Dringlichkeitsanträge eingereicht worden, und zwar Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion vom 3. Dezember 1970: Bericht des Senats über Steuereinnahmen und Höhe der Ausgabenreste nach dem Stande vom 31. 12. 1970 sowie Vorlage eines Investitionsprogramms 1970 bis 1974 (Drucksachenabteilung II Nr. 435).

Der Antrag wurde hektographiert verteilt. Ich nehme an, daß ich auf eine Verlesung verzichten kann. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Gemäß § 21 der Geschäftsordnung muß zunächst ein Beschluß über die dringliche Behandlung herbeigeführt werden.

Soll die Dringlichkeit begründet werden?

Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auf Antrag meiner Fraktion ist die Debatte um den Finanzplan 1970-1974 ausgesetzt worden. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir der Meinung sind, daß ein so umfassender Bericht nur auf einer sicheren, festen Grundlage in diesem Hause debattiert werden sollte. Um zeitgerecht zu dieser Grundlage zu kommen, haben wir unseren Antrag 435, in dem wir den Senat um Auskünfte in bezug auf die Ist-Einnahmen, die Haushaltsausgabenreste und die Investitionsprogramme bitten, als Dringlichkeitsantrag gestellt.

Meine Damen und Herren, da wir die Antwort des Senats als Grundlage für die kommende Debatte über den Finanzplan 1970-1974 benötigen, möchten wir Sie bitten, der Dringlichkeit dieses Antrags zuzustimmen. Wir werden entsprechend verfahren bei dem von der FDP eingebrachten Antrag, der auch als Dringlichkeitsantrag vorgelegt worden ist. — Ich danke Ihnen!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich werde den Antrag außerhalb der Tagesordnung nach Punkt 3 zur Verhandlung stellen.

Zu dem gleichen Themenkreis ist von dem Abgeordneten Hauptmann und FDP-Fraktion sowie von den Abgeordneten Gisela Müller-Wolff und Böhrnsen und SPD-Fraktion ein weiterer Dringlichkeitsantrag eingereicht worden: Bericht des Senats über das Steueraufkommen im Jahre 1970 und über den Haushaltsabschluß 1970 (Drucksachenabteilung II Nr. 437).

Auch dieser Antrag wurde hektographiert verteilt. Auf eine Verlesung kann ich daher wohl verzichten? — Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist beschlossen.

Soll die Dringlichkeit dieses Antrags begründet werden?

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Hauptmann.

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzplan und der Finanzbericht sollten heute in der Bürgerschaft behandelt werden. Sie sind auf Antrag der CDU ausgesetzt worden, weil sie weitere Unterlagen haben will, wie es hier in dem der Bürgerschaft vorgelegten Dringlichkeitsantrag heißt. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Antrag zu weitgehend ist und man vom Senat nur Vorlagen verlangen kann, die er auch in der Lage ist, zeitlich, termingerecht bis zur nächsten Sitzung vorzulegen. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dem Senat aufgibt, bis zum 8. Januar das Steuereinkommen in Land und Stadtgemeinde und den Abschluß des Haushalts 1970 bis zum 20. Januar 1971 in mündlicher Form der Bürgerschaft vorzutragen.

Ich glaube, daß die Dinge, die in unserem Dringlichkeitsantrag verlangt werden, aus zeitlichen Gründen möglich sind, aber das, was die CDU mit ihrem Dringlichkeitsantrag verlangt, einfach nicht möglich ist. Das wissen auch Ihre Mitglieder in der Finanzdeputation und im Haushaltsausschuß. Ich bitte also, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Wer der dringlichen Behandlung auch dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Dringlichkeit zu.

(Einstimmig)

Ich möchte vorschlagen, auch diesen Dringlichkeitsantrag gemeinsam mit dem soeben beschlossenen Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion nach Punkt 3 der Tagesordnung zu behandeln.

Widerspruch erhebt sich nicht. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Weiterhin liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor: Interfraktioneller Dringlichkeitsantrag vom 3. Dezember 1970: Bericht des Senats über Maßnahmen zum Umweltschutz (Drucksachenabteilung II Nr. 436).

Auch dieser Antrag ist hektographiert verteilt worden. Eine Verlesung ist deshalb wohl nicht erforderlich. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Auch in diesem Fall muß zunächst gemäß § 21 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung beschlossen werden.

Zur Begründung der Dringlichkeit Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Obwohl es sich hier um einen interfraktionellen Dringlichkeitsantrag handelt, möchte ich im Namen meiner Fraktionskollegen kurz etwas zur Begründung der Dringlichkeit sagen.

Die CDU-Fraktion hatte zu dieser Sitzung einen Antrag auf Einsetzung eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses zur Erarbeitung eines Programms und eines Gesetzes für den Umweltschutz eingebracht. Auf Anregung der SPD-Fraktion haben wir unseren Antrag ausgesetzt zugunsten dieses interfraktionellen Dringlichkeitsantrags, der als erste Frucht schon einmal abgefallen ist. Wir wollen durch diesen Dringlichkeitsantrag die Grundlagen schaffen, den geplanten nichtständigen parlamentarischen Ausschuß mit einer klaren Marschrichtung seine Arbeit beginnen lassen zu können. Da der Ausschuß erst möglich ist, wenn wir die Antwort des Senats haben, bitte ich, die Dringlichkeit unterstützen zu wollen.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Wer der Dringlichkeit dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die dringliche Behandlung auch dieses Antrags.

(Einstimmig)

Entsprechend einer interfraktionellen Absprache werde ich diesen Antrag auch außerhalb der Tagesordnung vor Punkt 14 zur Verhandlung stellen.

Alle weiteren Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

**Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

1. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 1. Dezember 1970:
   Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände (Drucksachenabteilung I Nr. 139).
2. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 1. Dezember 1970:
   Gesetz zur Änderung des Bremischen Höfegesetzes (Drucksachenabteilung I Nr. 140).
3. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 8. Dezember 1970:
   Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen (Drucksachenabteilung I Nr. 141).
4. Anfrage des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion vom 26. November 1970:
   Fürsorgerische Beratungs- und Besuchsdienste (Drucksachenabteilung II Nr. 434).
4. Antrag des Abgeordneten Böhrnsen und SPD-Fraktion vom 8. Dezember 1970:
   Änderung des geltenden Bodenrechts (Drucksachenabteilung II Nr. 438).

   Die Mitteilungen des Senats, die Anfrage und der Antrag kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

**Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung**

1. Empfehlung der Konferenz für Stipendien für ein grundsätzlich obligatorisches **Auslandsstudium der Studenten** fremdsprachlicher Disziplinen. Überreicht von Professor Dr. Figge als Vorsitzendem der Konferenz der romanischen Seminare im Deutschen Romanistenverband.
2. Schreiben von Herrn Pfarrer i. R. Gumlich, Berlin, zur Frage eines neuen **Bodenrechts.**
3. Situationsbericht der Siedlergemeinschaft Eckernfeld (Bremerhaven) über die festgestellten Folgen der **Erzstaubbelästigungen** in diesem Wohnbezirk. Diese Eingabe wurde jedem Abgeordneten bereits zugestellt.
4. Untersuchung **„Werbefernsehen und Tageszeitungen"**, überreicht vom Markenverband e. V.
5. Stellungnahme des Verbandes Deutscher Biologen zum Rahmenplan der Kulturminister-Konferenz für die **Lehrerausbildung.**
6. Denkschrift **„Pensionen ohne Illusionen"**, überreicht vom Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund.
7. Mehrere Unterlagen des Verbandes der **Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner** Deutschlands e. V., Bezirksverband Bremen, mit denen ein Einblick gegeben wird in die Arbeit dieses Verbandes.

   Alle Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Interfraktionell wurde vereinbart, die Reihenfolge der Tagesordnung umzustellen, und zwar soll der Punkt 9 nach dem Punkt 1 beraten werden. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil eine Klasse der Gewerblichen Berufsschule Bremen-Nord, eine Klasse der Hauptschule Lüder-Clüver-Straße, eine Gruppe der Schule der Technischen Truppen II aus Bremen-Grohn, eine Klasse der Katholischen Gesamtschule sowie zwei Klassen der Hauptschule Wilhelm-Leuschner-Straße.

Ich heiße unsere Gäste herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte sodann nicht versäumen, dem Abgeordneten Walter Ostendorff, der am heutigen Tag seinen Geburtstag begeht, die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

(Starker Beifall)

Vom Senat begrüße ich Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann, Herrn Senator Löbert, Herrn Senator Jantzen, Herrn Senator Seifriz, Herrn Senator Schulz.

Außerdem sind anwesend Herr Senatsdirektor Kreuser, Herr Senatsdirektor Dr. Koch, Herr Senatsdirektor Dr. Reif, Herr Regierungsdirektor Dr. Schilling, Herr Leitender Regierungsdirek-

tor Marwitz und Herr Oberregierungsrat Raedeker.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

## Fragestunde

Es sind zwei Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen. Sie ist unterschrieben von dem Abgeordneten Stäcker und SPD-Fraktion.

Ich bitte den Abgeordneten Stäcker, die Frage zu stellen.

Abg. **Stäcker** (SPD): Wir fragen den Senat:

Welches sind die Gründe, die den Senat bewogen haben, vor der voraussichtlichen Änderung der Reichsversicherungsordnung (RVO) allgemeine Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen bereits ab 1. 1. 1971 durchführen zu lassen?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Senator Jantzen, ich darf Sie bitten, die Frage zu beantworten!

**Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen:** Der Senat antwortet wie folgt:

Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten haben in der Medizin und in der Gesundheitspolitik ein immer größeres Gewicht erhalten. Gesundheitsvorsorge muß vor allem bei den Krankheiten ansetzen, deren Früherkennnung möglich ist.

Die Methode der feingeweblichen Untersuchung von Abstrichen, vor allem zur Früherkennung des Unterleibskrebses der Frau, ist eigentlich erst in den letzten 10 Jahren praxisreif geworden. Es ist nicht länger zu verantworten, den Beginn dieser Untersuchungen weiter hinauszuschieben. Die Maßnahmen des Senats dienen als Starthilfe und der Sicherung einer ausreichenden Labor-Kapazität sowie der Schaffung von Ausbildungsplätzen für Assistentinnen der Zellgewebsuntersuchungen.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Stäcker, haben Sie noch eine weitere Frage? — Bitte Herr Stäcker!

Abg. **Stäcker** (SPD): Ich möchte mir folgende Frage erlauben: Herr Senator, wer kann an einer solchen Untersuchung teilnehmen, und mit welcher Beteiligungsquote wird gerechnet?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Senator, wollen Sie die Frage beantworten?

**Senator Jantzen:** Zur Teilnahme sind berechtigt — in Übereinstimmung mit den Krankenkassen und dem Senat, das heißt dem Gesundheitssenator, vereinbart — Frauen ab 30. Lebensjahr, und zwar selbst- und familiengesicherte einmal jährlich. Wir rechnen mit einer Beteiligungszahl von 25 Prozent der über 30 Jahre alten Frauen im Land Bremen — deren Zahl sich auf 245 000 beläuft —, für die eine Untersuchung in Frage kommen könnte. Das ist ein Erfahrungswert anderer Bundesländer.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Wollen Sie noch eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte, Herr Stäcker!

Abg. **Stäcker** (SPD): Wie hoch werden die Gesamtkosten geschätzt, und wie ist die Kostenteilung zwischen den Krankenkassen und dem Land Bremen eventuell in Aussicht zu nehmen?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Die Kostenbeteiligung wird bei zirka 1,5 Millionen DM liegen bei einer Beteiligung von 25 Prozent der von mir bereits vorhin genannten Zahl von 245 000 Frauen. Die Kosten teilen sich wie folgt auf: Die Krankenkassen übernehmen die Kosten für die jeweilige Untersuchung bei den durch die Ärztekammer aufgegebenen niedergelassenen Ärzten. Die Restsumme von 786 500 DM sind die Mittel, die aufgebracht werden müssen, um Laboreinheiten und gleichzeitig auch die Personalsituation in den Labors, in denen die Feingewebeabstriche untersucht und diagnostiziert werden müssen, zu finanzieren.

Ich darf mich hier an dieser Stelle bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und bei meinem Kollegen Speckmann recht herzlich dafür bedanken, daß wir mit der Zurverfügungstellung der 786 500 DM in der Lage sind, am 1. Januar 1971 mit dieser Maßnahme in Bremen zu beginnenn.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Werden von anderen Abgeordneten Zusatzfragen gewünscht? — Bitte Frau Hänecke!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Senator, würden Sie uns bitte sagen, welche Vorstellungen Sie haben, wie die Labors eingerichtet und personell besetzt werden sollen?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Die Labors werden bei vier kommunalen Krankenhäusern und zwei gemeinnützigen Krankenhäusern eingerichtet. Wir werden aber gleichzeitig die bei niedergelassenen Ärzten vorhandene Laborkapazität für diese Untersuchungsmaßnahmen mit nutzen. Die personelle Besetzung ist durch die von uns eingeleitete Maßnahme sichergestellt, sodaß wir mit der Zurverfügungstellung von 400 000 DM durch die Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen die Laborkapazität medizinisch-technisch haben ausbauen können und gleichzeitig diesen Ausbau der Laborkapazitäten als eine Ausbildungsmöglichkeit für die medizinisch-technischen Assistenten nützen können, um damit gegenwärtig und zukünftig die Personalsituation zu sichern.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Werden weitere Zusatzfragen gewünscht? — Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Senator, ist es auf eine Initiative des Senats zurückzuführen, daß zum Beispiel die Deutsche Angestellten Krankenkasse bereits im November dieses Jahres Untersuchungsmöglichkeiten im Rahmen der vorbeugenden Krebsmaßnahmen unentgeltlich an die in Betracht kommenden Mitglieder zur Verfügung gestellt hat?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Es ist nicht auf die Initiative des Bremer Senats zurückzuführen, weil der Bundesverband der Ersatzkrankenkassen auf einer Tagung in Düsseldorf beschlossen hat, diese Maßnahmen jetzt als eine Regelleistung dieser Krankenkassen, das heißt der Ersatzkrankenkassen, durchzuführen. Sicherlich hat die Initiative sowohl des Bremer Senats als auch anderer Landesregierungen, diese Dinge als eine vorsorgende Maßnahme einzuleiten, dazu geführt, das Verhalten bei den Ersatzkassen dementsprechend zu stimulieren.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Wir kommen jetzt zur zweiten Frage. Sie befaßt sich mit dem Anschluß niedersächsischer Gemeinden an das Telefonortsnetz Bremen. Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Schumacher, Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Herr Abgeordneter Schumacher, ich darf Sie bitten, die Frage zu stellen!

Abg. **Schumacher** (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist der Senat bereit, sich bei der Deutschen Bundespost dafür einzusetzen, daß die angrenzenden niedersächsischen Gemeinden, soweit sie zum Wirtschaftsraum Bremen gehören, an das Ortsnetz Bremen angeschlossen werden, wie es auch in anderen Ballungsräumen Praxis ist?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Diese Frage wird von Herrn Senator Dr. Borttscheller beantwortet.

Bitte, Herr Senator!

**Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Senat antwortet mit Ja!

Ich möchte aber noch mehr dazu sagen: Der Senat hat sich seit den vorigen Jahren bemüht, im Sinne der Anfrage Fortschritte zu machen. In gutem Einvernehmen mit der Deutschen Bundespost, insbesondere mit der Oberpostdirektion Bremen, ist es gelungen, die niedersächsischen Orte Brinkum, Lemwerder, Neuenkirchen in das Ortsnetz einzugliedern. Und im Jahr 1951 — es ist schon lange Zeit her — kamen die bis dahin bestehenden selbständigen Ortsnetze Farge, Vegesack und Lesum hinzu, so daß die Fernsprechteilnehmer die Möglichkeit haben, über eine Entfernung von nahezu 40 Kilometern Gespräche für eine Ortsgebühr zu führen.

Das Interesse der Fernsprechteilnehmer auf niedersächsischem Gebiet, in das Ortsnetz Bremen einbezogen zu werden, hat die volle Aufmerksamkeit des Senats und auch der Oberpostdirektion. Hier sind aber durch die Fernsprechordnung in der Fassung vom 1. Januar 1957 Grenzen gezogen. Darin ist niedergelegt, daß die weitere Ausdehnung jeder Ortsnetze zu vermeiden sei. Es sei nur zulässig, wenn die neue Vemittlungsstelle in einem Gebiet errichtet werde, das sich geschlossen über die Ortsnetzgrenze hinaus erstrecke und zur selben Gemeinde gehöre. Erstrecke sich der räumliche Zusammenhang auf eine andere Gemeinde, so sei dies für sich allein kein Grund für eine weitere Ausdehnung des Ortsnetzbereichs.

Diese Hindernisse haben den Senat nicht abgehalten, immer wieder, teils hier, teils in Bonn, wegen der Einbeziehung nahe von Bremen liegender niedersächsischer Gebiete vorstellig zu werden. Es bot sich von selber an, den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, Herrn Staatsrat Richter, damals noch Mitglied des Postverwaltungsrats, zu beauftragen, eine Ausweitung des bremischen Ortsnetzbereichs auf niedersächsisches Gebiet zu erwirken, in dem zeit- und entfernungsunabhängig telefoniert werden kann.

Aber hier sind, wie bereits gesagt und wie die Staatssekretärin im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen zuletzt am 5. Mai 1969 antwortete, Grenzen gesetzt, und zwar nicht nur durch die Fernsprechordnung, die ich erwähnt habe, sondern auch durch die Kosten, die der Bundespost dadurch entstehen. Die Ausdehnung des Ortsnetzes Bremen zu forcieren hieße, die billigen Ortstarife in Frage zu stellen und unter Umständen zu erhöhen.

Trotz allem bleibt der Senat bemüht, die Einbeziehung weiterer niedersächsischer Gemeinden in das bremische Fernsprechnetz zu erreichen. Eine Sofortlösung ist aus den dargelegten Gründen nicht zu erwarten. Ich hoffe aber, daß die sozialliberale Koalition mehr erreicht als die große Koalition im Mai 1969.

(Hört, hört! bei der CDU — Abg. K o s c h e k [CDU]: Das hoffen wir schon lange, aber da kommt ja nichts!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Schumacher, haben Sie den Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Bitte, Herr Schumacher!

Abg. **Schumacher** (CDU): Der Herr Senator hat erklärt, er würde seine Bemühungen fortsetzen. Können Sie mir sagen, Herr Senator, welche Gemeinden angeschlossen werden sollen?

(Abg. H a u p t m a n n [FDP]: Alle!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Borttscheller:** Das ist doch Ihr Wunsch. Sie müssen sagen, welche Gemeinden einbezogen werden sollen.

Abg. **Schumacher** (CDU): Sie haben eben gesagt — —

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Schumacher, bitte keine Unterhaltung. Es ist von

Ihnen jetzt eine Zusatzfrage gestellt worden. Sie haben jetzt das Recht, eine weitere Zusatzfrage zu stellen. — Bitte sehr, Herr Schumacher!

Abg. **Schumacher** (CDU): Wird der Senat bereit sein, auch in Bremerhaven zum Beipiel die Gemeinde Langen anzuschließen, in Bremen die Gemeinden Ritterhude, Osterholz und Achim?

(Abg. Fröhlich (SPD): Und Hannover!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Borttscheller:** Ja, grundsätzlich sind wir bereit, den Bereich des Großnetzes Bremen auf niedersächsisches Gebiet auszudehnen. Über die Handicaps, die wir da zu überwinden haben, habe ich eben das Nötigste gesagt. Im übrigen ist der Begriff Großwirtschaftsraum dehnbar, ich möchte nicht sagen wie Gummi, aber wo ist hier die Grenze! Aber die Orte, die Sie genannt haben, bieten sich an, angefaßt zu werden. Wir werden in diesem Sinn weiterhin tätig werden.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Werden noch weitere Zusatzfragen gewünscht?

Das Wort zu einer Zusatzfrage hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Senator, ist der Senat bereit, den nächsten Versuch zur Ausdehnung des Ortsnetzes Bremen zu unternehmen, wenn die bei der Bundespost zur Debatte stehende Erhöhung der Grundgebühren zur Verbesserung der Einnahmelage jetzt in die Wirklichkeit umgesetzt wird?

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Borttscheller:** Herr von Groeling-Müller, das hieße ja doch, die Erhöhung der Bundesposttarife geradezu herauszufordern. Warten wir erst einmal ab. Dann lassen wir wieder mit uns reden.

(Abg. Koschek [CDU]: Das sind die Erfolge der sozialdemokratischen Regierung!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Senator, sind Sie mit mir der Meinung, nachdem ja die CDU/CSU bisher immer den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen gestellt hat, daß eine Gerechtigkeit nur dann eintreten könnte, wenn man ein einheitliches Netz für die gesamte Bundesrepublik und einheitliche Gebühren schaffen würde? Alles andere ist nach meiner Auffassung, wenn Sie dem beipflichten würden, Flickwerk.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Meier, ich darf darauf aufmerksam machen, daß der letzte Satz keine Frage war.

Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Borttscheller:** Herr Abgeordneter Meier, es ist in hohem Maß erwünscht, ein einheitliches Netz zu schaffen. Das wär im wahrsten Sinn des Wortes ein technischer Fortschritt. Wir sind ja auch ein technischer Fortschritt: unsere Koalition.

(Heiterkeit)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Wir kommen jetzt zu dem vorgezogenen Tagesordnungspunkt:

**Anfrage: Vertragsverhältnisse im Bereich der Universität Bremen**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 419)**
**— Mündliche Beantwortung —**

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser.

Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Sie liegt den Abgeordneten gedruckt vor. Auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Die mündliche Beantwortung der Anfrage hat die Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 11. November 1970 beschlossen.

Herr Senator Thape, sind Sie bereit, die Anfrage zu beantworten?

(Senator Thape: Ja!)

Bitte sehr!

**Senator für das Bildungswesen Thape:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Anfrage der CDU antwortet der Senat wie folgt:

Die erste Frage lautet: Wieviel sogenannte Planer und andere Bedienstete im Bereich der Universität haben bisher mit dem Senat der Freien Hansestadt Bremen ein dienstrechtliches, arbeitsrechtliches oder sonstiges vergütetes Vertragsverhältnis abgeschlossen?

Darauf erteilt der Senat folgende Antwort: Am 7. Dezember 1970 waren es 53 Personen.

Die zweite Frage lautet: Um welche Verträge handelt es sich im einzelnen und wie hoch sind die Vergütungen?

Darauf erteilt der Senat folgende Antwort: Es handelt sich um 19 Beamte, 21 Angestellte, 7 Arbeiter und 6 auf Vertragsbasis tätige Mitarbeiter. Im einzelnen sind tätig: 1 Beamter nach Besoldungsgruppe A 15, 2 Beamte nach Besoldungsgruppe A 14, davon einer mit Bezügen nach Besoldungsgruppe B 8, 1 Beamter nach Besoldungsgruppe A 13, 2 Beamte nach Besoldungsgruppe A 12, 2 Beamte nach

Besoldungsgruppe A 10, 5 Beamte nach Besoldungsgruppe A 9, davon 3 als apl.-Beamte, 1 Beamter nach Besoldungsgruppe A 8, 1 Beamter nach Besoldungsgruppe A 7, 4 Beamte nach Besoldungsgruppe A 6, davon 2 als apl.-Beamte, 2 Angestellte nach Vergütungsgruppe I b mit befristeten Verträgen, 5 Angestellte nach Vergütungsgruppe II a mit befristeten Verträgen, 1 Angestellter nach Vergütungsgruppe IV b, 2 Angestellte nach Vergütungsgruppe V b, 4 Angestellte nach Vergütungsgruppe VII, 4 Angestellte nach Vergütungsgruppe VIII, 1 Angestellter nach Vergütungsgruppe IX b und 2 Angestellte mit befristeten Verträgen, deren Eingruppierung noch offen ist. 6 Arbeiter nach Lohngruppe II, 1 Arbeiter nach Lohngruppe IV-VI, 1 Berater mit einer Vergütung von 5 600 DM, 1 Berater mit einer Vergütung von 3 600 DM, 1 Werkvertrag mit einer Vergütung von 4 403,70 DM, 1 Berater mit einer Vergütung von 2 400 DM und ein Werkvertrag mit einer Vergütung von 2 700 DM.

Die dritte Frage lautet: Welche tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen hat der Senat für die Besoldung oder Vergütung eingestellter Bediensteter und die Honorierung anderer Vertragsleistungen als erfüllt angesehen?

Darauf erteilt der Senat folgende Antwort: Die Besoldung und Vergütung der Bediensteten ist nach Maßgabe der besetzbaren Planstellen und der einschlägigen Beamtenbesoldungs- und tarifrechtlichen Bestimmungen festgesetzt worden. Die Honorare der Beratungs- und Werkverträge sind aufgrund vorhandener Haushaltsmittel nach der Laufzeit der Verträge beziehungsweise dem Umfang der gestellten Aufgaben, nach dem Ausmaß der Inanspruchnahme der Vertragspartner, sowie nach deren für den Erfolg vorausgesetzten Qualifikationen bemessen.

Die vierte Frage lautet: Sind auch mit Personen dienstrechtliche, arbeitsrechtliche oder sonstige vergütete Verträge abgeschlossen worden, obgleich der Senat und/oder Senatskommission für Universitätsfragen entweder nicht zugestimmt oder eine Entscheidung zurückgestellt haben?

Falls ja, um welche Personen und Verträge handelt es sich im einzelnen, auf wessen Veranlassung wurden Sie abgeschlossen, welche Laufzeiten sind vereinbart worden, wie hoch sind die jeweiligen Vergütungen?

Darauf erteilt der Senat folgende Antwort: Nein. Soweit mit Personen, deren Einstellung abgelehnt worden ist, bereits vor der Ablehnung Werkverträge abgeschlossen worden waren, sind diese nicht verlängert worden.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Gemäß § 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung muß ich das Haus nunmehr befragen, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll.

Wer dafür ist, daß eine Aussprache stattfindet, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, in eine Aussprache einzutreten.

(Einstimmig)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antwort des Herrn Senators für das Bildungswesen wird uns ja noch schriftlich zugehen, und wir werden sie dann im einzelnen auswerten. Ich möchte aber jetzt schon auf einige mir wichtig erscheinende Punkte hinweisen und auch den Herrn Senator bitten, einige zusätzliche Aufklärungen zu geben.

Der Anlaß unserer Anfrage war der folgende: Wir sind davon unterrichtet worden aus, wie man so schön sagt, glaubwürdiger Quelle, daß zwei Planerinnen Zeitverträge erhalten haben, nachdem die Senatskommission für Universitätsfragen die Anstellung dieser Planerinnen abgelehnt hatte. Der Abschluß dieser beiden Zeitverträge, die jeweils vergütet wurden mit monatlich 1 800 DM, ist geschehen auf Wunsch des Gründungsrektors, Dr. Thomas von der Vring, die Unterzeichnung erfolgte durch einen Beamten auf Anweisung des Senatsdirektors Kreuser im Bereich für das Bildungswesen.

Wir waren der Auffassung, daß eine solche Handhabung zu beanstanden ist, und wir sind auch nach dieser Antwort des Senators Thape nicht in der Lage, diese Beanstandung zurückzunehmen. Wir halten sie aufrecht.

Darüber hinaus war folgendes der Grund für unsere Anfrage: Wir entnahmen im August dieses Jahres der Presse, und zwar der überregionalen Presse, daß die Universität Bremen Referentenstellen besetzen wollte, unter anderem die Stelle eines Pressereferenten, und wir wußten, daß eine solche Referentenstelle im Bereich der Universität nicht vorhanden war. Wir wurden dann damit konfrontiert, daß ein Pressereferent des Gründungsrektors sein Amt antrat, sich auch bei uns in der Fraktion als Pressereferent vorstellte, und wir konnten immer noch nicht feststellen, daß eine Stelle für diesen Herrn bewilligt worden war. Erst einige Zeit nach der Anstellung dieses Referenten und auch eines anderen Referenten für innere Information im Bereich der Universität wurde dem Haushaltsausschuß eine Vorlage mit der Bitte unterbreitet, für diese beiden Herren zwei II a/ I b-Stellen zu bewilligen.

Als wir darauf hinwiesen — das war nicht nur eine Intervention des CDU-Vertreters im Haushaltsausschuß —, daß ja die Herren bereits in Funktion getreten und entsprechende Ausschreibungen vor einigen Monaten erfolgt seien, da wurde von den Universitätsvertretern mitgeteilt, daß diese Herren bislang auf der Basis von Werkverträgen ihren Dienst verrichtet und ihre Vergütung erhalten hätten.

Ich bin der Auffassung, daß das ein wirklich bedenkliches Verfahren ist. Ein Dienstverhältnis ist

von einem Werkvertragsverhältnis qualitativ verschieden. Wenn ohne eine Stelle ein faktisches Dienstverhältnis begründet wird, dann handelt es sich um einen erheblichen Verstoß gegen das Haushaltsrecht und gegen die hiesige Bewilligungspraxis. Man kann einen solchen Fehler nicht dadurch verbrämen, daß man sagt, es handelt sich um Werkverträge, die aus Sachmitteln besoldet werden, ohne daß der Haushaltsausschuß oder die Finanzdeputation entsprechende Bewilligungen zu erteilen hätten.

Der Haushaltsausschuß hat sich dieser Auffassung angeschlossen und beschlossen, daß zukünftig nicht mehr so verfahren werden darf. Damit war ein ganz wichtiges Anliegen unserer Anfrage bereits vor der Debatte in diesem Hause erfüllt.

Ich bedaure, Herr Senator Thape, daß Sie, insbesondere bei Ihrer Antwort zu Punkt 4 unserer Anfrage, bei der Antwort des Senats, die Sie hier vortrugen, nicht auf diese Sachverhalte eingegangen sind, die Ihnen ja sicherlich bekannt sind. Ich darf Sie deshalb bitten, uns zu erläutern, Herr Senator, weshalb Herr Senatsdirektor Kreuser Beamte angewiesen hat, mit zwei abgelehnten Planerinnen Zeitverträge abzuschließen, und zwar wohlgemerkt nach unseren Informationen nach der Ablehnung durch die Senatskommission für Universitätsfragen, und wie ist es möglich, daß im August Referentenstellen in der Öffentlichkeit ausgeschrieben werden, diese Referenten ihren Dienst antreten auf Werkvertragsbasis, und erst vor einigen Tagen diese Stellen durch den Haushaltsausschuß genehmigt werden?

Damit möchte ich zunächst unseren Beitrag begrenzen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es sind in der Tat aus überregionalen Zeitungen und, wie man häufig sagt, hinter vorgehaltener Hand, Dinge geflüstert worden, von denen man in den vergangenen Monaten und Wochen nicht genau wußte, sind sie in der Tat so, oder verhalten sich die Dinge anders?

Ein Teil dieses Zweifels ist heute hier durch Herrn Senator Thape, durch seine Antwort, die er für den Senat gegeben hat, beseitigt worden. Es erhebt sich allerdings, und das ist die Frage für die Praxis der Zukunft, für uns als FDP-Fraktion zum Beispiel die Frage: Ist für die Zukunft gesichert, daß bei dem Abschluß von Werkverträgen — wobei es sich ja wohl um Sachmittel handelt, die verwendet werden dürfen in haushaltsrechtlicher Hinsicht —, bei dem Abschluß von Dienstverträgen zeitlich begrenzter Art oder auch für einen längeren Zeitraum die entsprechenden Bestimmungen herangezogen werden, die dafür in Frage kommen?

Ich glaube, eines sollte man angesichts dieser nicht erfreulichen Ereignisse im Rahmen der Universität hier ganz klar zum Ausdruck bringen: Die Universität kann nicht für sich das diesem Hause zustehende Budgetrecht in Anspruch nehmen. Das letzte Wort hat dieses Haus und haben die entsprechenden Organe zu sprechen!

(Abg. Fischer [CDU]: Oder zu unterlaufen!)

Das würde ich im entsprechenden Sinne vermerken, Herr Kollege Fischer.

Die Universität kann auch zweitens nicht für ein anderes Verfassungsorgan sprechen, nämlich für den Senat der Freien Hanestadt Bremen, beziehungsweise in nicht ganz klarer Form dieses oder jenes passieren lassen. Die FDP-Fraktion hofft für die Zukunft, daß Zweifel, die auftauchen, eindeutig frühzeitig vorher ausgeräumt werden, weil wir nämlich meinen, daß es allen Beteiligten gut tut, daß die Universität gar nicht erst in Zweifel gerät, denn sie hat es wirklich dringend nötig, ihren Aufbau in einer Phase relativer Ruhe — so möchte ich es einmal ausdrücken — weiter voranzutreiben, damit wir in Bremen sagen können: Diese Universität, die wir seit langem wünschen, kann nun endlich ihre Arbeit aufnehmen.

Sie hat es allerdings auch aus einem anderen Grund nötig, so meine ich, und das sollten alle Mitarbeiter im Rahmen der Universität, und soweit sie im Bereich des Senators für das Bildungswesen tätig werden, bedenken: Es kann nicht angehen, daß auch nur ein leiser Zweifel entsteht, daß seitens der Universität die Verfassungsorgane dieses Landes, so wie sie in der Bremer Landesverfassung nun einmal stehen — ich meine das Parlament und den Senat —, und ihre Beschlüsse in irgendeiner Weise mißachtet werden könnten.

Ich glaube, das sollte die Lehre sein aus der Antwort des Senats und den Fragen, die dazu vorher gestellt worden sind, das sollte die Lehre sein, die wir alle für die Zukunft zu ziehen haben. Damit glaube ich, sollte man für heute, und, wie ich hoffe, auch für künftige Zeiten eine Entwicklung beenden, die, um es noch einmal zu sagen, jede Zwielichtigkeit ausschaltet.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat Herr Senator Thape.

**Senator für das Bildungswesen Thape:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es etwas merkwürdig, wennn von der CDU verlangt wird, daß ich Fragen beantworte, die nicht gestellt sind. Ich kann also nur die Fragen im Namen des Senats der Freien Hansestadt Bremen beantworten, die Sie gestellt haben. Die Antwort auf die Frage 4 ist nur um der besseren Verständigung willen ausgedehnt worden. An sich hätte sie mit

einem ganz klaren Nein ohne jeden Zusatz beantwortet werden müssen. Herr Klein, damit das klar ist! Ich würde Ihnen auch raten, sich nicht aus „glaubwürdigen Quellen" zu unterrichten, sondern die Quellen hier zu nennen. Manches scheint glaubwürdig zu sein, ist es aber nicht.

Ich glaube, das Kernproblem ist doch die politische Auseinandersetzung. Sie wollen etwas anderes als der Senat und die Mehrheit dieses Hauses, und das muß hier ausdiskutiert werden, und Sie werden sich dann bestimmten Entscheidungen auch fügen müssen. Sie können aber nicht den Versuch machen, politische Fragen in Rechtsfragen umzumünzen. Es kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß dann, wenn die Mittel vorhanden sind und die Stellen vorhanden sind, auch entsprechend verfahren werden kann, wie das hier geschehen ist. Selbstverständlich, wenn anschließend andere Beschlüsse erfolgen, dann werden wir uns danach richten, und das ist auch geschehen.

Wir müssen uns aber wohl doch an eines gewöhnen: Die Bremer Universität befindet sich in einem sehr dynamischen Stadium ihrer Entwicklung. Wir werden uns in Einzelfragen zu sehr schnellen Entscheidungen entschließen müssen, die schneller sind, als das bisherige Verfahren es zuläßt. Nur so ist es zu den Werkverträgen gekommen, nämlich als Übergangszeit, um bis zur Entscheidung der entsprechenden Stellen sicherzustellen, daß qualifizierte Mitarbeiter der Universität nicht verloren gehen. Und das ist auf der Basis vorhandener Mittel geschehen, so daß alles Rechtens ist und ich eindeutig zurückweise auch nur die Andeutung, als sei etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen. Und deshalb stehe ich auch eindeutig vor den Mitarbeitern meines Hauses, und ich würde doch darum bitten, daß wir die gute alte Übung, die Sie in der Vergangenheit praktiziert haben, Herr Abgeordneter Klein, auch jetzt beibehalten, daß Sie den Senator für das Bildungswesen unmittelbar angreifen und nicht über seine Mitarbeiter.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Denn ich kann antworten, nicht meine Mitarbeiter! Darüber sollen also keine Zweifel bestehen.

Die Senatskommission für das Universitätswesen ist keine Entscheidungsinstanz — auch das möchte ich klarstellen —, sondern ein Beratungsgremium des Senats, das natürlich dann, wenn keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, auch bestimmte Vorklärungen und Entscheidungen trifft, aber nicht Entscheidungen schwerwiegender politischer Art. Und die Werkverträge wurden abgeschlossen, bevor der Senat sein Votum abgegeben hat. Hier ist nichts unterlaufen worden, sondern selbstverständlich sind diese Werkverträge nicht erneuert worden, beziehungsweise hat man sie sofort auslaufen lassen mit einer entsprechenden Abfindung auf Beschluß des Senats der Freien Hansestadt Bremen, und die Werkverträge sind nicht auf lange Zeit abgeschlossen worden, sondern zum Teil auf vier Wochen, auf zwei und höchstens vier Monate.

Werkverträge bestehen auch zum Beispiel mit dem Gründungskanzler dieser Universität, weil es einfach nicht möglich ist, die Anstellungsformalitäten so schnell durchzuziehen, der Mann aber unmittelbar für die Universität zur Verfügung stehen muß, so daß wir praktisch mit Herrn Dr. Maaß jetzt auch einen Werkvertrag haben, bis die Anstellung erfolgt.

(Abg. Dr. Klein [CDU]: Das ist gar kein Werkvertrag!)

Natürlich ist das ein Werkvertrag, aber selbstverständlich! Sie können das anders bezeichnen. Wir bezeichnen es so.

(Abg. Fischer [CDU]: Deswegen ist es noch lange nicht richtig!)

Aber umgekehrt, Herr Fischer, wird auch ein Schuh daraus. Nur weil Sie damit nicht einverstanden sind, ist es noch lange nicht rechtsungültig. Das möchte ich in aller Deutlichkeit herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, daß uns dieses Thema noch bis zur Wahl beschäftigen wird. Ich habe den Eindruck, daß ständig in gleicher Weise Anfragen von der CDU gestellt werden, auch dann, wenn sie schon klar beantwortet sind.

Ich würde also bitten, von uns keine Antworten zu verlangen, wenn keine Fragen gestellt worden sind. Ich würde allerdings auch bitten, nicht jede Entscheidung, jede Maßnahme sofort parteipolitisch zu verdächtigen, denn die Universität braucht auch eine entsprechende Ruhe, um effektiv tätig werden zu können.

Und noch eins, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir sollten uns bemühen, die Bremer Universität nicht schlechter zu stellen als alle anderen Universitäten der Bundesrepublik auch. Und die Universitäten der Bundesrepublik haben bestimmte Verfügungsgewalt über Personal- und Sachmittel, sogar über Stellen, um kurzfristig und schnell entscheiden zu können, um Mitarbeiter, auf die sie angewiesen sind oder glauben, unbedingt auf sie angewiesen zu sein, sofort an die Universität binden zu können, sei es zunächst auch nur über Angestelltenstellen, um das etwas langwierige Verfahren der übrigen Einstellung in Ruhe durchführen zu können, ohne daß dieser Mitarbeiter sich dann an anderer Stelle bewirbt. Denn wissenschaftliche Mitarbeiter, Hochschullehrer sind bei der ungeheuren Expansion im Hochschulbereich in der Bundesrepublik nicht so dicht gesät, als daß wir es uns leisten können, im kleinlichen Hickhack hier wertvolle Kräfte für Bremen verloren gehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Thape, wenn schon nach langem Ringen und nach intensivem Fordern der CDU-Opposition der Senat ein personalpolitisches Steuerungsorgan für die Universität schafft,

(Abg. S t r ö h [SPD]: Forderung der CDU?)

dann sind wir selbstverständlich daran interessiert aus politischen und rechtlichen Gründen, daß dieses Steuerungsorgan des Senats nicht von der Universität und den die Universität tragenden Kräften unterlaufen wird.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Seit wann hat denn die CDU das gefordert?)

Und es bleibt festzuhalten, Herr Senator — und danach wurde auch in Ziffer 4 unserer Anfrage gefragt —, daß nach der Entscheidung der Senatskommission für Universitätsfragen, also eben dieses personalpolitischen Steuerungsorgans, Zeitverträge abgeschlossen worden sind mit zwei abgelehnten Planerinnen und mit einem zurückgestellten Planer.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter John hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Bitte sehr!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Klein, können Sie den Begriff personalpolitisches Steuerungsorgan des Senats einmal erläutern?

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege John, diese Frage sollten Sie sich eigentlich stellen.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Er hat S i e doch gefragt! — Abg. J o h n [FDP]: Wenn ich sie mir stellen würde, hätte ich Sie ja nicht gefragt!)

Nachdem unsere Vorstellungen nicht berücksichtigt worden sind, und nachdem Sie diese einseitige Zusammensetzung der Gründungsgremien zugelassen haben, versuchten Sie nachträglich — und unsere Warnungen waren da sicherlich auch eine bewirkende Ursache — ein Steuerungsorgan einzubauen.

(Abg. J o h n [FDP]: Sie haben doch überhaupt nicht gewußt, daß ich mich melden würde!)

Und das ist eben diese Senatskommission für Universitätsfragen, die ja noch zusätzlich mit einem Vertreter Ihrer Partei im Senat besetzt worden ist.

(Abg. J o h n [FDP]: Aber doch nicht auf Initiative der CDU!)

Das ist auch nicht behauptet worden. Aber wenn bereits ein solches Steuerungsorgan vorhanden ist

(Abg. S t r ö h [SPD]: Sie sind vielleicht ein Steuermann!)

und es auf der Linie unserer Ambitionen und Tendenzen liegt, sind wir selbstverständlich — und das ist unser gutes Recht — daran interessiert, daß dieses Steuerungsorgan nicht unterlaufen wird, und das ist in drei Fällen geschehen.

(Abg. F r a n k e [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Klein — —

Abg. **Klein** (CDU): Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage beantworten.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Der Abgeordnete Klein möchte jetzt keine Zwischenfrage beantworten.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator Thape, wir haben in Ziffer 4 gefragt: Sind auch mit Personen dienstrechtliche, arbeitsrechtliche oder sonstige vergütete Verträge abgeschlossen worden, obgleich der Senat und — oder — die Senatskommission für Universitätsfragen entweder nicht zugestimmt oder eine Entscheidung zurückgestellt haben? Und Sie haben in Ihrer Antwort nur abgehoben auf den Senat und haben gesagt, nach der Senatsentscheidung sind Werkverträge nicht verlängert worden. Und mit dieser geschickten Antwort haben Sie den von uns kritisierten Sachverhalt verbrämt, daß nach der Ablehnung und nach der zurückstellenden Entscheidung der Senatskommission für Universitätsfragen auf Anweisung von Herrn Kreuser Zeitverträge mit drei Planern abgeschlossen worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben also unsere Frage nicht korrekt beantwortet, sondern haben die Antwort auf einen ganz anderen Punkt bezogen.

Natürlich, meine Damen und Herren, sind es nicht nur rechtliche Bedenken, die wir hier zum Ausdruck bringen. Es sind selbstverständlich auch politisch motivierte Bedenken.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Selbstverständlich! — Abg. S t r ö h [SPD]: Natürlich!)

Wir sind daran interessiert, daß bei der von uns besorgten ideologisch fixierten Universitätsgründung die Personal- und Haushaltsvorschriften korrekt angewendet werden, damit ein Minimum an Kontrolle sichergestellt ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es nicht für gut, daß zum Beispiel im „Berliner Extradienst", einem linksradikalen Blatt, das in extremistischen Studentenkreisen gelesen wird, folgende Stellenanzeige zu finden ist — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Bremen: Planer gesucht. Progressive Naturwissenschaftler der Fächer Mathematik, Physik, Chemie und Biologie können sich hauptamtlich als Planer der Studienorganisation der neuen Universität Bremen betätigen. Es soll in Kollektivgruppen ein Studiengang entworfen werden, der als „aktive Teilhabe an der Forschung" verstanden wird. Die Planung reicht von der Erarbeitung neuer Baukonzeptionen bis hin zur Aufstellung der Auswahlkriterien bei der Einstellung der Wissenschaftler. Der Gründungssenat in Bremen ist drittelparitätisch besetzt. Man kann sich bewerben bei Frank Wollers, 34 Göttingen, Kepplerstraße 9, der auch weitere Auskünfte gibt."

(Abg. Ströh [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Herr Präsident, ich möchte jetzt erst einmal in meinen Ausführungen fortfahren.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Sie wollen also grundsätzlich keine Zwischenfragen mehr beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Wenn ich mit meinen Ausführungen am Ende bin, bin ich gern bereit, Fragen zuzulassen.

(Abg. Ströh [SPD]: So kann man das auch machen, Herr Klein!)

Eine solche Anzeige erscheint also in einem linksradikalen, extremistischen Blatt, das unter dem Rubrum erscheint: „Macht das Parlament dieser Stadt zur Tribüne der Agitation für die sozialistische Veränderung." Daß, wenn aus solchen Kreisen Bewerber kommen, wir darauf Wert legen, daß unsere rechtsstaatlichen Vorschriften korrekt beachtet werden, ist eine Selbstverständlichkeit und eine Pflicht für alle in diesem Haus.

(Beifall bei der CDU — Abg. Ströh [SPD]: Das ist doch Demagogie, was Sie da sagen! — Unruhe — Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Ströh, das Wort Demagogie pflegt hier bei uns im Haus nicht gebraucht zu werden. Nach den Gepflogenheiten dieses Hauses gilt es als nicht parlamentarisch, einem Mitglied des Hauses Demagogie zu unterstellen!

(Abg. Koschek [CDU]: Er scheidet doch sowieso bald aus! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das wäre bei Ihnen auch wünschenswert!)

Ich habe für die Gefahren, die hier bereits begründet sind, noch einen weiteren Beleg, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, den ich hier zu Protokoll geben möchte, und zwar einen Augenzeugenbericht über Ausführungen der Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin, Frau Dr. Margeritha von Brentano-Taubes —

(Abg. Franke [SPD]: Ohren!)

einen Augen- und Ohrenzeugenbericht. Das ist das Schriftstück, das die „Welt" und die „Frankfurter Allgemeine" bei ihren Veröffentlichungen benutzt haben, die sie bislang in gar keiner Weise zurückzunehmen hatten. Ich darf zitieren! Frau von Brentano-Taubes führte bei einer Veranstaltung mit den Wilmersdorfer Jungsozialisten am 20. Oktober 1970 folgendes aus:

(Abg. Ströh [SPD]: Darauf hat von der Vring doch schon die Antwort erteilt!)

„Natürlich ist unser Ziel die Revolution. Aber das ist noch ein langer Weg! Solange werden wir auch keine völlig sozialistische Universität haben." Auf die Zwischenfrage eines Teilnehmers, was eine sozialistische Universität sei, gab sie die Antwort: „Das ist etwas, was wir noch nicht haben und im Kapitalismus nicht haben werden." Ein Teilnehmer bat sie etwas konkreter zu werden und fragte sie schließlich, ob die Humboldt-Universität ihrer Vorstellung von einer sozialistischen Universität entspreche. — Sie wissen, die Humboldt-Universität in Ostberlin. —

(Abg. Ströh [SPD]: Wir brauchen doch keinen Elementarunterricht von Ihnen! — Abg. Fischer [CDU] und Abg. Vorsatz [NPD]: Sie schon!)

Wir werden vielleicht bald Gelegenheit haben, Ihnen klarzumachen, was im Osten und was im Westen liegt, Herr Ströh! Aber jetzt kommt die Antwort, und die halte ich für sehr entscheidend. —

Antwort: „Ja, Sie werden sich wundern! Ja, das tue ich!"

(Abg. Ströh [SPD]: Was hat das eigentlich mit dem Thema zu tun?)

„Einstweilen müssen wir uns damit zufrieden geben, einige Fachbereiche ganz fest in der Hand zu haben, zum Beispiel den Fachbereich 11. Die Fachbereiche, die wir in der Hand haben, sind glücklicherweise die Fachbereiche, die die Sozialisationsberufe ausbilden. Hier werden wir die freien Stellen mit Marxisten besetzen, und von hier aus werden wir die sozialistischen Kader in die Schulen der Administration, die Betriebe des Kapitalismus schicken. Ich habe keine Sorge, daß sie nicht engagiert werden, da man die Sozialisationsberufe zu nötig braucht! Natürlich müssen unsere Absolventen an ihren Arbeitsplätzen in Gruppen auftreten und arbeiten, denn zum Beispiel ein einzelner Lehrer an einem normalen Lehrerkollegium würde ja, wie Sie sich vorstellen können, innerhalb von zwei Jahren eingeebnet sein oder einen Nervenzusammenbruch haben. Das ist ein ganz wichtiger Grund für unser Drängen nach Gruppenprüfungen: Die Studenten müssen bereits an der Universität gelernt haben, in Gruppen zu arbeiten. Wir haben bereits viele Erfolge. Die Politisierung an der Technischen Universität und an der Pädagogischen Hochschule gingen überraschend und erfreulich

schnell vor sich, viel schneller, als wir je gehofft hätten. Wir haben keine Schwierigkeiten, Mittelbau-Stellen mit linken Assistenten zu besetzen. Wir bekommen dauernd Bewerbungen aus der Bundesrepublik von ausgezeichneten linken Leuten. Wir müssen uns bereits vor Opportunisten schützen. Es gibt hier eine Schwierigkeit: Wir müssen darauf achten, daß diese Bewegung nicht einseitig bleibt, und daß wir unsererseits auch unsere linken Assistenten an die Universitäten der Bundesrepublik schicken können, damit sie dort anfangen zu arbeiten, wie wir hier vor drei, vier Jahren angefangen haben.

(Abg. Ströh [SPD]: Was hat das eigentlich mit dem Thema zu tun?)

Zur Zeit sind Berlin und Bremen die Universitäten, die der sozialistischen Universität am nächsten kommen, soweit wir sie im Kapitalismus erreichen können. Wir müssen auf eine weiterreichende Einflußnahme achten, damit Bremen und Berlin nicht isolierte linke Spielwiesen bleiben."

Meine Damen und Herren, wenn wir so etwas hören von der Vizepräsidentin einer Universität im freien Deutschland in bezug auf Bremen, sind wir selbstverständlich arlamiert, zumal wir unsere eigenen Beobachtungen, unsere eigenen Indizien haben für eine solche Richtung der ideologischen Fixierung.

(Beifall bei CDU und NPD)

Und das bedeutet, daß wir uns die Personalpolitik des Senats, der Senatskommission für Universitätsfragen und der Universität selbst außerordentlich sorgfältig ansehen, und jeden Rechtsfehler, jedes Unterlaufen, jedes Verfälschen eines Dienstverhältnisses in einen Werkvertrag — was also wirklich heißt, Äpfel mit Birnen zu verwechseln — werden wir rügen und kritisieren, und zwar öffentlich! Und kein Zwischenrufer vom Dienst, Herr Ströh, kann uns daran hindern!

(Beifall bei CDU und NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Senatoren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob es Ihnen genauso geht wie mir: Wenn nun schon drei Bürgerschaftssitzungen ohne Universitätsdebatten gewesen sind, denn fehlt einem so richtig etwas! Aber wir wollen doch sehen, ob wir die Geschichte heute nicht wieder so ein bißchen in Gang kriegen.

(Abg. Klein [CDU]: Aber keine biedermeierliche Tarnung!)

In diesem Jahr sind erst sechs Universitätsdebatten gewesen. Es hat zwar von seiten der Opposition immer die nahezu gleichen Argumente gegeben, aber das ist offensichtlich für die CDU kein Grund, es nicht doch noch einmal wieder neu zu versuchen. Etwas beschämend ist doch, Herr Klein, daß Sie immer wieder diese Berliner Ladenhüter aus der Kiste kriegen, die ja schon von der Vring vom Tisch gewischt hat.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Sie machen es sich aber leicht! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das kann man von Ihnen wohl sagen!)

Unsere letzte Diskussion hier im Haus war am 2. September. An diesem Tag ist zufällig das erste Fertigbauteil der Universität auf das Universitätsgelände gefahren worden. Inzwischen haben wir das Richtfest des ersten geisteswissenschaftlichen Gebäudes gefeiert und sind jetzt praktisch bei der technischen Endausstattung dieses Gebäudes, das im Frühjahr des nächsten Jahres fertig sein wird. In der gleichen Zeit also, in der Ihnen wahrlich nichts Neues eingefallen ist, haben wir drei große Universitätsgebäude errichtet und nahezu fertiggestellt.

(Lachen bei der CDU)

Da liegt der Unterschied zwischen der Universitätspolitik des Senats und der Opposition: Sie laufen hinter den alten Hüten her, die Ihnen der Wind der Entwicklung schon lange aus den Händen gepustet hat, und wir bauen, bauen im Tatsächlichen und bauen im Geistigen an der Universität.

(Beifall bei der SPD)

Hingegen haben die CDU/CSU-Vorsitzenden in den Landtagen nicht davor zurückgeschreckt, ihre Kollegen dazu aufzufordern, die Finanzierung der Universität in Bremen finanziell zu boykottieren, wie der Presse zu entnehmen war.

(Zurufe von der SPD: Unerhört!)

Man konnte zeitweilig hoffen, daß es doch ein Lichtblick und eine positivere Hinwendung zu diesen Bremer Universitätsgründungsplänen wäre, daß Sie, Herr Dr. Sieling, Ihre Kollegen aufgefordert haben, sich in ihren Ländern zu bemühen, Professoren und Dozenten zu einer Bewerbung nach Bremen zu veranlassen. Leider sind aber auch solche Aktivitäten nicht von sachlichen Absichten gelenkt worden, sondern nur von parteitaktischen Zwecken, denn Sie haben der Presse gegenüber erklärt: „Wenn man diese Fachleute kategorisch ablehnt — —"

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Der Abgeordnete Gassdorff möchte eine Frage an Sie richten: Sind Sie bereit, Sie zu beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Nein, ich möchte mich der Usance meines Vorredners anschließen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Bravo! — Abg. Klemmer [SPD]: Sehr richtig!)

„Lehnt man diese Fachleute kategorisch ab, so ist das nur ein letzter Beweis für die politisch einseitige Orientierung der Bremer Universität". Man fordert sie also nicht zur Bewerbung auf, um einen Beitrag zur Meinungspluralität der Bremer Universität zu leisten, sondern nur deswegen, um bei einer eventuellen Ablehnung, die Sie erhoffen, dann erneute Argumente oder Scheinargumente zu haben.

In dem gleichen Atemzug aber, in dem Sie so argumentieren, greifen Sie an, daß Vertreter des Gründungssenats oder studentische oder assistentische Kreise sich auch ihrerseits bemühen, bestimmte Leute zur Bewerbung an der Bremer Universität zu veranlassen. Sie erwecken hier den Eindruck — ob absichtlich oder unabsichtlich, weiß ich nicht —, als ob es sich bei einer solchen Veröffentlichung um eine offizielle Ausschreibung handelt. Wir können Sie nicht hindern, die Ihnen geistig Verwandten zu Bewerbungen zu veranlassen, wir können aber auch die Assistenten im Gründungssenat nicht hindern, in ihren Kreisen Bewerbungen zu erbitten. Das muß doch am Ende eine vernünftige Meinungspluralität ergeben.

(Abg. Hannelore Spies [CDU]: Also doch geistige Verwandtschaft! — Zuruf des Abgeordneten Gassdorff [CDU])

Ja, Herr Gassdorff, ich finde es nicht so sehr beklagenswert, daß sozialistische Gedankengänge heute größere Chancen haben, sich in der Öffentlichkeit durchzusetzen und Anklang zu finden!

(Abg. Klein [CDU]: Da unterscheiden wir uns!)

In ähnlicher Weise, meine Damen und Herren von der CDU, wie Sie versucht haben, im Bundesgebiet gegen diese Universität Stimmung zu machen, benutzen Sie auch die heute hier behandelte Anfrage zu dem durchsichtigen Zweck, die Universität erneut mit dem Etikett einer roten Kaderuniversität zu versehen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ladenhüter!)

Wenn schon die Universität selbst keinen Stoff mehr hergibt, um daraus Schlagzeilen zu konstruieren, muß man eben versuchen, das mit einer parlamentarischen Anfrage zu machen. Ich kann das zwar verstehen, glaube aber nicht, daß Sie damit Erfolg haben werden.

Es fällt Ihnen schon jetzt zunehmend schwerer, diesen sozialistischen Pappkameraden in der Öffentlichkeit zu verkaufen und dabei Anklang zu finden.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Den verkauft ihr doch selbst!)

Erinnern wir uns doch bitte, was in den letzten Wochen war: Herr Klein, in der Fernsehsendung mit Herrn Dr. von der Vring ist es Ihnen leider absolut nicht gelungen darzulegen, daß paritätische Entscheidungsmodalitäten zu einer Politisierung der Universität führen. Es ist jedem, der dieses Gespräch verfolgt hat, recht deutlich geworden, welch unüberbrückbare Kluft besteht zwischen der sehr pragmatischen und auf Konsensnotwendigkeiten gerichteten Haltung des Gründungsrektors und Ihrer permanenten Gespensterseherei. „Spökenkiekerei" sagt man ja wohl hier in Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist der Öffentlichkeit auch anläßlich des Besuchs des Herrn Bundesministers für Bildung und Wissenschaft sehr deutlich geworden, wie auch die Bundesregierung diese Pläne sieht. Herr Leussink hat mit größter Anerkennung für die bauliche Planung und die gedankliche Konzeption dieser Universität nicht zurückgehalten, und man kann dem ehemaligen Vorsitzenden der Westdeutschen Rektorenkonferenz nun wirklich nicht vorwerfen, daß er einseitig ideologisch festgelegt sei oder mit der Mao-Bibel unter dem Kopfkissen zu schlafen pflegt.

Auch in der Diskussion, meine Damen und Herren, die hier im Haus stattgefunden hat zwischen dem rheinland-pfälzischen Kultusminister und Herrn Buchheim einerseits und Herrn Thape und Herrn von der Vring andererseits, ergab sich, daß die Gäste außer den mitgebrachten und den ihnen von ihren hiesigen Freunden einsuggerierten Vorurteilen eigentlich nichts hatten, was sie tatsächlich vom Bremer Universitätsgründungsmodell trennte. Hier gab es eine unerwartet starke Übereinstimmung. Die Presse berichtete ja, daß es Besucher gegeben habe, die nach diesem Gespräch festgestellt hätten, daß die CDU hier erneut zwei von ihr zitierte Kronzeugen verloren hätte. Es muß für die CDU sehr unangenehm sein, daß sie mit ihren Argumenten in der Öffentlichkeit nicht mehr so ankam, wie es zeitweilig tatsächlich der Fall war.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist aber sehr schwach!)

Es fällt von Woche zu Woche schwerer, diesen Pappkameraden vorzuzeigen.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Sie müssen einmal etwas anderes wiederholen!)

Und selbst in der eigenen Fraktion — —

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Herr Dr. Schäfer, Sie sind sprachlich auch nicht so gut!)

Herr Schäfer, ich habe mich hier einmal wiederholt, Sie pflegen es viel öfter zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Selbst in der CDU-Fraktion scheint es Zweifel zu geben, ob diese Haltung der permanenten und konsequenten Ablehnung die einzig richtige und einzig mögliche ist.

Es hat ein sehr nettes Gespräch zwischen den Mitgliedern der Planungskommission Lehrerbildung und

der Deputation für allgemeinbildende Schulen stattgefunden, und auch seitens der CDU-Mitglieder der Deputation für allgemeinbildende Schulen sind keine Argumente gegen die Vorstellungen der Planungskommission Lehrerbildung dargebracht worden, sondern hier hat — wie ich mir habe sagen lassen — eine wohlwollende

(Abg. Meurer [CDU]: Die hatte doch gar keine!)

Atmosphäre bestanden.

(Abg. Klein [CDU]: Sie bauen laufend Pappkameraden auf, mit biedermännischer Miene bauen Sie Pappkameraden auf!)

Ich bin leider bei dieser Diskussion nicht dabei gewesen. Mir

(Heiterkeit bei der CDU)

ist aber von mehreren Teilnehmern an dieser Diskussion gesagt worden — — Man kann nicht immer überall sein, und auch Sie berichten normalerweise ständig davon, was Sie vom Hörensagen wissen und nicht das, was Sie aus eigenem Erleben mitgebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Situation, meine Damen und Herren, sollte nun die Anfrage der CDU über die Vertragsverhältnisse im Bereich der Universität dazu dienen, daß sich die Kritik der Oppositon jetzt an irgendwelchen personalrechtlichen und haushaltsrechtlichen Dingen wieder hochranken kann. Aber darum geht es hier doch gar nicht!

(Abg. Klein [CDU]: Aber natürlich!)

Diese Detailfragen sind doch letztlich Fragen, die nicht hier im Plenum, sondern im Haushaltsausschuß, in der Fachdeputation und so weiter behandelt werden können.

(Abg. Fischer [CDU]: Weil es Ihnen unangenehm ist!)

Hier geht es doch in Wahrheit darum, in welcher Weise die politischen Grundsatzfragen geregelt werden und ob wir die für das „Bremer Modell" unabdingbaren Planungsmodalitäten einer transparenten und demokratischen Universitätsplanung hier in Bremen realisieren wollen oder nicht. Zu diesem Planungsverfahren stehen die Koalitionsfraktionen uneingeschränkt.

Für dieses Planungsverfahren ist unerläßlich, daß in keinem der Gremien eine der Gruppen die Mehrheit hat, daß keine Gruppe in den für sie entscheidenden Fragen überstimmt werden kann, daß also damit ein Zwang besteht, zu einer Übereinkunft der Meinungen zu kommen und daß alle diese Gremien öffentlich und unter der Kritik der Öffentlichkeit tagen. Es gehört schließlich dazu, daß die Planung unter Beachtung der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung der Universität erfolgt.

Selbstverständlich muß dabei gefordert werden — und dieser Forderung hat der Senat durch Ablehnung der drei Planer in aller Eindeutigkeit Rechnung getragen —, daß der Meinungspluralismus, der angestrebt wird, bereits bei der Bestellung der Planer in einem solchen Maß vorhanden ist, wie es im Rahmen einer erfolgversprechenden gemeinsamen Arbeit nur irgend möglich ist.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ist sie bisher vorhanden?)

Auch in den Planungskommissionen gibt es ein weites Spektrum von Meinungen, Herr Sieling. Für Sie ist alles das, so möchte ich vermuten, was links von Ihnen angesiedelt ist, links und sozialistisch. Für uns gibt es da ein sehr breites Spektrum zwischen Liberalismus und letztlich abzulehnenden geistigen Haltungen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Einigen wir uns auf links von der KP! — Abg. Ströh [SPD]: Ausgerechnet Sie! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Untersuchen Sie lieber einmal, wo Sie stehen!)

Es lohnt nicht, Herr Vorsatz!

Ich möchte abschließend feststellen, daß die SPD-Fraktion die Antwort des Senats zur Kenntnis nimmt und die Landesregierung bittet, mit allen Kräften auch künftig für ein zügiges und den hochschulpolitischen Erfordernissen unserer Zeit gerecht werdendes Planungsverfahren einzutreten und sich im Interesse unserer Bremer Universität auf diesem Weg von niemandem beirren zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Vorsatz, Sie machten eben eine Bemerkung über rechts und links. Ich glaube, eines kann man wohl für die Parteien, mit Ausnahme Ihrer Fraktion, vielleicht hier im Hause sagen — da würde ich sogar die CDU einbeziehen —, Sie stehen auf jeden Fall rechts von uns, das sollte man ganz deutlich sagen.

(Abg. Krämer [NPD]: Gott sei Dank! — Weitere Zurufe von der NPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier auf einige Dinge eingehen. Ich habe hier wiederholt für die Freien Demokraten in diesem Haus gesagt, ich möchte das jetzt wiederholen, das „Bremer Modell" — und es war ja für die CDU auch so —, meine Damen und Herren, ist der Gesichtspunkt, nach dem wir angetreten sind, diese Universität aufzubauen. Daran hat sich auch für die Zukunft nichts geändert. Die Kritik, die wir angebracht haben — ich habe das insbesondere getan für die FDP-Fraktion —, richtete sich vor allem gegen Erscheinungsformen, von denen wir annehmen konnten oder

mußten, es könnte durch diese Erscheinungsformen zu einer Pervertierung des „Bremer Modells" führen. Das war also der Ansatzpunkt und ist nach wie vor der Ansatzpunkt der Kritik, den die FDP-Fraktion hat.

Wir wollen, daß diese Universität eine Reformuniversität wird, und weil wir das wollen, müssen wir Sie davor bewahren, falls dies erforderlich ist, abzugleiten in eine Position, die es dann nicht mehr möglich machen würde, die Bremer Universität als Reformuniversität zu bezeichnen. Deshalb auch, meine Damen und Herren, haben wir als Freie Demokraten uns niemals dazu verstehen können, trotz gelegentlicher Kritik, etwa den Antrag über eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz in einem anderen Landtag der Bundesrepublik zu stellen — oder auf Bundesebene —, man möge doch dafür sorgen, daß der Mittelzufluß für diese bremische Universität gesperrt wird.

(Abg. Fischer [CDU]: Wer hat denn den gestellt?)

So war es jedenfalls in der Presse, Herr Kollege Fischer, häufig zu lesen. Ich muß Sie in diesem Zusammenhang hier coram publico an die, ich glaube in Bensberg, stattgefundene Konferenz der CDU-Fraktionsvorsitzenden erinnern.

(Dr. Sieling [CDU]: Hätten Sie mich doch mal gefragt!)

Herr Kollege Dr. Sieling war ja doch dabei. Wenn dies nicht so sein sollte, und hier ist irrtümlich eine Meldung in die Presse gekommen, dann haben Sie hier Gelegenheit, Herr Dr. Sieling, vor dem Haus zu sagen, das ist eine Meldung gewesen, von der wir nichts wissen, wie sie in die Presse gekommen ist, das entspricht nicht den Tatsachen.

(Abg. Fischer [CDU]: Die entspricht in keiner Weise den Tatsachen!)

Meine Damen und Herren, ich nehme das gern zur Kenntnis, daß die CDU möglicherweise sich in der Zukunft anders verhalten wird und solche Dinge wie den Mittelzufluß, den außerbremischen Mittelzufluß für diese Universität in Bremen nicht behindert. Ich glaube, meine Damen und Herren von der CDU, damit hätten wir dann eine gemeinsame Basis gefunden.

Ich muß Ihnen aber noch etwas anderes sagen: Ich habe hier in diesem Haus wiederholt gesagt, daß die Freien Demokraten, anders als die CDU, etwas nicht tun, sie werden nicht — ich zitiere wieder Herrn Neumann von der „Jungen Union", von dem stammt dieser Begriff —, sie werden keine „Politik der leeren Stühle" betreiben, sie werden nicht aus Ausschüssen herausgehen, sondern sie werden dort ihre Meinung sagen.

Ich habe Ihnen wiederholt gesagt, meine Damen und Herren von der CDU, daß ich es bedauert habe, daß Sie seinerzeit diesen nichtständigen Ausschuß für ein Hochschulgesetz verlassen haben, denn dort hätten Sie die Möglichkeit gehabt, alles das zu sagen und auch einzuwirken auf ein Hochschulerrichtungsgesetz, von dem Sie dann hier im Plenum immer sagen, es passe Ihnen nicht. Sie waren ja doch wohl lange genug dabei.

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Die Kollegen waren doch immer einverstanden!)

Wir waren doch zwischen diesen drei Parteien — auch das muß man doch einmal sagen — weitestgehend einig über die Formulierung dieses Hochschulerrichtungsgesetzes, jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, als Sie es für richtig befanden, auch aus diesem Ausschuß auszuziehen und sich dann von Ihren eigenen Parteifreunden sagen lassen mußten, diese „Politik der leeren Stühle" der CDU-Fraktion wird von uns nicht gebilligt. Das muß hier klar und in aller Eindeutigkeit gesagt werden.

Meine Damen und Herren, dann hat Herr Kollege Klein hier davon gesprochen, daß der Senat ein Steuerungsorgan hat. Er hat so getan, als wenn der Senat der Freien Hansestadt Bremen erst etwa in diesem Jahr darauf gekommen wäre, eine Universitätskommission des Senats einzusetzen. Ich muß Sie aber daran erinnern, Herr Kollege Klein, daß diese Universitätskommission des Senats — das werden die Senatsmitglieder auf den Tag genau sagen könnnen, ich kann das im Augenblick nicht —

(Senator Dr. Borttscheller: Seit 1963!)

jahrelang besteht.

(Abg. Klein [CDU]: Das hat doch so einen Bart!)

Aber, Herr Kollege Klein, wennn das so ist und so einen Bart hat, dann können Sie sich doch nicht hier hinstellen und bei der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versuchen, als sei das eine ganz neue Angelegenheit. Neu war, daß diese Uni-Kommission im Sommer dieses Jahres personell ergänzt worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Das war doch Ihre Koalitionskrise!)

Aber, Herr Kollege Klein, ob Koalitionskrise oder nicht, sehen Sie mal, es ist schon so oft von einer Koalitionskrise gesprochen worden, und immer fand sie nicht statt. Zu Ihrem größten Bedauern! Dafür habe ich ja Verständnis. Sie müssen das schon uns überlassen, wenn hier eine erfolgreich arbeitende Koalition über lange Zeit tätig ist, ob wir uns überlegen, ob wir die Koalition an dieser oder jener Frage platzen lassen. Sie sind dabei mit Sicherheit die schlechtesten Ratgeber für uns.

Meine Damen und Herren, diese Dinge muß man hier wohl ganz klar und eindeutig richtigstellen, und ich möchte noch einmal sagen: Wenn Sie hier erklären, Herr Kollege Klein, der Haushaltsausschuß hat vor kurzem oder vor nicht allzu langer Zeit — und zwar, wie ich annehme, einstimmig — einen

Beschluß gefaßt darüber, eine eindeutige Praxis im Rahmen der Personalpolitik der Stellenbereitstellung und so weiter durchzuführen, dann heißt das doch, daß man aus, ich habe es vorhin so genannt, gewissen, vielleicht nicht ganz klaren Dingen Konsequenzen gezogen hat. Nun frage ich Sie als Opposition, was soll man denn eigentlich noch mehr tun? Wenn Sie damit einverstanden waren, dann geben Sie doch zu, daß dort die Koalitionsparteien zusammen mit der Opposition gesagt haben, daß hier nach dem geltenden Haushaltsrecht verfahren wird und nicht anders. So kann ich diesen Beschluß des Haushaltsausschusses nur verstehen und nicht anders.

Meine Damen und Herren, zu dieser Eindeutigkeit, die ich vorhin im Zusammenhang mit Werkvertrag, Dienstvertrag, Sachmittel, Personalmittel angesprochen hatte, gehört auch folgendes: Es gehört dazu, daß man sagt, daß man unterscheidet zwischen wissenschaftlichen Hilfskräften und wissenschaftlichen Mitarbeitern an allen Universitäten. Das müssen Sie dann, und alle anderen, die sich dazu äußern, müssen es dann auch tun. Man muß in der Tat unterscheiden zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern und wissenschaftlichen Hilfskräften.

Es ist an den Universitäten der Bundesrepublik durchaus üblich, wissenschaftliche Mitarbeiter mit abgeschlossenem Examen einzustellen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist wichtig, mit abgeschlossenem Examen!)

Und wissenschaftliche Hilfskräfte können an bestehenden Universitäten der Bundesrepublik eingestellt werden, aber etwa mit der Hälfte eines Assistentengehalts. Auch das ist üblich. Das können dann durchaus Studenten in den letzten Semestern sein.

Im Interesse einer sachlichen und klaren Diskussion würde ich also vorschlagen, daß man bei der zu verwendenden Terminologie diese Dinge unterscheidet, sonst kommt man nicht auf einen Nenner.

Und nun, Herr Kollege Klein, Sie unterstellen hier wiederholt — und Ihre Kollegen aus der Fraktion haben das in der Vergangenheit ja auch schon getan —, Sie unterstellen hier wiederholt den Koalitionsparteien, daß sie entweder zu naiv seien, um zu begreifen, was dort geschieht, oder aber, Sie unterstellen sogar, die Koalitionsparteien gingen etwa Arm in Arm mit radikalen Kräften einher und es sei etwa, wissentlich oder unwissentlich, doch durchaus möglich, eine „Roten-Zellen-Universität", eine sozialistische Universtät, aufzubauen.

Ich glaube, wenn Sie die Veröffentlichungen der Koalitionsparteien und vor allen Dingen auch des Senats in den letzten Monaten seit Sommer dieses Jahres — und es gibt dazu einige Äußerungen, 7. Juli, 18. August, ich hoffe, daß ich die Daten jetzt richtig zitiere —, es gibt dazu wiederholt Erklärungen des Senats: Hier wird eine Reformuniversität gebaut, aber keine „Rote-Zellen-Universität!" Für diese Reformuniversität allerdings stehen wir ein. Was wir nicht wollen, ist, daß hier eine Universität alten Stils entsteht, die man heute auch in anderen Bundesländern nicht mehr aufbauen will. Eine Universität, die etwa am Prinzip nur der Ordinarien orientiert wäre, das allerdings wollen wir nicht. Wir meinen, hier soll eine fortschrittliche, demokratische Reformuniversität entstehen. Wer das will, der muß schon ganz klar gewisse Erscheinungen erkennen, wie sie sich hier und da an anderen Universitäten, unter anderen in Berlin, Heidelberg oder auch teilweise in Hamburg in Einzelerscheinungen zeigen, der muß gegen diese Dinge auftreten.

Das haben die Koalitionsparteien und die Exekutive immer wieder gesagt, und dazu stehen wir. Es ist Ihr gutes Recht, das anzuzweifeln. Das haben wir inzwischen häufig kennen gelernt. Ich muß Ihnen aber sagen, wir nehmen es nicht mehr tragisch.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege John, ich muß Ihnen doch einige Antworten zu Ihren Ausführungen geben.

(Abg. John [FDP]: Das habe ich erwartet!)

Was den nichtständigen Ausschuß betrifft, so wissen Sie genau, daß nach dem Rücktritt des dritten oder vierten Gründungsausschusses unter Professor Killy für uns die Voraussetzungen nicht mehr gegeben waren durch die neue Zusammensetzung dieses Gründungssenats. Ich muß daran erinnern, daß Ihre Partei und Ihre Senatoren Vorbehalte angemeldet haben,

(Abg. John [FDP]: Herr Klein hat vorhin das Gegenteil behauptet!)

aber aus Koalitionsgründen, die Sie bei sich selber suchen müssen, trotzdem hinterher dieser Zusammensetzung zugestimmt haben. Dasselbe haben Sie bei der Bestallung von Herrn von der Vring gemacht. Sie haben Vorbehalte angemeldet und dann doch mitgemacht.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Demokratie! Mehrheiten!)

Sie müssen sich hier nicht hinstellen, als ob Sie von Anfang an in dieser Koalition in der Frage der Universität Arm in Arm mit der SPD das Gleiche vertreten hätten. Sie haben zunächst Vorbehalte angemeldet, und als dann die SPD auf Sie zukam, waren diese Vorbehalte nicht mehr vorhanden. Sie haben das in der Frage der neuen Zusammensetzung des Gründungssenats gemacht, Sie haben das aber auch bei der Berufung des Gründungsrektors gemacht.

Wenn ich mir Ihre Ausführungen sowohl bei der Planungskommission für Sozialwissenschaft als auch

bei den letzten öffentlichen Gründungssenatssitzungen anhöre, muß ich Ihnen sagen, dann sind die Bedenken der CDU durch Ihre Auslassungen vor dem Gründungssenat nicht nur nicht ausgeräumt, sondern sie sind noch weitaus größer geworden als sie vorher waren. Denn Sie haben ja Kenntnisse von Dingen, die wir nicht haben.

(Abg. J o h n [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Nein, ich bin nicht bereit, Herr Präsident!

Sie haben dort Ausführungen gemacht, Herr Kollege John, die uns darin bestärkt haben, noch wachsamer als bisher zu sein. Was muß sich innerhalb Ihrer Koalition und innerhalb Ihrer Partei abgespielt haben, wenn Sie sich zu den Dingen so äußern! Das wollen wir doch einmal festhalten.

Herr Dr. Czichon, ich freue mich, daß Sie sich heute zum ersten Mal hier so zum Sozialismus bekannt haben. Dazu muß ich mich freuen. Zum ersten Mal höre ich dieses Bekenntnis von Ihnen!

(Abg. D r . C z i c h o n [SPD]: Ich bin Sozialdemokrat!)

Ich frage mich nur, welche Art von Pappkameraden-Sozialismus das sein soll. Auch das muß ich Ihnen sagen!

(Z u r u f von der SPD: Sie wiederholen sich dauernd!)

Nein, ich wiederhole mich auch nicht so oft wie gelegentlich Kollegen aus Ihrer Fraktion oder andere. Herr Kollege Dr. Czichon, Sie werden uns nicht nur jetzt und nicht nur im Wahlkampf, sondern solange die Universität nach dieser Konzeption mit diesem Ermächtigungsgesetz weiter aufgebaut und ausgebaut wird, immer wieder als Kritiker und Mahner finden,

(Beifall bei der CDU)

weil wir den Weg, den Sie beschritten haben, für verhängnisvoll halten. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen und müssen nicht antworten, die CDU kommt mit alten Ladenhütern. Mit welchen reaktionären sozialistischen Ladenhütern kommen Sie denn hier!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Wir haben seit dieser Zeit nicht mitgearbeitet im Gründungsausschuß. Wir haben auch seit dieser Zeit konsequent die Mittel verweigert im Haushaltsausschuß, in der Deputation für Kunst und Wissenschaft und haben keinen Beschlüssen mehr zugestimmt. Ich weiß gar nicht, was das soll, wenn die CDU in der Bundesrepublik sich in dieser Haltung einig ist gegenüber dieser bedenklichen Entwicklung, die die zu gründende Universität hier nimmt. Da brauchen Sie doch nicht so zu tun! Wir brauchen doch nicht durch die Lande zu reisen und das Projekt der Bremer Universität in der einen oder anderen Form schlecht zu machen. Die Existenz dieses Ermächtigungsgesetzes, das Verfahren dazu, hat nach meiner Auffassung mehr an dem Ruf Bremens gekratzt als die 850 000 Mark, die jetzt dafür ausgegeben werden, seinen Ruf zu verschenken.

(Beifall bei der CDU — Abg. J o h n [FDP]: Es kommen gleich noch ein paar Tagesordnungspunkte hinzu!)

Herr Kollege John, wenn ich so breit ausholen würde wie Sie, wären wir bestimmt in einer solchen Debatte drin.

(Abg. J o h n [FDP]: Wir kennen uns ja länger, Herr Schepers!)

Ja eben!

Herr Kollege Dr. Czichon sprach vorhin von Berliner Ladenhütern. Mein Gott, was muß das für eine sozialdemokratische Regierungspartei in Berlin sein, an der Spitze Bürgermeister Schütz und Professor Stein, die dauernd nichts anderes tut als sozialistische Ladenhüter aufbewahren! Für wen eigentlich? Sagen Sie Ihren Kollegen aus der SPD in Berlin doch, sie sollten die sozialistischen Ladenhüter beseitigen, dann haben wir doch gar keine Gelegenheit mehr, darauf zu verweisen, daß sich hier eine ähnliche Entwicklung anbahnt. Ich habe Ihnen einmal gesagt, was Sie wollen, ist, von vornherein schon beim Aufbau, das zu institutionalisieren, was sich in Berlin täglich abspielt.

Ihr Hinweis, daß der Bau wächst! Wenn der Bau auch wachsen mag, das, was die geistige Konzeption hinter dieser Universität ist, ist in keiner Weise mit dem Netzplan oder der technischen Bauweise zu vergleichen. Was die Konzeption dieser Universität angeht, muß ich Ihnen sagen: sollte sie auf der sozialistischen Konzeption, wie es jetzt ist, weiterhin beruhen und beharren und in Zukunft fortgeführt werden,werden wir keine moderne Universität haben, sondern eine reaktionäre. Es tut mir leid, das muß ich Ihnen sagen, so reaktionär, wie sie sich in Berlin heute darstellt. Und das halten wir für verhängnisvoll.

Wenn ich Sie so reden höre, Herr Dr. Czichon, dann muß ich Ihnen sagen und auch Herrn Senator Thape, dann hat das alles, was im Gründungssenat an Debatten stattgefunden hat mit Bürgermeister Koschnick, Herrn Senator Thape, mit Herrn John und anderen, überhaupt nicht stattgefunden. Hier ist doch offenbar geworden, welch eine Diskrepanz besteht zwischen den Auffassungen des Senats, zwischen der Auffassung der FDP, der SPD und den Zielvorstellungen dieses Gründungssenats. Solange wir nicht erkennen, daß sich bei Ihnen und dem Gründungssenat diese Haltung hin zu einer freien offenen Universität ändert, werden Sie uns nicht an Ihrer Seite finden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege John, ich darf feststellen, daß Ihre Ausführungen in diesem Hause, und zwar nicht nur heute, sondern auch bei den letzten Debatten über die Universität Bremen, in einem diametralen Gegensatz zu den Ausführungen stehen, die Sie im Gründungssenat und in den Planungskommissionen machen.

(Abg. J o h n [FDP]: Das haben Sie schon früher gesagt!)

Sie haben in meiner Gegenwart in der Planungskommission Sozialwissenschaft den dort anwesenden Damen und Herren vorgeworfen, die Bremer Universität würde gegründet unter Beachtung einer Guerilla-Taktik.

(Abg. J o h n [FDP]: Habe ich gesagt!)

Das haben Sie gesagt. Und hier haben Sie eine solche Besorgnis noch nicht formuliert.

(Abg. H a u p t m a n n [FDP]: Ist beseitigt!)

Hier haben Sie das Gegenteil davon getan. Hier haben Sie versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei alles rechtsstaatlich und in Ordnung und pluralistisch.

(Abg. J o h n [FDP]: Ich habe doch gesagt, wann wir kritisieren!)

Sie sind darüber hinaus in vollem Umfang verantwortlich für diese Entwicklung der bremischen Universität. Sie haben in Kenntnis unserer Warnungen, in Kenntnis der ohne Ihr Einverständnis getroffenen Personalentscheidungen bezüglich Gründungssenat diesem Ermächtigungsgesetz Ihre Zustimmung zweimal gegeben, und damit haben Sie die Weiche gestellt für diese Entwicklung, die Sie nachträglich auch durch einen zusätzlichen FDP-Senator in der Senatskommission für Universitätsfragen nicht mehr bremsen können. Das muß doch einmal hier in aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir müssen doch endlich im Interesse der Sache herauskommen aus diesem Verbalismus, der nur dazu führt, der Öffentlichkeit die Augen zu wischen.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf mich in diesem Zusammenhang auf ein Senatsprotokoll vom 1. September 1970 beziehen, das ich hier zur Kenntnis geben möchte. Diese Sitzung fand statt einen Tag vor der zweiten Lesung des Universitätserrichtungsgesetzes. Es heißt hier unter der Überschrift „Gespräch zwischen dem Präsidenten des Senats und Herrn Dr. von der Vring" folgendermaßen. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren:

„Herr Bürgermeister Koschnick berichtete dem Senat über ein Gespräch, das er mit Herrn Dr. von der Vring geführt habe. Herr Dr. von der Vring habe ihm gegenüber geäußert, er wisse, daß sich sein theoretisches Konzept in Bremen nicht werde durchführen lassen. Nach Übernahme seines Amtes werde er es orientiert an den bremischen Realitäten führen und sofort nach Übernahme seines Amtes eine spezifische persönliche Erklärung zu seiner Stellung in diesem Staat und in dieser Gesellschaft abgeben.

Er, Herr Bürgermeister Koschnick, habe Herrn Dr. von der Vring sodann gebeten, in Zukunft von Interviews abzusehen, da dem Senat mehr an konkreten Arbeitsergebnissen liege. Ferner habe er ihn gebeten, dem Senator für das Bildungswesen rechtzeitig mögliche Konfliktsituationen anzukünden, sowie umgekehrt der Senator für das Bildungswesen auch ihn rechtzeitig unterrichten werde.

Ferner sei Herr Dr. von der Vring darauf hingewiesen worden, Personalentscheidungen unter Berücksichtigung der politischen Situation des Senats mit äußerster Sorgfalt zu treffen. Herr Dr. von der Vring sei hiermit einverstanden gewesen und habe darüber hinaus die Bitte geäußert, auch im Kreise der Koalitionspartner junge Wissenschaftler anzusprechen, die an der Arbeit in der Universität Bremen interessiert seien. Der Senat nahm Kenntnis."

Meine Damen und Herren, dieses Protokoll beweist doch, daß nicht nur die FDP-Mitglieder im Senat, sondern daß der Gesamtsenat begründete, ernsthafte Bedenken hat gegenüber der Universitätsgründungskonzeption des Gründungsrektors und der damit zusammenhängenden Personalpolitik. Sonst wäre es doch nicht zu verstehen, daß praktisch vor der entscheidenden zweiten Lesung des Universitätserrichtungsgesetzes Bürgermeister Koschnick dem Senat und damit auch den FDP-Senatoren mitteilt, daß Herr Dr. von der Vring praktisch abgeschworen hat. Das ist ein Faktum! Und ich bitte, daß Sie sich damit auseinandersetzen.

Das ist nicht etwas, was unsere Besorgnis ausräumt, sondern unsere Besorgnis bestärkt. Wir sagen: Intern ist sogar der Senat unserer Auffassung und versucht, intern die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und die entsprechenden Sicherungen einzubauen!

Bei einer solchen Lage sollten wir in der Tat nicht, Herr Kollege Dr. Czichon — und nehmen Sie mir das bitte jetzt nicht persönlich übel —, mit biedermännischer Miene versuchen, die Angelegenheit zu verbrämen. Wenn wir hier von totalitärem Sozialismus sprechen und auf Berlin blicken, dann bauen wir keine Pappkameraden auf, sondern sind echt besorgt um die Zukunft unserer freien demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß das in aller Form und in allem Ernst zurückweisen dieses Wort

(Abg. M e i e r [SPD]: Behalten Sie es für den Landesparteitag!)

von den Pappkameraden.

(Abg. S t ä c k e r [SPD]: Das hat wohl getroffen?)

Natürlich, Herr Kollge Stäcker, hat das getroffen, denn wenn wir unsere Universitäten verlieren, verlieren wir unsere freie, offene Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Und es ist richtig, was Herr Schepers Ihnen gesagt hat. Sehen Sie nach Berlin, sprechen Sie mit Ihren Parteifreunden in Berlin, lesen Sie den Bericht des Senats über die Universitätsentwicklung in Berlin. Wenn Sie dann nicht besorgt sind — und das ist jetzt eine politische Feststellung —, wenn Sie dann nicht mit uns besorgt sind, sind Sie ein totalitärer Sozialist, der sich hier noch verbrämt und verkappt!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Insoweit ist das natürlich eine politische Debatte. Wenn Sie letztlich eine einheitliche, geschlossene Feldtheorie von Gesellschaft im Hinterkopf haben, sie aber nicht zum Ausdruck bringen, wenn Sie also ein geschlossener sozialistischer Ideologe sind, dann können Sie sehr leicht diese sozialistischen Entwicklungen herunterspielen und verharmlosen.

(Abg. Stäcker [SPD]: Das ist wohl die Generalprobe für Ihren Parteitag! — Abg. Fischer [CDU]: Das ist aber billig!)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zu dem sogenannten „Bremer Modell"! Es wird hier soviel von Reformuniversität gesprochen. Und wenn man dann mit den Leuten spricht, die eigentlich wissen müßten, was das ist, dann hört man immer wieder den Satz — auch von Ihnen, Herr Kollege Dr. Czichon —: Keine Gruppe kann überstimmt werden in allen Angelegenheiten, die die Universität betreffen; es soll somit ein Einigungszwang durch eine strikte Paritätenregelung herbeigeführt werden.

Herr Dr. von der Vring ist bereit — zumindest verbal bei öffentlichen Diskussionen —, das in der letzten Zeit zu modifizieren und zu relativieren. Das hängt vielleicht mit seinen Besprechungen zusammen, die er intern mit Bürgermeister Koschnick und anderen Mitgliedern des Senats geführt hat. Das kann Tarnung sein.

Aber nehmen Sie den Satz doch einmal so, wie er ist. Ich habe mich darüber einmal kürzlich mit dem Kollegen Franke unterhalten. Was ist das denn: Eine Gruppe darf die andere nicht überstimmen, es muß ein Einigungszwang ausgeübt werden? Das ist entweder die Illusion des Reichstags zu Regensburg oder ein totalitärer Ansatz der Gleichrichtung von vornherein!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind doch wohl alle Demokraten. Wir beanspruchen es zu sein! Können wir ein demokratisches Gremium konstituieren, bei dem der Einigungszwang institutionalisiert wird? Ich halte das für antidemokratisch!

(Abg. Koschek [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Und merkwürdigerweise war in persönlichen Gesprächen — ich begehe keinen Vertrauensbruch, es ist eine sachliche Frage — Herr Kollege Franke mit mir einer Meinung: Es muß wechselnde Mehrheiten geben, wir müssen unter Beachtung demokratischer Spielregeln untereinander Meinungen austauschen und dann entscheiden. Wir dürfen aber niemals einen Einigungszwang herbeiführen. Wenn man das als Demokrat will, ist man ein Illusionist, wenn man das als Sozialist will, muß man totalitär, das heißt einseitig strukturieren. Und von daher ist das „Bremer Modell", gemessen an diesem dogmatischen Grundsatz, den Sie selbst bringen, für uns kein pluralistisches, sondern ein sozialistisches, das wir nach wie vor bekämpfen auch in der Bundesrepublik. Wir sorgen mit dafür, daß das Geld nicht zur Verfügung gestellt wird für einen solchen rechtsstaatlich gefährlichen Versuch.

(Aha-Rufe von der SPD — Abg. Stäcker [SPD]: Das ist sehr schön! Jetzt steht es endlich im Protokoll! Jetzt kann sich Herr Dr. Sieling davon wieder distanzieren!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um mit dem letzten zu beginnen: Wer die Sitzungen des Gründungssenats verfolgt hat — und jeder, der an der Universität interessiert ist, sollte das ja tun —, wird feststellen, daß der Gründungssenat keineswegs dem von Herrn Klein hier apostrophierten Einigungszwang unterliegt, sondern daß es im Gründungssenat sehr wohl Kampfabstimmungen mit wechselnden Bündnissen gibt. Insofern wird — von der Abstimmungspraxis des Gründungssenats her — keine totalitäre Machtausübung praktiziert. Wer das Gegenteil behauptet, lügt!

(Abg. Fischer [CDU]: Das hat ja eben gerade Herr Dr. Czichon behauptet! — Abg. Klein [CDU]: Herr Dr. Czichon hat davon gesprochen, als „Bremer Modell"!)

Das „Bremer Modell", Herr Kollege Klein — —

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Franke, Herr Abgeordneter Dr. Czichon wünscht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ja!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Dr. Czichon!

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Kollege Franke, haben Sie mich während meiner Ausführungen richtig verstanden, daß es sich um das Nichtüberstimmen einer Gruppe in den für diese Gruppe eminent wichtigen Fragen handelt?

*) Vom Redner nicht überprüft.

Abg. **Franke** (SPD): Natürlich, ich habe Sie vollkommen so verstanden. Ich bin mir in keiner Phase Ihrer Rede bewußt gewesen, daß Sie von den einstimmigen Beschlüssen des Gründungssenats hier gesprochen haben, wie Herr Klein angeführt hat! Das ist nicht die Praxis des Gründungssenats, und wer das hier als Praxis des Gründungssenats apostrophieren will, beschreibt eine Wirklichkeit, die überhaupt nicht existiert.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Franke, jetzt hat der Abgeordnete Klein den Wunsch, eine Zwischenfrage zu stellen.

Abg. **Franke** (SPD): Ich würde folgendes vorschlagen, Herr Kollege Klein: Ich werde im Verlauf meiner Äußerungen sicherlich noch einiges tun, was Sie auf Ihrem Sitz ein bißchen in Unruhe versetzt,

(Heiterkeit bei der SPD)

und ich würde vorschlagen, daß Sie sich dann an dieser Stelle erheben und zur Frage schreiten. Noch scheint es mir zu früh zu sein!

(Abg. K l e i n [CDU]: Nur genau hierzu eine Frage!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Der Abgeordnete Franke ist nicht bereit, jetzt eine Frage zu beantworten, Herr Klein!

Abg. **Franke** (SPD): Es ist wirklich sehr gut, wenn man als Parlamentarier so am Rande politischer Veranstaltungen einmal zusammensitzt und dann im vertrauten Gespräch miteinander — wie wir das neulich getan haben, Herr Kollege Klein — die Positionen absteckt, ohne daß Publikum dabei ist, weil man dann in jener Position nicht so sehr zur Schau verpflichtet ist, sondern dann einmal seine Meinung sagen kann. Und aus unserem letzten Gespräch habe ich einen Eindruck mitgenommen, den Sie auch heute hier in einem Satz, Herr Klein, formuliert haben, nämlich, daß wir im Interesse der Sache aus diesem Verbalismus der Augenwischerei für die Öffentlichkeit herauskommen müssen.

Das war nämlich damals auch Ihr Ansatz, denn hinter diesem Satz steht ja nichts anderes, als daß wir zu einer sachbezogenen, an den Fakten der Universität orientierten Diskussion, zu einem Gespräch über das tatsächliche Geschehen innerhalb der Bremer Universität kommen müssen. Und ich habe Sie damals gefragt, ob es möglich sei, daß auf einer solchen sachbezogenen Diskussion aufbauend auch wieder die Opposition in die Gemeinsamkeit einer vom Parlament getragenen Universitätspolitik hineinkommen kann, was nicht besagen muß, daß wir einstimmig beschließen, sondern was nur besagen soll, daß wir in den nötigen Entscheidungsgremien wieder miteinander reden, was Sie bis heute ablehnen.

Ich habe also gefragt, ob diese Gemeinsamkeit des Miteinanderredens absehbar sei. Und in diesem Gespräch — Herr Kollege Klein, ich glaube, ich begehe keinen Vertrauensbruch — haben Sie gesagt, das ist ein Prozeß, den Sie für möglich halten. Viele Ihrer Zweifel seien inzwischen ausgeräumt, manche stünden noch da. Solche Veranstaltungen, wie sie durchgeführt worden sind neulich mit Herrn Kultusminister Vogel und mit Herrn Dr. von der Vring, Herrn Senator Thape und Herrn Professor Buchheim, dienten dazu, die Positionen gegeneinander doch insofern abzugrenzen, daß man miteinander wieder sachbezogen diskutieren könnte, Standpunkte zu revidieren, zu modifizieren. All das sei also im Prozeß. Sie hätten manches von Herrn Dr. von der Vring inzwischen erfahren, was er früher nach Ihrer Meinung nicht so vertreten hat, das hätte Sie positiv berührt, und es sei also ein Entwicklungsprozeß, den ich — ich glaube, das meinten Sie auch — nicht als das weitere Auseinanderstreben definieren würde, sondern ein Entwicklungsprozeß zu einer von uns allen gemeinsam zu verantwortenden Universität hin.

Ich muß sagen, nach diesem Gespräch habe ich Hoffnung geschöpft. Hoffnung nämlich, daß uns solche Szenen, wie wir sie heute wieder einmal von der Opposition geboten bekommen haben, künftig dem Parlament und der Öffentlichkeit erspart bleiben. Ich habe mich gefreut auf unerhört sachbezogene Diskussionen, daß Sie nämlich auf Sachaussagen des Gründungssenats hin hier mit Anfragen kommen und sagen, der Gründungssenat ist im Begriff, dieses oder jenes Projekt als Studium einzuführen, diesen oder jenen Studiengang, diese oder jene Universitätsstruktur, wir halten das für falsch, wie steht der Senat dazu, wie stehen die Regierungskoalition dazu! Oder: In den Fachbereichskommissionen, in den Planungskommissionen werden Studiengänge geplant, die wir ablehnen müssen, weil diese Studiengänge nach unserer Meinung die Gesellschaft zu revolutionieren imstande sind. Diese Studiengänge lehnen wir ab, wir wollen ihre Meinung dazu hören.

Sehen Sie, wenn wir eine so sachbezogene Diskussion miteinander geführt hätten, dann wäre es weiß Gott einer Auseinandersetzung in einem Landtag würdig gewesen.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Das fängt aber mit der Personalfrage an!)

Wir haben, obwohl die Universität ja eine ganze Zeit Aufbauarbeit leistet — damit meine ich nicht die Gebäude allein, damit meine ich auch die sachbezogene Diskussion innerhalb der Universität —, ein ganze Menge Fakten, die in den Planungskommissionen, die im Gründungssenat diskutiert worden sind. Es haben Inhalte dieser Universität sehr konkret Gestalt angenommen. Von Ihnen ist niemand hier an das Pult gegangen und hat gesagt, weil die Universität Bremen diese Inhalte setzt, deswegen ist sie eine Kaderuniversität. Diesen Beweis sind Sie uns bis heute schuldig geblieben.

Meine Damen und Herren, noch etwas anderes! Nicht nur, daß Sie bis heute nicht an den Inhalten dieser Universität feststellen konnten, daß es eine rote Kaderuniversität sei, noch etwas anderes: Wir haben neulich in der Deputation für allgemeinbildende Schulen mit den Damen und Herren der Planungskommission Lehrerbildung zusammengesessen. Und in dieser Deputationssitzung ist natürlich auch die CDU vertreten und dabeigewesen. Die Planungskommission Lehrerbildung hat uns in einer längeren Sitzung ihr Konzept der Lehrerbildung vorgetragen,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Jawohl! — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Keine Konzeption hieß es doch!)

das so aussieht, daß sich die Lehrerbildung nach einem Projektstudium an der Bremer Universität aufbauen soll. Es sind auch die gesellschaftspolitischen Intentionen eines Lehrerstudiums, wie es die Planungskommission vorhat, entwickelt worden. Wir sind in eine Diskussion, in ein Gespräch miteinander eingetreten. Kein Abgeordneter oder Deputierter der CDU hat gesagt, daß diese Konzeption, die die Planungskommission Lehrerbildung vor uns allen entwickelt hat, eine Konzeption einer roten Kaderschmiede ist. Keiner hat es gesagt.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Im Gegenteil!)

Und dann stellen wir uns hier hin und machen wieder einmal in diesem großen Brimborium, daß die Kaderschmiede im Anmarsch sei!

Meine Damen und Herren, diskutieren wir doch von den Ansätzen her, die von der Sache gegeben sind, und diskutieren wir nicht von den roten Kinderläden in Berlin, und diskutieren wir nicht von der FU in Berlin her, sondern diskutieren wir von dem, was sich hier in der Bremer Universität tatsächlich darstellt. Und diskutieren wir auch an den Stellen, wo sie sich darstellt, das heißt, diskutieren Sie Ihre Bedenken auch in den Planungskommissionen. Ich darf Ihnen sagen, daß alle Planungskommissionen außerordentlich dankbar sind für die Beiträge der Parlamentarier.

Und es muß, meine Damen und Herren, doch einem Dialektiker wie Herr Klein — —

(Abg. Klein [CDU]: Tun Sie mir nicht so viel Ehre an, so lange habe ich mit Herrn Dr. von der Vring nicht gesprochen!)

Ich dachte eben, Herr Kollege Klein, Sie würden das Wort Dialektik zurückweisen, weil es manchmal noch einen Zusatz dazu gibt.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Sagner [CDU]: Also wollten Sie provozieren!)

Es wäre doch für einen geschickten Diskussionsredner wie Herrn Klein eine sehr dankbare Aufgabe, in die Sitzungen der Planungskommission Lehrerbildung zu gehen und jenen roten Kaderschmieden die Maske vom Gesicht zu reißen, sie zu entlarven, ihnen zu sagen, welche perfide revolutionäre Taktik bei ihnen praktiziert wird. Enthüllen Sie doch diese Leute! Und dann könnten Sie sehr stolz hier im Parlament stehen und könnten sagen, daß sie denen aber ganz genau auf die Schliche gekommen sind, daß Sie ihre Beschlüsse auseinandergenommen haben, daß Sie ihnen nachgewiesen haben, wie hier die permanente Revolution in der Bundesrepublik Deutschland über die Bremer Universität vorangetrieben werden soll. Herr Kollege Klein, daß Sie das nicht in der Planungskommission machen, enttäuscht mich. Ich würde auf einen solchen Auftritt sehr gespannt sein. — So, jetzt dürfen Sie!

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Der Abgeordnete Franke ist jetzt bereit, eine Zwischenfrage von Ihnen, Herr Klein, zu beantworten. Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Ich bedanke mich! Herr Kollege Franke, reicht es Ihnen denn nicht, wenn ich nach dreistündiger öffentlicher Diskussion mit dem Gründungsrektor Dr. Thomas von der Vring diesen zu dem Eingeständnis bewogen habe, daß er die sozialistische Gesellschaft wolle? — Meine erste Frage! Darf ich die zweite gleich anschließen?

(Senator Thape: Na und?)

Abg. **Franke** (SPD): Ich beantworte erst die erste Frage! Herr Kollege Klein, wir müßten jetzt wirklich — es sind nicht wir, die das wollen, sondern Sie — in eine ideolotische Diskussion eintreten. Herr Kollege Klein, das Wort sozialistisch ist so verblaßt und inhaltslos wie das Wort christlich. Was verbirgt sich denn konkret dahinter?

(Beifall bei der SPD)

Es kann jeder sagen, ich bin ein Christ, und er kann trotzdem einer sein, der die Bergpredigt nicht ernst nimmt. Und es kann jeder sagen, ich bin ein Sozialist, und er kann trotzdem eine antihumane Gesinnung haben. Es kommt auf die Definition an. Ich habe jetzt ein bißchen Angst, daß ich von Ihnen jetzt auch zu jenem Pappkameraden umfunktioniert werde, wenn ich Ihnen sage, das ist nicht nur Herr Dr. von der Vring, das ist zum Beispiel auch der Abgeordnete Franke, der sagt, jawohl, er ist ein Sozialist.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Trotzdem, Herr Abgeordneter Klein, wird sich der Abgeordnete Franke dafür schlagen, daß es die Opposition in unserem Lande wirklich, immer und zu jeder Zeit geben sollte. Von einer Gleichschaltung, von einer totalitären, sozialistischen Praxis, von der Diktatur einer Minderheit ist der Abgeordnete Franke weit entfernt. Trotzdem ist er Sozialist. So etwas läßt sich nämlich vereinbaren. Und deshalb sind solche Verbalismen wirklich — um Sie zu zitieren — Augenwischerei.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Franke, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ja, Herr Präsident!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege Franke, ich habe noch eine Frage, die sich bezieht auf den Beginn Ihrer Ausführungen, die möchte ich wie folgt stellen: Wäre es Ihnen möglich, Stellung zu nehmen zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Dr. Czichon heute morgen, die identisch sind mit den Ausführungen von Dr. von der Vring, daß die strikte Paritätsregelung, die hier in Bremen eingeführt werden soll, den Einigungszwang bewirken wird?

Abg. **Franke** (SPD): So ganz nicht, Herr Kollege Klein, um es noch einmal ganz klar zu machen: Ich glaube nicht, daß der Kollege Dr. Czichon — aber da müßten Sie ihn vielleicht noch einmal selbst fragen —, ich habe ihn jedenfalls eindeutig so verstanden, und seine Zwischenfrage schien mir eigentlich die Bestätigung für mein Verständnis zu sein, daß der Kollege Czichon die Paritätenregelung so verstanden haben wollte, um ein Beispiel zu geben, daß die Paritäten in der Bremer Universität verhindern sollen, daß etwa bei studentischen Angelegenheiten die Professorenschaft die Studentenschaft niederzustimmen imstande ist, sondern daß die Paritäten so aufgebaut sind, daß jede Gruppe in ihrem Bereich von anderen Gruppen nicht majorisierbar ist. Das war nach meiner Meinung die Auffassung des Kollegen Dr. Czichon. Er nickt eben, ich scheine ihn doch richtig verstanden zu haben.

Also, ich hatte vor dem Zwischenspiel aufgefordert, rein in die Planungskommission und sie dort bitte auseinandernehmen, und dann die stolze Erfolgsbilanz im Parlament hier melden, dann können wir konkret diskutieren, und hören Sie auf mit Zitaten aus irgendwelchen obskuren Universitätsveranstaltungen in Berlin, die für uns in Bremen nicht relevant sind.

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Jungsozialistenveranstaltungen!)

Ich bin, meine Damen und Herren, noch aus einem anderen Grund sehr skeptisch, daß es mit jenem Sachgespräch, das aufeinander zuführen könnte, das ich, wie gesagt, nach einem letzten Gespräch mit dem Herrn Kollegen Klein vermutet hatte, daß es mit einem solchen Sachgespräch doch nicht gehen wird. Und zwar hat ja neulich dieses Gespräch mit Herrn Kultusminister Vogel, Herrn Professor Buchheim, Herrn Senator Thape und Herrn Dr. von der Vring stattgefunden, und es hat wirklich zu einer, nun, nicht Einigung, aber zu einer gegenseitigen Tolerierung der Standpunkte geführt. Eine Tolerierung der Standpunkte, die sich zum Beispiel darin aussprach, daß Kultusminister Vogel spontan von der Vring nach Rheinland-Pfalz eingeladen hat, um ihm dort die Universitäten vorzuführen.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Ach, der will ihn umschulen!)

Einen roten Kaderschmied wird man wohl kaum ins eigene Haus bitten. Das war eine Einladung, die von Hochachtung getragen war, denn Vogel hat, so glaube ich, von der Vring durchaus abgenommen, daß es hier um einen ernstzunehmenden Universitätsversuch geht. Sehen Sie, ich glaubte, daß auch bei Ihnen eine solche Tolerierung — bei aller Ablehnung vieler Punkte — sich breitmachen kann, zudem Sie noch sagten, von der Vring ist in vielem modifiziert, in vielem so, daß wir ihn jetzt besser verstehen.

Wissen Sie, und jetzt kommt der ganz — entschuldigen Sie bitte, ich hoffe, es ist parlamentarisch möglich dieses Wort —, jetzt kommt der ganz perfide Trick, jetzt kommt nämlich der Trick, daß man sagt, ja, natürlich, der von der Vring sagt vieles, was akzeptabel ist, und auch in den Planungskommissionen wird vieles gesagt, was akzeptabel ist, gewiß, aber das ist Tarnung,

(Abg. S a g n e r [CDU]: Das ist doch kein perfider Trick!)

die sind im Grunde ganz anders.

Dieser Trick ist deswegen perfide, weil Sie damit den Gesprächspartner von vornherein blockieren. Er kann Ihnen entgegenkommen, er kann auf einer sachlichen Basis auch übereinstimmend diskutieren, Ihre Antwort wird sein: Alles Tarnung, in Wirklichkeit denkt er anders! Damit ist jedes Gespräch unmöglich, wenn ich dem anderen unterstelle, daß sein Auf-mich-Zukommen nichts anderes ist als eine Maske.

Meine Damen und Herren, wie will die CDU jemals mit der Universität Bremen ins Gespräch kommen? Denn selbst, wenn sie sich in vielen Dingen so gestalten sollte, daß es für die CDU akzeptabel ist, müßte die CDU immer sagen, das ist nur ein Trick, in der Hinterhand haben sie die Kaderschmiede.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Franke, Herr Klein hat den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage, sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ja!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege Franke, ist Ihnen bekannt, daß Herr von der Vring in dem „Konkret"-Interview selbst ausgeführt hat, er habe als Sozialist keine Chance, wenn er in seinen Handlungen und Entscheidungen abseits von seiner sozialistischen Theorie stehe, er müsse sie nach außen erkennbar

ableiten auf das Vorhandensein von Einzelmißständen in der Gesellschaft? Ist das nicht Tarnung?

(Abg. K l e m m e r [CDU]: Jetzt aber ehrlich sein, Herr Kollege Franke!)

Abg. **Franke** (SPD): Wissen Sie, Herr Kollege Klein, Sie haben einen merkwürdigen Tarnungsbegriff, wenn Sie sagen, das, was der von der Vring schreibe, sei Tarnung. Sie sind doch bei der Bundeswehr beschäftigt: Tarnung ist doch so, daß man es nicht merkt.

(Heiterkeit — Abg. K l e i n [CDU]: Es gibt auch schlechte Tarnung!)

Meine Damen und Herren, wir werden also den heutigen Zwischenakt wieder einmal schließen mit der Feststellung, daß die CDU nach wie vor an ihrem grundsätzlichen Ja, bei ihrem grundsätzlichen Nein — sehen Sie, das ist eine Fehlleistung, ich wünsche nämlich wirklich ihr Ja —,

(Abg. S c h e p e r s [CDU]: Oder das war Tarnung!)

daß sie an ihrem grundsätzlichen Nein zur Bremer Universität festhält. Ich sehe nach dem, was Sie heute hier praktiziert haben, auch keine Brücke, die zwischen uns jemals eine gemeinsame Universitätsverantwortung herstellen könnte. Wir werden auch mit der Tatsache leben müssen,

(Abg. S t r ö h [SPD]: Wir wollen die Verantwortung auch alleine tragen!)

daß diese Bremer Universität, wenn sie ihre Pforten öffnet, wenn sie ihren Betrieb aufnimmt, wenn sie ihre Erfolge mit dem Ausstoß erster Studenten, die wir für die Gesellschaft bereitstellen, wenn sie also Erfolge zu melden hat, wir werden also mit der Tatsache leben müssen, daß das allein von der Regierungskoalition zu verantworten ist und nicht von Ihnen.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. K l e i n [CDU]: Der Wähler wird Ihre Verantwortung erkennen!)

Nun, wir werden hoffen, daß das auch der Wähler erkennt.

Meine Damen und Herren, Sie spekulieren auf den Wähler mit Ihrem Nein! Hoffentlich erkennt der Wähler auch, daß Ihr Nein zur Bremer Universität dem Bremer Wähler einige Millionen kosten wird, weil Sie nämlich Ihre unheilige Allianz im Lande betreiben, die Bremer Universität nicht nach dem vorgesehenen Finanzierungsabkommen abzusichern. Indem Sie diese Torpedos abschießen, treffen Sie den Bremer Steuerzahler. Das wird man Ihnen sehr deutlich sagen müssen.

(Beifall bei SPD und FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Meurer.

Abg. **Meurer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Czichon und — präter propter — Herr Franke hielten es für richtig, innerhalb der CDU-Fraktion zwei Lager zu konstruieren in puncto Universität! Als Beweis führten sie das Verhalten der CDU-Abgeordneten in der Schuldeputation an bei einer recht interessanten gemeinsamen Sitzung von Deputation und Planungkommission für die Lehrerbildung. Ich bemühe mich, ohne Vorurteil auch an politische Fragen heranzugehen und von der Sache zur Sache hin zu denken und zu argumentieren.

(Abg. S c h e p e r s [CDU]: Das war nur Tarnung!)

Diese Diskussion in der Schuldeputation war eine Diskussion im Nebel, wenn Sie es sich recht ansehen, Herr Franke. Sie waren dabei, Herr Dr. Czichon kennt sie nur vom Hörensagen.

(Abg. S c h e p e r s [CDU]: Der kann im Nebel hören!)

Das war eine Diskussion im Nebel deshalb, weil die Deputation die Vorstellungen der Planungskommission für die Lehrerbildung hören wollte, und die Kommission wollte die Vorstellungen der Deputation über Lehrerbildung hören.

(Abg. S c h e p e r s [CDU]: Hat die denn eine Konzeption?)

Es wurde dort in sehr vagen Umrissen, das werden Sie zugeben müssen, das Projektstudium als Organisationsform dargestellt. Auf unsere konkrete Frage, was denn da nun gemacht werden soll in diesem Projektstudium, welchen Inhalt es haben soll, wurde uns von einem Mitglied dieser Planungskommission gesagt: Soweit sind wir noch nicht, daran arbeiten wir jetzt, und wir hoffen, es zum Jahresende oder zum Anfang des nächsten Jahres hier worlegen zu können.

(Abg. S c h e p e r s [CDU]: Aha!)

Es sind sehr interessante Einzeläußerungen gefallen, und ich wundere mich eigentlich, daß Sie, Herr Franke, daraus sofort ein gesellschaftspolitisches Konzept entnommen haben. Für mich waren es lediglich rein formale Organisationsfragen.

(Abg. F r a n k e [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage!)

Ich wollte eigentlich Herrn Franke auf eine Zwischenfrage nicht antworten, wir haben ja noch Krach miteinander.

(Heiterkeit — Abg. S t ä c k e r [SPD]: Sie haben aber die Einschränkung „eigentlich" gemacht!)

Entscheidend ist der Inhalt dieser Lehrerbildung, und darüber konnte man uns noch nichts sagen. Wenn Sie meinen, weil wir sachlich diskutieren und sachlich fragen, so, wie es unsere Pflicht ist, wenn

Sie meinen, daraus einen Zwiespalt in der CDU konstruieren zu können, dann ist das Ihre Sache. Ich bedauere, daß Herr Dr. Czichon bei seinen Äußerungen offenbar die gebotene Sorgfalt nicht beachtet hat, sonst hätte er so etwas nicht sagen können, etwas behaupten, um hinterher sagen zu müssen, ich war ja nicht dabei.

Ich möchte zum Schluß die ganze Diskussion, so wie sie jetzt läuft, auf zwei Begriffe reduzieren: Sie leben in der Hoffnung, daß dieses Projekt Universität, so, wie es jetzt steht, klappt und gut geht. Wir leben in der Befürchtung, daß dieses Projekt nicht klappt und schief geht. Wer recht hat, das wird die Zukunft lehren.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zu der von Ihnen angesprochenen Tarnung, Herr Kollege Franke, möchte ich folgendes sagen: Ich glaube, Herr von der Vring, wie wir ihn nach seinen Veröffentlichungen sehen, die er als Juso-Vorsitzender gemacht hat, aber auch Herr Wiethölter, wie wir ihn nach seinen Schriften sehen und beurteilen nach dem, was wir in der Fraktion mit ihm besprochen haben, benötigen keinerlei Tarnung. Herr Wiethölter hat uns das zu Beginn unserer dreistündigen Auseinandersetzung sehr klar gemacht. Er sagte etwa: „Ich möchte von vornherein feststellen, daß wir uns hier, solange wir auch debattieren mögen, nicht verstehen werden,

(Abg. Franke [SPD]: Der kannte Sie!)

und gar nicht verstehen werden können, da wir „— so Wiethölter—" von ganz anderen Plattformen ausgehen." Herr Kollege Franke, ich möchte annehmen, daß Sie persönlich nicht auf dieser Plattform stehen, daß also auch Sie Ihre Schwierigkeiten haben werden, wenn Sie sich mit diesen Herren auseinandersetzen.

Als im Zuge der Diskussion in diesem Hause zwischen Kulturpolitikern aus Rheinland-Pfalz und Ihren Bremer Kulturpolitikern nach dem Gespräch eine Einladung an Herrn von der Vring ausgesprochen wurde, habe ich perönlich das sehr begrüßt. Meine Damen und Herren, wir wollen eins hier festhalten: Die persönliche Hochachtung vor einem Menschen hat doch nichts zu tun mit harter Kritik in sachlicher Hinsicht.

(Beifall der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Ein wahres Wort!)

Ich würde es wirklich begrüßen, wenn sich diejenigen, die für die Neugründung der Universität in Bremen verantwortlich sind, einmal in Rheinland-Pfalz ansehen würden, wie man dort zur Neugründung geschritten ist.

(Senator Thape: Dort ist noch nichts geschehen!)

Immerhin sind Studenten dort, die studieren, Herr Senator Thape, Sie aber haben nur einige Steine aufeinandergesetzt!

(Abg. Franke [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Darf ich bitte zum Schluß antworten, Herr Präsident!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Franke, Herr Dr. Sieling will erst am Schluß eine Frage entgegennehmen.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Ich nehme gern Fragen entgegen, möchte aber die Ausführungen zu Ende führen.

Es kommt noch etwas anderes hinzu: Wer der Diskussion aufmerksam gefolgt ist, meine Damen und Herren, in Rechnung setzt, daß wir die Karten ganz fair fünfzig zu fünfzig Prozent verteilt haben, und den Applaus gehört hat, den gerade Herr Vogel und Herr Professor Buchheim immer wieder auf sich gezogen haben, der mußte doch gerechterweise anerkennen, daß dort Dinge gesagt worden sind, die man sich in Bremen überlegen und merken sollte.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch etwas zu den Ausführungen von Herrn Senator Thape, die er im Namen des Senats als Antwort auf unsere Anfrage gemacht hat! Meine Damen und Herren, auch hier weise ich auf die Debatte hin, die wir mit Herrn Vogel gehabt haben: 53 Planer in Bremen per 7. 12. 70, weitere Planerstellen im Werden; eine große Gruppe von Planern, zum Teil hoch besoldet nach A 15, A 14, A 13 als Beamte oder entsprechend Ia, I b bzw. II a als Angestellte. Alles Gehaltsgruppen, die normalerweise eine akademische Vollausbildung mit akademischem Abschluß erfordern. Hier, meine Damen und Herren, frage ich Herrn Senator Thape, wie wird in diesem Punkt in Bremen Qualifikation festgestellt?

Es fiel vorhin in der Antwort etwa das Wort, die Qualifikation müsse sich unter anderem auf die Voraussetzungen und die Möglichkeiten, den Posten zu erfüllen, beziehen. Ich glaube, wir müssen Examina fordern, wenn wir nicht in Gefahr kommen wollen, daß es sich an der Bremer Hochschule als leicht herausstellen wird, in der Zukunft einen Lehrstuhl als Assistenz-Professor zu bekommen. Wir dürfen ja nicht außer acht lassen, daß sich jemand, der in Bremen zwei Jahre geplant hat, später selbstverständlich für Assistenz-Professorenstellen interessieren wird und dann sagen wird, ich habe mich hier die zwei Jahre lang in der Planerposition bewährt, was fragt ihr noch nach meinem Hochschulexamen? Wenn wir das in Rechnung setzen, meine Damen und Herren, müssen wir heute schon sehr

sorgfältig darauf achten, daß die, die hier als Planer mitwirken, auch Hochschulabschlüsse mitbringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist nicht von ungefähr, daß ausgerechnet in der Lehrerplanungskommission Bewerber abgelehnt werden, die jahrelange Erfahrungen auf diesem Gebiet haben. Die Praktiker will man gar nicht, da man sagt, diese seien total verbildet, sie könnten daher gar keine positive Arbeit mehr leisten. Man lehnt praktisch alle die ab, die ihr Studium bereits vor der sogenannten revolutionären Zeit an den deutschen Universitäten abgeschlossen haben. Darauf müssen wir unser Augenmerk richten. Darauf werden wir, Herr Senator Thape, auch in Zukunft sehr, sehr deutlich achten, soweit es die Unterlagen, die wir in die Hand bekommen, überhaupt zulassen.

Nun zu den geplanten Ausschreibungen. Es liegt mir noch ein Wort im Ohr, Herr Kollege Franke, das Sie seinerzeit mit mir in einer Sitzung des Gründungssenats gehört haben. Damals ist sehr offen gesagt worden, nach Bremen würden sich normalerweise nur Leute bewerben beziehungsweise man könnte nur Leute annehmen, die sich einmal auf das politische Klima einzustellen gewillt sind und zum anderen ein volles Ja sagten zu den Vorstellungen des Gründungssenats in bezug auf die Hochschulreform. Da unterscheiden wir uns doch schon wieder! Wenn nur solche Leute nach Bremen kommen werden beziehungsweise der Gründungssenat nur solche Leute nach Bremen haben möchte, die diese beiden Voraussetzungen erfüllen, dann werden wir doch niemals zu einer Pluralität an der Bremer Universität kommen können.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Denken Sie an Rheinland-Pfalz!)

In Rheinland-Pfalz haben, wenn ich richtig unterrichtet bin, 1500 Bewerbungen vorgelegen. Ich glaube, das ist eine stattliche Zahl. Wenn Bremen demnächst auch auf solche Zahlen zurückblicken und eine entsprechende Auswahl unter gerechten, nicht nach ideologischen Gesichtspunkten treffen könnte, wäre ich sehr glücklich!

Nun noch ein Wort zu der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Bensheim. Sie waren der Meinung, ich würde mich jetzt in einen harten Widerspruch zu meinem Fraktionskollegen Klein stellen müssen. Dem ist nicht so.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Haben wir nie unterstellt, das wäre ja noch schöner!)

Meine Damen und Herren, ich habe gemeinsam mit Herrn Fischer und unserem Geschäftsführer Herrn Kunst an dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Bensheim-Auerbach teilgenommen. Ich muß dazu folgendes feststellen: Es gibt keinen Antrag der Bremer CDU-Vertreter auf dieser Konferenz, für Bremen irgendwelche Mittel zu sperren.

(Abg. Fischer [CDU]: Nicht einmal eine Anregung!)

Auch keine Anregung! Sondern es kam, meine Damen und Herren, von Baden-Württemberg die Anregung, man möge in der Richtung einen Beschluß fassen. Aber auch hier nicht in der Form, wie es Herr Czichon vereinfacht dargestellt hat, sondern in der Art, daß man die Mitfinanzierung für die Universität Bremen abhängig machen solle von einer pluralistischen Entwicklung der Lehre und Forschung an dieser Universität.

Meine Damen und Herren, falls Sie zu dem stehen, was Sie in diesem Hause immer wieder qua Senat und qua Bürgerschaft verkündet haben, daß Sie sich nämlich für eine solche Entwicklung der Bremer Universität einsetzen wollen, darf Ihnen dieser Beschluß unserer Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Bensheim doch nur lieb sein als Schutz gegen eine mögliche andere Entwicklung, die Sie dann ja selbst nicht wollen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Das ist ja auch ein Torpedo, nur im Knick, da! Ja sicher, weil es um Stuttgart geht!)

Ein letztes Wort noch zu einer weiteren Äußerung von Herrn Czichon. Herr Czichon, was die CDU-Fraktion in der Deputation, im Haushaltsausschuß oder im Plenum behandelt, richtet sich nicht danach, ob es Ihnen genehm ist oder nicht!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wir auch!)

Sie müssen es schon uns überlassen, wie weit wir das, was wir für wesentlich halten für das Plenum, in das Plenum hineintragen und hier vor aller Öffentlichkeit behandeln. Das hat nichts mit Wahlkampf zu tun, sondern mit der Erforschung aller Gegebenheiten, über die wir voll orientiert werden möchten!

(Beifall bei der CDU)

Uns als CDU-Fraktion ist immer wieder unterstellt worden, wir seien gegen die Bremer Universität. Herr Franke hat sogar einmal von einem Haß bei der CDU gegen die Bremer Universität gesprochen. Das ist alles Unsinn. Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis: Wir sind für eine pluralistische, freie Universitätsentwicklung in Bremen. Aber wir sind gegen eine Universität, wie sie sich jetzt unter desem Gründungssenat zu entwickeln scheint, zumal wir den Aussagen des Senats, der SPD-Fraktion und auch der FDP-Fraktion, genügend als Bremser wirken zu

wollen, nach dem, was wir bisher erlebt haben, keinen genügenden Glauben schenken können.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wir können Ihnen auch nicht mehr glauben! Am Schluß wollten Sie Fragen beantworten!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß ich kein Hochschulpolitiker bin, aber aus zuverlässiger Quelle — so begann Herr Klein —

(Abg. Klein [CDU]: Glaubwürdiger!)

oder aus glaubwürdiger Quelle hatte ich auch einiges erfahren! Und im Gegensatz zu Herrn Dr. Sieling eben hat Herr Klein hier folgende Äußerung gemacht — sie steht unwidersprochen im Raum —: Wir werden dafür sorgen, daß Bremen aus dem Länderausgleich kein Geld erhält.

Es geht hier um das Staatsabkommen für die fortlaufenden Kosten der Universität.

(Abg. Kähler [SPD]: Das war nur Tarnung!)

Und das ist ein Grund, bei dem sich sicher ein Finanzpolitiker einmal zu Wort melden muß. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dankbar, daß Herr Klein das deutlich gesagt hat, damit die Öffentlichkeit in Bremen weiß, daß bei sechstausend Studenten 40 Millionen DM dem Bremer Staat jährlich nicht zur Verfügung stehen. Für 40 Millionen DM könnten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt sechs bis sieben Schulen oder 40 Kindertagesstätten und einiges andere mehr pro Jahr bauen.

(Abg. Klein [CDU]: Tun Sie es doch!)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen das sehr zur Kenntnis.

Und ich muß noch eines sagen: Über alle Parteischranken hinweg hat die Bremer CDU das Verdienst, was es bisher in keinem Landtag gegeben hat, daß man eine Maßnahme ablehnt, ich würde sogar sagen, Haß dagegen hat und dafür sorgt, daß dieses Land das Geld nicht bekommt, was alle anderen für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Verdienst hat die Bremer CDU! Und Sie, Herr Klein, haben das ganz deutlich zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kähler [SPD]: Herr Klein, was sind Sie blaß geworden!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur einige wenige Worte am Ende dieser erneuten Universitätsdebatte! Herr Dr. Czichon — leider offensichtlich im Moment nicht anwesend — redet so gern von Reformen und bemüht sich immer gegenüber denjenigen, die einen ideologischen Hintergrund der Bremer Universität aufzeigen, Reformunwilligkeit zu unterstellen. Wenn wir die Kirche im Dorf lassen: Was ist denn mit den bis heute praktizierten Universitätsreformen, wobei ich den besonderen Blick auf Berlin richte, weil das ja offenbar ein Vorläufermodell zu Bremen ist, was ist denn mit diesen angeblichen Reformen bis heute erreicht worden?

Erreicht worden ist, und das gilt auch für andere Reformversuche, eine Abwanderung der Forschung von der Universität in andere Zonen, zum Beispiel in den Bereich der freien Wirtschaft hinein. Ob das unbedingt das ist, was die Reformer wollen, wage ich zu bezweifeln. Es ist auf jeden Fall erreicht worden ein allgemeiner Leistungsabfall in den Massenfächern. Ist es das, was die Reformer wollten? Und es ist erreicht worden eine zunehmende Überlagerung der wissenschaftlichen Arbeit an den Universitäten durch politische Frontbildung der einzelnen Gremien in den Universitäten. War es das, was die Reformer wollten, oder ist es das, was Sie als Reform wollen? Eines kann man sagen: Das sind auf jeden Fall bis heute beweisbare Ergebnisse angeblicher universitärer Reformen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird hier von seiten der Linken dauernd von Pappkameraden und von Besorgnissen gesprochen — —

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Ich darf mal eben unterbrechen! Ich sehe, daß auf der Zuschauer-Tribüne ein Instrument benutzt wird. Ist das ein Fernrohr? — Also das dürfen Sie hier nicht! Sie mißbrauchen das Gastrecht, das wir Ihnen hier geben, wenn Sie auf diese Weise in die Notizen der Abgeordneten hineinschauen.

Bitte sehr, Herr Vorsatz, fahren Sie fort!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sprach davon, daß hier dauernd von der Linken des Hauses von Pappkameraden gesprochen wird, oder daß hier von Besorgnissen gesprochen wird, die von anderer Seite vorgebracht werden, und die angeblich nicht berechtigt sind. Nun, ich lese hier gerade eine Meldung vom 7. Dezember, und zwar anläßlich der Teilung des Instituts in Fachbereich Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Da heißt es: Nachdem das Kuratorium die Spaltung beschlossen hatte, traten der Vorsitzende des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften, Professor Jacob Taubes, und sein Stellvertreter, Wolfgang Leppies, zurück. Beide gelten bisher als engagierte, linksgerichtete Hochschullehrer. Die Teilung des Psychologischen Instituts bezeichneten beide als wissenschaftlich

katastrophal und aufgrund der Roten Zellen-Bildung dort geschehen.

Sind denn das nun Tatsachen, die Sie endlich einmal bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, oder sind das Theorien, die von einer Seite aufgestellt werden?

(Beifall bei der NPD)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der bisherigen Reformbemühungen wird deutlich sichtbar an der Freien Universität Berlin. Es ist nur eines: Daß es dort heute ein Establishment anders zusammengesetzt gibt als das frühere Ordinarien-Establishment, daß dieses Establishment, das es heute gibt, aber anerkanntermaßen weit schlimmer ist, als es das Ordinarien-Establishment jemals hätte sein können, denn dort war wenigstens noch Sachkenntnis vorhanden!

(Erneuter Beifall bei der NPD)

Meine sehr gehrten Damen und Herren, um zu den Pappkameraden zu reden, die Besorgnisse haben, wie wir sie auch haben: Nun, ich habe mich bemüht, obwohl ich da auch etwas anderes hätte tun können, am Buß- und Bettag nach Bad Godesberg zu fahren zu dem Kongreß „Bund Freiheit der Wissenschaft". Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Schmitt-Vockenhausen, ist er denn ein Pappkamerad, wenn er Besorgnisse vorbringt? Ist denn der Professor Richard Löwenthal, der einer der ostpolitischen Berater des Bundeskanzlers ist und Emigrant war — ich will nicht näher darauf eingehen —, ist der denn ein Pappkamerad, der Besorgnisse teilt, die Sie nicht haben? Ist denn Professor Hennis ein Pappkamerad, obwohl er lange engagierter Sozialdemokrat war? Und ist Professor Lübbe, der lange Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen war, ein Pappkamerad? Nur, weil sie alle gemeinsam Besorgnisse vorbringen, die im Grunde genommen auch im Plenum dieses Hauses vorgebracht werden!

Beifall bei der NPD)

So leicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie sich die Dinge nicht machen. Und Sie müssen, wenn Sie schon nicht bereit sind, die Argumente der Opposition entgegenzunehmen, dann doch zumindest einmal bereit sein, die Argumente zur Kenntnis nehmen, die aus Ihren eigenen Reihen gegen diese Dinge vorgebracht werden.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Sehr richtig!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine tatsächlich, man kann sich unter vernünftigen Leuten über diesen Gesamtkomplex relativ schnell einigen. Man braucht sich, und ich sage das sehr frei und offen, weitgehend — nicht in jeder Einzelheit, aber weitgehend — nur auf den Boden des Leussink'schen Reformentwurfs, das heißt des entsprechenden, im Moment kursierenden Referentenentwurfs, zu stellen, dann kann einem an sich nicht sehr viel passieren. Ich befürchte nur eines, daß angesichts der Entwicklungen in Berlin, in Bremen und in Hessen dieser an und für sich gute Entwurf des Bundesministers Leussink in der Praxis nichts anderes als Makulatur bleiben wird, weil er nämlich ideologisch unterlaufen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben vorhin einigermaßen ärgerlich auf einen Zwischenruf von mir: „Links von der KP" reagiert. Was ich damit gemeint habe, war, daß man sich durchaus darüber einig werden kann, daß einige in Bremen operierende Leute auch im Bereich der hauptamtlichen Planer noch links von der derzeit etablierten KP in der Bundesrepublik stehen. Nur dieses sollte damit angedeutet sein. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden es uns nicht übel nehmen, wenn wir mit diesen Argumenten ein wachsames Auge behalten: Reform — ja, linke Kaderuniversität — nein!

(Beifall bei der NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte nicht gern, daß Frau Landwehr mir zu Recht Unglaubwürdigkeit vorwerfen kann. Ich bin daher noch einmal auf das Rednerpult gekommen, Herr Franke, um Ihnen Ihre Fragen zu beantworten.

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Tarnung! — Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Kähler, das Wort Tarnung für den Abgeordneten Dr. Sieling scheint mir wirklich absurd zu sein. Es ist doch keine Tarnung, weswegen Herr Dr. Sieling hier vorgetreten ist.

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Ich habe die gleiche Äußerung gemacht wie Herr Klein!

Der Abgeordnete Dr. Sieling ist bereit, Ihre Zwischenfrage zu beantworten, Herr Franke. Bitte sehr!

Abg. **Franke** (SPD): Ich hatte die Frage vorhin an Ihre Ausführungen anknüpfen wollen zur Einladung an Herrn Dr. von der Vring. Ist es also so zu verstehen, daß der Herr Kultusminister Vogel nach seinem Bremer Besuch und der Diskussion mit Herrn Dr. von der Vring die persönliche Hochachtung für diesen jungen Gründungsrektor gewonnen hat?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Kollege Franke, ein guter Streiter wird immer seinen Gegner achten. Ich habe es begrüßt, daß Herr Dr. Vogel diese Einladung ausgesprochen hat, und ich würde es noch mehr begrüßen, wenn Herr von der Vring diese Einladung annehmen und ihr nachkommen würde.

Meine Damen und Herren, da ich nun aufgrund der Beantwortung der Frage von Herrn Franke noch einmal hier bin, möchte ich noch eines sagen in bezug auf meinen Fraktionskollegen Klein, der schon

dreimal zu diesem Punkt gesprochen hat und sich daher nicht mehr selbst verteidigen kann. Ich möchte noch einmal ganz klar herausstellen, daß Herr Klein und ich uns in folgender Frage voll einig sind: Wir sagen nämlich „ja" und zwar ein ganz klares „Ja" zu einer Universität in Bremen, von der wir aber verlangen, daß sie den echten Pluralismus in Forschung und Lehre sowie auch in etwa in der Zusammensetzung der Lehrenden bringt. Wir verlangen, daß an dieser Universität gelernt und gelehrt wird, und, meine Damen und Herren, wir verlangen — wenn ich mit Herrn Dr. Vogel sprechen darf —, daß an dieser Universität nur die lehren, die vorher das, was sie lehren wollen, auch gelernt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind aber dagegen, meine Damen und Herren, daß in Bremen 1,8 Milliarden DM Steuergelder hinausgeworfen werden für eine sozialistische Spielwiese, solange nicht sichergestllt ist,

(Oho-Rufe von der SPD)

daß diese Universität eine positive Entwicklung nehmen wird.

(Abg. Stäcker [CDU]: Damit schließen Sie sich also Herrn Klein an!)

Ich habe ja gesagt, wir sind einer Meinung!

Dann zu Herrn Dr. Czichon, Herr Dr. Czichon, Sie haben der CDU vorgehalten, wo und wieweit wir links sehen und hören würden. Ich will Ihnen eine ganz klare Antwort geben: Wir greifen nicht alles an, was links von der CDU zu sehen ist, sondern wir greifen als „links" das an, was superlinks von dem linkesten Mann Ihrer SPD-Fraktion steht.

(Beifall bei der CDU — Abg. Böhrnsen [SPD]: Was soll das denn?)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Fischer.

(Abg. Fischer [CDU]: Ich ziehe zurück!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Haus nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970:**

**Abkommen zwischen den Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland zur Sicherung der Besoldungseinheit vom 14. Oktober 1970: (Drucksachenabteilung I Nr. 136)**

Dazu Herr Senator Löbert, ihm beigeordnet Herr Leitender Regierungsdirektor Schilling.

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) die vorliegende Mitteilung und gibt dazu bekannt, daß die Ministerpräsidenten der Länder am 14. Oktober 1970 das in der Anlage wiedergegebene Abkommen unterzeichnet haben. Der Senat hat dem Abkommen am 17. 11. 1970 zugestimmt.

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag) um Kenntnisnahme.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat hat der Bürgerschaft ein von ihm unterschriebenes, unter dem 14. 10. 1970 paraphiertes Abkommen zwischen den Regierungen der Länder der Bundesrepublik zur Sicherung der Einheit im Besoldungswesen zur Kenntnis vorgelegt. Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, daß dieses Abkommen einer Kommentierung bedarf.

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind die Forderungen nach einer Beseitigung des Wildwuchses auf dem Gebiet der Besoldung nicht verstummt. Es hat in all den Jahren weder an gutem Willen noch an Vorschlägen noch an Abkommen gefehlt, diesem Problem Herr zu werden. Das Ziel wurde häufig anvisiert, aber niemals getroffen. Immer wieder gab es Länder, die den Anlaß verspürten, sich auf dem Gebiet der Besoldung besonders hervorzutun, und als besonders charakteristisch erwiesen sich die beiden Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen.

In der Vergangenheit hat der Bund versucht, mit rechtlichen Mitteln der Besoldungseinheit Herr zu werden, er hat versucht, auf der Grundlage des Artikels 75, der ja bekanntlich dem Bund eine Rahmenkompetenzgesetzgebung einräumt, dieses Ziel zu erreichen. Allein, dieses Rechtsmittel, diese Gesetzgebungskompetenz hat es nicht vermocht, eine Besoldungseinheit zwischen Bund und Ländern herzustellen. Die Rahmengesetzgebung — das ist eine Feststellung, die von allen Besoldungspolitikern getroffen wird — hat eher zu einer Verwirrung, als zu einem einheitlichen Besoldungsgefüge zwischen Bund und Ländern geführt, und zwar allein deshalb, weil nicht alle Beamtengruppen erfaßt werden konnten, und zum anderen, weil ja die Länder immer noch die Freiheit hatten, bis zu 75 Prozent der nächsten Stufe im Zulagenwesen auszuweichen.

Von diesem Recht haben dann die Länder auch weitgehend Gebrauch gemacht, so daß wir heute, wenn wir uns die Situation im Bund und in den Ländern ansehen, im wahrsten Sinne des Wortes von einem Zulagenunwesen sprechen müssen. Ich möchte schon heute Zweifel anmelden, ob das vorliegende Sicherungsabkommen nicht das Schicksal aller übrigen Bemühungen erleidet, nämlich das Ziel, die Besoldungseinheit herzustellen, sich nicht erreichen lassen wird.

Nach meiner Meinung läßt sich dieses Ziel nicht allein durch ein Abkommen zwischen den Ländern erreichen, sondern nur durch eine verfassungspolitische Operation, und diese verfassungspolitische

*) Vom Redner nicht überprüft.

Operation sehe ich darin, daß auf dem Besoldungsgebiet dem Bund eine echte Kompetenz im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung zuteil wird. Meine Fraktion ist der Überzeugung, daß alsbald ein Artikel 74 a im Grundgesetz eingefügt werden soll, der dem Bund auf dem Gebiet der Besoldung eine konkurrierende Gesetzgebung einräumt. Sobald das Grundgesetz um Artikel 74 a ergänzt ist, sollte die Bundesregierung so schnell wie möglich den Gesetzentwurf dem Bundestag und dem Bundesrat zuleiten, die dann die Besoldungseinheit zu bewerkstelligen haben.

Freilich — auch das sollten wir nicht verschweigen, meine Damen und Herren —, auch eine Vereinheitlichung der Besoldungsstruktur ist nicht ohne erhebliche finanzielle Anstrengungen möglich. Und selbstverständlich muß eine derartige Vereinheitlichung auf die Finanzmittel und auch auf die Finanzschwächen und Finanzstärken der verschieden strukturierten Länder die gebührende Rücksicht nehmen. Nur vor einem sollte man heute warnend den Finger heben: Die Chancen zur Vereinheitlichung des Besoldungsrechts durch eine konkurrierende Gesetzgebung werden sich nicht automatisch einstellen, sondern können nur erreicht werden, wenn der Bund willens, bereit und auch in der Lage ist, eine konstruktive und den Interessen des öffentlichen Dienstes berücksichtigende Besoldungspolitik zu üben.

Ob allerdings die Bundesregierung diesen Willen in die Tat umzusetzen in der Lage sein wird, das erscheint mir gerade angesichts der jüngsten Entwicklung doch recht zweifelhaft zu sein. Am gestrigen Tag wurde nämlich der Regierungsentwurf beim Bundesinnenminister von den Spitzenverbänden erörtert. Der Entwurf, den die Bundesregierung vorgelegt hat, bringt im Grunde nur die Fortschreibung derjenigen besoldungspolitischen Daten, die im Tarifrecht entwickelt worden sind, und enthält nicht die strukturellen Vorschläge, die beispielsweise die Deputation für Inneres bereits schon vor einem halben Jahr beschlossen und dem Senat zur Beschlußfassung vorgelegt hatte.

Vor allen Dingen — und das ist besonders bedeutsam —, wir hatten ja damals die Beratungen in der Deputation für Inneres deshalb ausgesetzt, weil wir eine Verbesserung der Richterbesoldung durch die Erweiterung des 1957 eingeschlagenen Weges der Durchstufung der Richter im Eingangsamt bis zur Besoldungsgruppe A 15 und der vorsitzenden Richter bis zur Besoldungsgruppe A 16 durchführen wollten. Zum anderen hatten wir vor, eine Verbesserung der Besoldung der Philologen ins Auge zu fassen, insbesondere die Eingruppierung der Oberstudiendirektoren in die Besoldungsgruppe A 16 und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Bildungsbereich. Das war unser Programm, und dieses Programm wurde also nicht in die Tat umgesetzt, weil wir mit Rücksicht auf die Bestrebungen im Bund meinten, diese Überlegungen nach den Initiativen des Bundes erst in Gang setzen zu müssen.

Nun müssen die Richter die traurige Feststellung machen, daß es jedenfalls mit einer Novellierung der Richterbesoldung nichts wird. Ich meine, daß diese Tatsache uns Veranlassung geben sollte, in die Beratung dort wieder einzusteigen, wo wir sie abgebrochen haben, denn der Abbruch dieser Verhandlungen und unsere Überlegungen sind damals von falschen Voraussetzungen ausgegangen.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun unmittelbar aus diesem Abkommen, meine Damen und Herren? Die erste Konsequenz besteht darin, daß alle besoldungspolitischen Gesetzgebungsvorhaben einer Zulässigkeitsvoraussetzung bedürfen, nämlich den Nachweis, daß mit allen übrigen Ländern Einvernehmen hergestellt worden ist. Das ist eine formelle Zulässigkeitsvoraussetzung. Dieser Zulässigkeitsvoraussetzung bedarf es allerdings dann nicht, wenn die bremische Regelung lediglich dazu dient, Landesrecht dem Bundesrecht anzupassen, oder aber, wenn die besoldungspolitische Maßnahme lediglich dazu dient, eine Regelung zu realisieren, die bereits schon in der Mehrheit der übrigen Länder besteht.

Ich meine, wenn dieses Abkommen hier heute der Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben wird, dann sollten wir uns alle darüber klar sein, daß eine Reihe von Beamtengruppen, auch einzelne Beamte, mit diesem Abkommen einen Rechtsanspruch auf eine bremische Regelung haben, wenn diese Beamten und Beamtengruppen den schlüssigen Beweis bringen, daß in der Mehrzahl der übrigen Länder eine bessere Regelung besteht. Ich finde, dieser Satz muß heute bei jedem niederschlagen, und jeder einzelne in der Bremischen Bürgerschaft sollte sich über diese Konsequenz klar sein.

Daher meine ich jedenfalls, daß die Notwendigkeit bestand, auf diese rechtlich besoldungspolitisch so wichtige Konsequenz hinzuweisen. Sicherlich wird der Finanzsenator das ebenso sehen, ich meine aber, wir als Parlament müssen jedenfalls diese Verantwortung sehen, die mit diesem Abkommen unmittelbar verbunden ist, nämlich das Ziel, die Besoldungseinheit in Bund und Ländern herzustellen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Fröhlich.

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Was Herr Dr. Cassens am Anfang hier konstruktiv aufgebaut hat, das hat er am Ende wieder aufgehoben, indem er erklärte, daß hier einige Dinge aus anderen Ländern übernommen werden müßten, wenn die Mehrheit der übrigen Länder, also fünf beziehungsweise sechs, eine entsprechende Regelung bereits hätten.

Zunächst einmal, Herr Dr. Cassens, vielleicht funktioniert Ihr Informationsfluß zur Zeit von Bremen nach Bonn nicht mehr so gut! Es ist für mich interessant feststellen zu müssen, daß wir uns in allen Landtagen, daß wir uns bei allen Veranstaltungen draußen vor die Bevölkerung stellen und erklären, wir sind für eine Besoldungseinheit, wir

fordern 74 a, Änderung des Grundgesetzes, damit der Bundesgesetzgeber die konkurrierende Gesetzgebung erhält. Und nun stellt man fest, daß in der letzten Woche im Innenausschuß geschlossen die CDU-Mitglieder gegen eine Änderung von Artikel 74 gestimmt haben, weil sie nicht bereit waren, hier im Innenausschuß praktisch für eine Änderung des Artikels 74 einzutreten. Auf eine Rückfrage bei Ihrem Kollegen Bender ist dann erklärt worden: Nun ja, das sei ja nicht die Fraktion. Ich glaube, mit zwei Zungen in dieser Frage zu reden, ist nicht nur gefährlich, sondern auch für die öffentliche Hand tödlich.

Ich begrüße, daß Sie sich hier klar zu dem bekennen, was wir bisher immer erklärt haben, und ich würde es begrüßen, wenn Sie auch Ihre Bundestagsabgeordneten von Bremen aus entsprechend informieren, wie die Meinung der CDU in Bremen dazu ist. Herr Dr. Cassens, Sie wissen genau so gut wie ich, daß es hier bei diesem Abkommen um eine Willenserklärung, um eine Bekundung der Ministerpräsidenten geht, und wir waren bisher auch immer so ein bißchen stolz, die Exekutive vergewaltigen zu können, indem wir auch finanzwirksame Änderungsanträge stellten — die letzten waren rund 8 Millionen DM am Anfang, was herausgekommen ist, ist weit über 10 Millionen DM —, hier letztlich der Regierung, sagen wir einmal, doch noch ein Schnippchen geschlagen zu haben mit der Selbständigkeit des Parlaments.

Sicherlich waren das Dinge, die wir zum Teil für notwendig erachtet haben. Andererseits dürfen wir aber nicht verkennen, daß durch diese Arithmetik Schwierigkeiten auftreten. Sie sprachen von Nordrhein-Westfalen und Hessen, weil dort die Sozialdemokraten regieren. Ich darf Ihnen auch zwei Länder nennen, wo die CDU regiert: Bayern und Schleswig-Holstein. Da liegt also das gleiche Problem, wo wir gleich heute finanzwirksame Dinge übernehmen müßten, die in Bayern besser sind, die in Schleswig-Holstein besser sind.

Nun, wir werden keine vernünftige Struktur im öffentlichen Dienst bekommen — und das sage ich hier einmal ganz offen —, weil im Parlament die Akzentverschiebungen von Land zu Land verschieden sind, je nachdem, wo der Besoldungsexperte herkommt. Ist er mehr oder weniger mit dem eigenen Bereich verheiratet, wird er für die Strukturverbesserung in diesem Bereich etwas zu tun versuchen, kommt er aus einem anderen Bereich, so wird er eben versuchen, etwas für diesen Bereich zu tun. Dann kommt das andere Land und meint, es müsse das jetzt übernehmen, mit dem Ergebnis, daß wir heute Zulagen zahlen und der Beamte zum Teil gar nicht weiß, was an Zulagen zu gewähren ist. Das beklagen wir laufend, und wenn es darauf ankommt, den Schwur zu leisten, versuchen dann noch einige, sich durch die Hintertür hinauszumogeln.

Wir geben hier Gesetzeskompetenzen an den Bund ab, manche vielleicht mit einem lachenden Auge, ich nicht so sehr! Ich meine nur — und damit unterstütze ich Herrn Dr. Cassens —, wenn der Bund die volle Gesetzgebungskompetenz erhält, dann muß man natürlich auch die Frage prüfen, wo man sich bisher mit den Ländern und dem Bund in der Konkurrenz befunden hat. Hier muß dann ein anderes Kriterium gefunden werden, und ich halte es für durchaus gerechtfertigt, daß man nicht nur die heute anerkannten Gewerkschaften im öffentlichen Dienst im Anhörungsgespräch nach Artikel 94 bittet, einmal ihre Wünsche vorzutragen, sondern daß man auch in diesem Bereich dann diese Gewerkschaften stärker ausstattet in der Frage etwa der Teilung zwischen Status und Folgerecht. Insofern meine ich, muß der Bundesgesetzgeber hier einiges tun.

Nun zur Frage der Strukturverbesserung, Herr Dr. Cassens! Auf die Strukturverbesserungen des Bundes, auf die wir seit Jahren warteten und in Bremen gezwungen waren, selbst im Grundgehalt andere Tabellensätze anzunehmen und durchzusetzen, hat jetzt unabhängig von dem Tarifabschluß öffentlicher Dienst Arbeiter/Angestellte gestern der Bundesinnenminister in dem Spitzengespräch mit den Gewerkschaften hier eine Strukturverbesserung angeboten. In den Verhandlungen kommt es zu einer ersten Stufe, und zwar zunächst einmal, daß ich die hohen Zulagen der Länder beim Bund einfangen muß, bevor ich besoldungsmäßige Einstufungen durchführe. Und ich habe eben einige ausgerechnet, Herr Dr. Cassens, für den technischen Bereich, auch mittleren, gehobenen Dienst, aber auch allgemein kommen immerhin Verbesserungsbeträge zwischen hundert, hundertfünfzig Mark heraus. Das läßt sich durchaus strukturell sehen.

Was mir auch hier im Moment noch nicht gefällt, ist die Frage des höheren Dienstes mit den 34 Mark, wo wir vor diesem Hause auch für die Philologen Erklärungen abgegeben haben. Und ich habe gerade gestern ein Gespräch gehabt mit den Philologen. Ich meine, das Problem ist nicht so sehr bei A 16 zu sehen. Das Problem ist zu sehen beim Einstieg. Wenn der junge Mann bei A 13 heute in den Dienst kommt, wird ihm einfach nicht das geboten, um, sagen wir einmal, den Beruf attraktiv zu machen. Darüber müssen wir uns gemeinsam auch mit dem Bund noch unterhalten.

Ich glaube, die Willensbekundung des Senats ist insofern auch ein Appell an uns, alles daran zu setzen, daß es möglich wird, im Jahr 1971 in der Frage der Vereinheitlichung zumindest im Ansatz, indem man Artikel 74 a in das Grundgesetz einfügt, hier eine entsprechende Neugestaltung vom Bund her zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Es ist jetzt fast genau 13 Uhr. Ich möchte jetzt vorschlagen, daß wir in die Mittagspause eintreten. Ich wollte vorschlagen, daß wir um 14 Uhr 30 wieder zusammentreten.

(Widerspruch)

Also dann unterbrechen wir die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.58 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung wieder um 15.02 Uhr.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil zwei Klassen der Hauptschule Landskronastraße sowie eine Klasse der Realschule Schaumburger Straße.

(Beifall)

Ich begrüße unsere jungen Gäste sehr herzlich und hoffe, daß sie einen Gewinn von diesem Besuch der Bürgerschaft mit nach Hause und in ihre Klassenzimmer nehmen mögen.

Wir befinden uns noch in der Beratung über den Tagesordnungspunkt 2: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970: Abkommen zwischen den Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland zur Sicherung der Besoldungseinheit vom 14. Oktober 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 136).

Soeben ist mir mitgeteilt worden, daß diejenigen Herren, die sich hier in die Rednerliste haben eintragen lassen, ihre Wortmeldungen zurückgezogen haben.

Die Beratung ist daher geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Wir wenden uns nun der Behandlung des Punktes 3 zu:

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. November 1970:**

**Finanzplan 1970 bis 1974**
**(Drucksachenabteilung I Nr. 137)**

Wir brauchen diesen Punkt aus dem Grund nicht zu behandeln, weil interfraktionell vereinbart worden ist, ihn heute auszusetzen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden. Die Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Und jetzt kommen außerhalb der Tagesordnung die Dringlichkeitsanträge Nummer 435 und 437.

**Bericht des Senats über Steuereinnahmen und Höhe der Ausgabenreste nach dem Stande vom 31. 12. 1970 sowie Vorlage eines Investitionsprogramms 1970 bis 1974**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 435)**

Zu Beginn der Sitzung wurde beschlossen, hiermit zu verbinden:

**Bericht des Senats über das Steueraufkommen im Jahre 1970 und über den Haushaltsabschluß 1970**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 437)**

Dazu Herr Senator Speckmann, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Reif und Herr Oberregierungsrat Raedeker.

Die dringliche Behandlung der beiden Anträge wurde zu Beginn der heutigen Sitzung beschlossen.

Der Antrag Nr. 435 ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion, der Antrag Nr. 437 trägt die Unterschriften des Abgeordneten Hauptmann und FDP-Fraktion sowie der Abgeordneten Müller-Wolff und Böhrnsen und SPD-Fraktion.

Beide Anträge sind hektographiert verteilt worden. Auf eine Verlesung kann sicherlich verzichtet werden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

**Dringlichkeitsantrag Nr. 435**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 8. Januar 1971 einen schriftlichen Bericht vorzulegen, in dem Auskunft über folgende Gegenstände erteilt wird:

1. Stand der Ist-Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern zum 31. Dezember 1970. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, welche Deckungslücke sich gegenüber dem Soll-Anschlag der Gesamtsteuereinnahmen 1970 und gegenüber den bereits beschlossenen Mehrausgaben, die durch Steuermehreinnahmen gedeckt werden sollten, ergeben hat und wie der Senat diese Deckung anderweitig auszufüllen gedenkt.
2. Höhe der Haushaltsausgabenreste in dem Haushalt der Freien Hansestadt Bremen und der Stadtgemeinde Bremen zum 31. Dezember 1970. Dabei sind die Arten und Zwecksetzungen der Ausgabenreste im einzelnen darzulegen.
3. Investitionsprogramm des Senats auf der Grundlage von Objektzusammenstellungen für den Zeitraum der Finanzplanung 1970—1974. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den bereits finanziell festgelegten und den finanziell noch nicht festgelegten Investitionsplanungen.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

**Dringlichkeitsantrag Nr. 437**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 8. Januar 1971 einen schriftlichen Bericht über das Steueraufkommen im Jahre 1970 vorzulegen,
2. der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 20. Januar 1971 mündlich über den vorläufigen Haushaltsabschluß 1970 zu berichten.

Hauptmann und FDP-Fraktion
Müller-Wolff, Böhrnsen
und SPD-Fraktion

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung des Antrags Nummer 435 hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen es, daß die SPD- und die

FDP-Fraktion dieses Hauses entsprechend unserem Wunsch die Debatte über den Finanzplan 1970 bis 1974 und den damit im Zusammenhang stehenden Finanzbericht des Herrn Finanzsenators ausgesetzt haben. Wir haben zum Zweck der sachdienlichen Vorbereitung dieser für Bremen außerordentlich wichtigen Debatte unseren Dringlichkeitsantrag Nummer 435 eingebracht. Wir bitten Sie, diesen Antrag anzunehmen, damit der Senat uns bis zur Debatte über Finanzplanung und Finanzbericht die notwendigen ergänzenden Auskünfte erteilt, auf die wir angewiesen sind, um die gekennzeichnete Debatte sachgerecht bestreiten zu können.

Im einzelnen geht es uns um folgendes: Wir möchten vom Senat den Stand der Ist-Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern zum 31. Dezember 1970 wissen. Wir haben in den letzten Debatten über die Haushaltszwischenberichte zur Kenntnis nehmen müssen, daß allenfalls damit zu rechnen ist, daß zum 31. Dezember 1970 der Steuereinnahme-Sollanschlag erreicht werden wird. Nach den letzten Informationen der Finanzverwaltung schließt die Rechnung per Ende November mit einem Minus von 10,5 Millionen DM gegenüber dem zeitanteiligen Steuersollanschlag ab. Es ist schon eine optimistische Aussage, die ich mache, wenn ich sage, allenfalls ist damit zu rechnen, daß der Steuersollanschlag des gesamten Jahres erreicht werden wird.

Das aber gibt Anlaß zur Beunruhigung, denn, wie bereits mehrfach dargetan, ist ein Volumen von rund 80 Millionen DM von Haushaltsausschuß und Finanzdeputation beschlossen worden, das gedeckt werden muß aus Steuermehreinnahmen. Und ich möchte die Prophezeiung hier wagen — Sie wissen, ich bin mit Prophezeiungen sonst sehr vorsichtig —,

(Lachen bei der SPD)

daß wir diese — —

(Abg. Boljahn [SPD]: Schlaumeier!)

Nur in einem Punkt, Herr Kollege Boljahn, wenn ich bezüglich Ihrer Person etwas prophezeit habe, dann ist es immer eingetroffen.

(Abg. Stäcker [SPD]: Was soll das denn? Welchen Sachzusammenhang hat das denn?)

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dürften die Steuermehreinnahmen, die nötig sind, diese rund 80 Millionen DM Mehrausgaben zu decken, nicht eingehen.

Darüber möchten wir eine definitive Auskunft des Senats. Und wir möchten im Zusammenhang damit auch vom Senat wissen, wie er diese Deckungslücke von rund 80 Millionen DM, die wir befürchten, anderweitig ausfüllen möchte.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Für 2 Jahre 80 Millionen DM, nicht in einem Jahr!)

Nein, Herr Kollege Meier, Sie irren! Es geht hier um das Haushaltsjahr 1970. Und Sie haben selbst mitbeschlossen die Ausgaben im Haushaltsausschuß und in der Finanzdeputation von rund 80 Millionen DM, darunter allein 35 Millionen DM Personalmehrausgaben, die gedeckt werden sollen aus Steuermehreinnahmen. Und ich halte Ihnen erneut vor, daß allenfalls der Anschlag der Steuereinnahmen gedeckt werden wird, niemals aber diese nicht unbeachtlichen Mehrausgaben.

Zu zwei geht es uns um folgendes: Wir möchten ganz allgemein wissen, in welcher Höhe bis zum 31. Dezember 1970 Haushaltsausgabenreste festzustellen sind. Diese Ausgabenreste sollen nach Arten und Zwecksetzungen genau gekennzeichnet werden. Wir sind auf eine solche Information angewiesen, weil wir feststellen möchten, in welcher Höhe eine Differenz zu verzeichnen ist zwischen den veranschlagten Sollausgaben und den getätigten Ausgaben, die sich ja nach den Ist-Einnahmen ausrichten. Das bezeichnen wir als das echte Haushaltsdefizit, nicht, wie bereits vor einigen Wochen ausgeführt, der politisch nicht aussagekräftige Vergleich zwischen Ist-Einnahmen und Ist-Ausnahmen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Ist-Ausgaben!)

Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben! Ich bedanke mich für den Hinweis und auch dafür, daß Sie meinen Ausführungen so genau folgen. Ich meine selbstverständlich Ist-Ausgaben.

Der dritte Punkt ist von besonderer Wichtigkeit gerade in einem Wahljahr. Wobei ich auch der Auffassung bin, daß wir uns nicht scheuen müssen, gerade in einem Wahljahr dem Wähler die Gestaltung des politischen Willens, wie er im Haushalt und im Haushaltsvollzug zum Ausdruck kommt, deutlich zu vermitteln. Denn das dient der Konfrontation der Meinungen und der Willensbildung des Wählers.

(Abg. John [FDP]: Das machen wir auch außerhalb der Wahljahre, Herr Klein!)

Wenn wir den Senat bitten, nun endlich das Investitionsprogramm vorzulegen, das auf einer Objektzusammenstellung der einzelnen Projekte beruht, so tun wir das in der enttäuschten Erwartung, daß Herr Senator Speckmann schon seit langem diese Objektplanung in Aussicht gestellt hat, darüber aber konkret noch nichts gesagt hat. Wir haben erwartet, daß er die Gelegenheit der Vorlage der Finanzplanung 1970 bis 1974 und des entsprechenden Finanzberichts benutzen würde, uns nun das Investitionsprogramm des Senats im Zusammenhang mit dieser Finanzrahmenplanung vorzulegen. Das ist leider nicht geschehen. Und diese Auskünfte brauchen wir, um in eine politische Prioritätendebatte eintreten zu können, die Bezug hat auf eine mittelfristige Finanzplanung, und zwar Bezug hat auf eine ernstzunehmende mittelfristige Finanzplanung.

(Abg. Klemmer [SPD]: Haben Sie das im Haushaltsausschuß gesagt?)

Mehrmals, und ich habe immer mit Freuden festgestellt, daß er sagte, wir kommen jetzt mit unserer

Objektplanung, und der Berg hat gesprochen, er hat gesprochen,

(Abg. Klemmer [SPD]: Wer ist das?)

Herr Finanzsenator Speckmann. Wenn Sie vom Berg eine andere Auffassung haben als ich, dann muß ich Ihnen entgegenhalten, jedes Gleichnis ist subjektiv und hinkt deswegen irgendwie. Aber ich halte das Gleichnis aufrecht, der Berg hat gesprochen und gesprochen, und was hat er gekreißt? Ein Mäuslein! Diese Finanzplanung, die wir politisch nicht gebrauchen können, nicht ernsthaft verwerten können, weil das Investitionsprogramm, basierend auf Objektzusammenstellungen, fehlt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Sie zäumen wieder die Kuh vom Schwanz auf! — Abg. Klemmer [SPD]: Herr Klein, Sie wollen doch Ihren Landesparteitag am kommenden Sonnabend abwarten!)

Das möchten wir mit unserem Antrag nachholen.

Sie dürfen nun nicht einwenden, es sei ein Investitionsprogramm noch nicht vorhanden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie das politisch vertreten können, denn das würde bedeuten, daß der Senat bislang ohne irgendwelche Planungsvorstellungen sozusagen ins Blaue hinein Geld festgelegt hätte. Ich darf Sie daran erinnern, daß mit Ausnahme des bereits beschlossenen Haushaltsjahres 1971, also für die nächste Legislaturperiode schon mindestens 353 Millionen DM festgelegt worden sind.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Mit oder ohne Plan?)

Für diese für Bremen große Summe muß eine programmatische Vorstellung bestehen, sonst ist das ins Blaue hinein ausgegeben worden. Und diese programmatische Vorstellung bitten wir, hier auf den Tisch zu legen, damit wir uns damit auseinandersetzen können. Ich bin dankbar, daß jetzt keine Zwischenrufe kommen. Das zeigt doch, daß diese Ausführungen und die Größe dieser Zahl Ihnen zum Nachdenken Anlaß geben. Vielleicht dient das dieser Debatte.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Endlich wissen wir, was Sie wollen!)

Ich lege auf diesen Punkt ganz besonderen Wert, weil wir konfrontiert werden mit einem anderen Dringlichkeitsantrag, der offenbar auf Initiative der FDP beruht und von der SPD dann mit unterschrieben worden ist. Die Punkte 1 und 2 dieser Anträge sind zum Teil sachgleich mit unserer Initiative, zum Teil, man fragt nicht so konkret, man fragt auch nicht, wie die Deckungslücke zwischen Steuereinnahmen und den beschlossenen Ausgaben auszufüllen ist, aber im Prinzip sind sie deckungsgleich, während man den für uns so wichtigen Punkt 3 — Vorlage eines Investitionsprogramms auf der Basis von Objektzusammenstellungen — fallen läßt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Kommt noch früh genug!)

Ich witterte heute morgen Unrat,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Unrat machen immer nur andere!)

als ich diesen Antrag las. Ich vermutete, daß man einen wichtigen Teil unserer Initiative abkappen möchte.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Donnerwetter!)

Sollte das nicht zutreffen, wäre ich wirklich sehr froh, denn ich kann mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, daß Sie schlüssige Gegenargumente anführen können gegen unser Verlangen, das so oft vom Senat beschworene Investitionsprogramm, basierend auf Objektzusammenstellungen, endlich einmal offiziell und öffentlich zur Kenntnis zu erhalten. Das werden Sie nicht vertreten können, vor allen Dingen nicht zu Beginn eines Wahljahres.

(Zurufe von der SPD — Abg. Klemmer [SPD]: Ich sagte eben ja schon, warten Sie ab, bis der Sonnabend vorbei ist!)

Meine Damen und Herren, ich habe ja gerade eben gesagt, daß es legitim ist, in einem Wahljahr die Gestaltung des politischen Willens dem Wähler deutlich zu vermitteln.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das überlassen Sie uns!)

Und wenn der Senat 353 Millionen DM mindestens bereits für die nächste Legislaturperiode ausgegeben hat, dann muß er vor der Wahl dem Wähler seine programmatischen Vorstellungen zur Kenntnis geben, sonst begründet er den Verdacht, daß er programmatische Vorstellungen nicht hat. Das wollen wir doch im Interesse Bremens nicht annehmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat Herr Senator Speckmann.

**Senator für die Finanzen Speckmann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst vermisse ich einen weiteren Entschuldigungsgrund, weswegen die heutige Debatte vertagt worden ist, nämlich den Hinweis auf die Krankheit des Haushaltsexperten der CDU-Fraktion. Ich stelle mit großer Freude fest, daß er heute hier gesund unter uns weilt.

(Abg. Filzen [CDU]: Man weiß nie, wann das Fieber endet!)

Mit dieser Begründung wurde der Antrag auf Aus-

setzung mir gegenüber formuliert. Ich freue mich, daß Sie wieder da sind.

Diese etwas menschliche Note war auch wohl ganz sachdienlich im Hinblick auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners, von denen ich wieder einmal den Eindruck habe, daß an dem Berg, der hier zitiert worden ist, wieder einmal vorbeigehinkt wird. Herr Klein, und zwar deswegen, weil Sie von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen. Entschuldigen Sie, wenn ich das sage. Das ist auch nicht gehässig gemeint. Sie sollten aber als Mitglied des Haushaltsausschusses und der Finanzdeputation wissen, daß das, was Sie hier eben mit so beredten Worten ausgeführt haben, sachlich ungerechtfertigt und von daher eine schlechte Begründung ist.

Ich will es Ihnen im einzelnen sagen, ich bin aber nicht bereit, die ausgefallene Finanzdebatte dadurch zu ersetzen, daß ich ins Detail einsteige,

(Beifall bei der SPD)

nicht, weil Sie mehr oder weniger provozierend eine solche herausfordern, sondern weil ich den Eindruck habe, daß Sie mit reinen Spekulationen arbeiten, in welcher Absicht auch immer.

Es sind Spekulationen, daß es dieser Koalition im 25. Haushalt, den wir vorlegten, erstmalig nicht gelingen sollte, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Unter Anerkennung einer sicherlich nicht erfreulichen Steuerentwicklung — da gebe ich Ihnen recht, Sie haben ja allmonatlich als Mitglied des Haushaltsausschusses die Zahlen der Steuerentwicklung vorliegen, und zwar schon am 5. des darauf folgenden Monats — können Sie sich ein Bild davon machen. Sie werden mir doch wohl nicht abstreiten, daß im letzten Monat dieses Jahres, der immer der steuerträchtigste Monat eines Jahres ist, die von Ihnen zitierten 9,5 Millionen DM erheblich überboten werden.

Darüber habe ich in der letzten und in der vorletzten Sitzung bereits Ausführungen gemacht. Dadurch, daß ich mich ständig wiederhole, wird es für Sie auch nicht interessanter. Aber warten wir ab! Gerade für den Antrag zu Ziffer 1 wird Ihnen bereits am 5. Januar das Steuerergebnis vorliegen. Dann können Sie mit mir im Januar eingehend darüber sprechen, dann können wir von mir aus die Klingen miteinander kreuzen.

Nun zu der zweiten Frage, die Sie wegen der Ausgabenreste angeschnitten haben. Da wissen Sie ganz genau, daß ich die Ausgabenreste nicht schon per 8. Januar feststellen kann. Wenn Sie es nicht wissen, dann muß ich Ihnen das hier vor der Öffentlichkeit sagen, daß die Feststellungen frühestens — nach der Erfahrung der Haushaltsexperten der Fraktionen — am 15. Januar beendet sein werden. Dieser frühe Zeitpunkt ist auch nur durch den Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung möglich geworden. Früher haben wir noch sehr viel spätere Termine gehabt. Die Prüfung der vorläufigen Angaben der Ressorts muß vorgenommen werden, so daß ich Ihnen in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft auch nur ein vorläufiges Ergebnis der Ausgabenreste vorlegen kann.

Aber ich muß mich doch mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß Sie hier den Eindruck erwecken, als hätten wir allen Anlaß, etwas zu verschleiern, und sei der Finanzplan nicht ernst zu nehmen, wie Sie meinten. Wenn Sie diesen Finanzplan sehr genau studiert haben, dann werden Sie feststellen, daß dieser durchaus ernst zu nehmen ist und auf Zahlen basiert, die real sind. Sie mixen nämlich den Finanzplan mit dem Abschluß des Haushalts 1970. Das ist etwas völlig anderes. Es tut mir leid, daß ich Ihnen hier in aller Öffentlichkeit bescheinigen muß, daß Sie die Problematik des Finanzplanungssystems nicht erfaßt haben,

(Beifall bei FDP und SPD)

obwohl Sie Mitglied des Haushaltsausschusses und der Finanzdeputation sind. Das tut mir leid, daß ich Ihnen diesen kleinen Nachhilfeunterricht erteilen muß.

Ich darf dazu weiter feststellen, daß wir keineswegs die Absicht haben, Sie über den Abschluß des Jahres 1970 im unklaren zu lassen. Das haben wir in den letzten zwanzig, fünfundzwanzig Jahren nicht getan, und das werden wir auch in diesem Jahr nicht tun. Im Gegenteil, wir haben dem Hohen Haus jedes Vierteljahr den Haushaltsbericht vorgelegt und Sie über den Stand der Haushaltsabwicklung vollkommen unterrichtet.

Nun zu dem dritten Punkt, zu dem ich etwas mehr sagen muß, weil Sie auch hier wieder Äpfel mit Birnen vergleichen, wie Sie vorhin sagten. Was Sie nämlich vorhin von sich gegeben haben, hat mit dem, was zur Zeit vorliegt, nichts zu tun. Es hat deshalb nichts damit zu tun, weil das Programm dieser Koalitionsregierung längst beschlossen worden ist, und zwar durch die Haushalte 1970/71 und durch die darüber hinausgehenden Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft. Sie haben also ein vollständiges Investitionsprogramm mit allen notwendigen Beschlüssen für diese Legislaturperiode vorliegen. Etwas anderes ist auch nie unter einem Investitionsprogramm dieser laufenden Legislaturperiode verstanden worden.

Aus diesen Beschlüssen, die Sie alle miteinander gefaßt haben, ergeben sich natürlich auch die Zwangsläufigkeiten, die sich in die kommenden Jahre als Verpflichtungsermächtigungen fortsetzen. Insofern kann ich Ihnen in dieser Richtung nichts Neues bieten, es sei denn, daß ich wiederum einen Nachhilfeunterricht geben muß, aber das, so meine ich, wäre vertane Zeit.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hat er vergessen! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Aber nicht umsonst!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem dritten Punkt! Ich habe den Eindruck, Herr Abgeordneter Klein, Sie sprachen vom Hinken, daß Sie außerordentlich blessiert sind, und auch in dieser

Hinsicht vielleicht an Krücken gehen, insofern nämlich, weil ich zum Investitionsprogramm, sprich Objektplanung, Ihnen bisher mitgeteilt habe, was Sie auf Seite 112 des vorgelegten Finanzberichtes nachlesen können. Wir haben die ersten Vorarbeiten für die Aufstellung eines Investitionsprogramms durchgeführt. Als Ergebnis dieser Vorarbeiten wurden Investitionsvorschläge der Senatsbereiche zusammengestellt. Diese Zusammenstellung ist aber lediglich die erste Diskussionsgrundlage. Daraus ergibt sich, daß die sehr umfangreichen und auch arbeitsaufwendigen Vorarbeiten für die Finanzplanung 1971 bis 1975 für ein ergänzendes, detailliertes Investitionsprogramm für Bremen, wie übrigens auch in allen anderen Bundesländern, noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Die Erstellung des mittelfristigen Investitionsprogramms ist nicht nur ein bremisches Problem. Das bremische Programm müßte auch, ähnlich wie bereits jetzt die allgemeine Finanzplanung, in ein bundesweites Konzept der Bedarfsermittlung der öffentlichen Hand eingepaßt werden.

Meine Damen und Herren, wir haben diese Vorarbeiten lediglich verwaltungsintern geleistet. Der Objektplan wird frühestens, und so sagt es das Gesetz, das Haushaltsgrundsätzegesetz, ab 1. 1. 1972 vorliegen. Wir haben es also mit einem völlig neuen Gebiet zu tun, und zwar insofern, weil über den Finanzplanungszeitraum hinaus ab 1. 1. 1972 ein Objektplan vorgelegt werden muß, der natürlich mit den einzelnen Ressorts und mit den Zahlen des Finanzplanungsrats abgestimmt wird. Ohne dies, Herr Klein, ist eine gültige Objektplanung nicht möglich.

Der Finanzplan geht aber von ganz anderen Voraussetzungen aus, der das Investitionsvolumen auf der Grundlage der Eckdaten des Finanzplanungsrats im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterentwickelt hat. Von daher ergeben sich die Investitionsquoten, die in dem Finanzplan eingegangen sind.

Der Objektplan kann frühestens mit dem nächsten Haushalt vorgelegt werden. Mit dem nächsten Finanzplan, der auch wieder im Herbst des nächsten Jahres fortgeschrieben wird. Erst dann haben Sie Anspruch darauf, den Objektplan kennenzulernen, auch im Detail. Es ist Neuland, das wir hier begehen, und es wäre Ihnen schlecht damit gedient, wenn wir Ihnen einen Objektplan vorgelegt hätten, der in sich nicht ausgewogen und nicht im einzelnen durchdacht ist.

Ich darf darauf hinweisen: Erst zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird es möglich sein, die notwendigen Prioritäten zu setzen, damit wir Ihnen dann ein Programm vorlegen können, das identisch ist mit dem Regierungsprogramm der nächsten Legislaturperiode. Ich bitte daher um Verständnis, daß dieser dritte Punkt einfach von der Sache her nicht existent ist und deswegen in einen solchen Antrag nicht Eingang finden konnte. — Vielen Dank!

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Hauptmann.

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben im Dezember vorigen Jahres einen Zweijahreshaushalt verabschiedet und haben in diesem Jahr keine Haushaltsberatungen. Der Senat hat uns rechtzeitig den Finanzplan vorgelegt und der Senator für die Finanzen dazu einen Finanzbericht bis zur Jetztzeit. Wir haben uns in einer interfraktionellen Besprechung bereits im November darüber unterhalten, ob dieser Finanzplan und der Finanzbericht heute hier in der Bürgerschaft verhandelt werden können, und alle Fraktionsvorsitzenden waren sich darüber einig, daß dies geht. In der letzten Interfraktionellen Sitzung zur Behandlung der Tagesordnung, die heute hier ansteht, hat die CDU beantragt, diesen Tagesordnungspunkt auszusetzen, weil ein Haushaltsexperte der CDU krank sei.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ein Argument!)

Nachdem uns der Dringlichkeitsantrag der CDU vorgelegt wurde, haben wir die Absicht gemerkt.

Zunächst darf ich aber dem Finanzsenator und seiner Verwaltung für die Fleißarbeit, die er und seine Verwaltung in den Finanzplan investiert haben, herzlich danken, denn sie gibt uns einen Überblick über die Zeit von 1945 bis zur Gegenwart, und ich glaube, das ist gut so. Selbst Journalisten, die sich mit Finanzdingen befaßt haben, sagen, das ist einmal etwas, was man dankbar entgegennehmen sollte. Herr Fichtner, und das sollten Sie auch tun.

(Abg. Fichtner [NPD]: Wir brauchen doch niemand zu schmeicheln!)

Herr Klein, wir wollten Ihren Antrag nicht unterlaufen. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag gestellt, dem der Senat auch Folge leisten kann. Und Sie wissen ganz genau, wann die Steuereinnahmen bei der Finanzverwaltung vorliegen, wann wir sie bekommen können und wann sie hier der Bürgerschaft vorgelegt werden können. Deshalb der Absatz 1 unseres Dringlichkeitsantrags.

Zu zwei: Die Ausgabenreste! Da werden Ihre Fraktionsvorsitzenden sagen können, daß selbst solch ein Experte auf diesem Gebiet wie unser Präsident Engel gesagt hat, das ist einfach unmöglich, denn es ist terminlich und zeitlich gar nicht möglich, bis zum 8. Januar die Haushaltsreste vorzulegen. Deshalb ist das nicht möglich! Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag den Senat gebeten, bis zum 20. Januar, bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung, einen mündlichen Bericht zu geben, damit wir dann wenigstens den Finanzplan und den Finanzbericht des Senats hier beraten können.

Da Ihr Antrag Dinge beinhaltet, die einfach der Senat in dieser Form nicht erfüllen kann, werden wir Ihren Antrag ablehnen und bitten Sie, damit Sie

selbst mit zum Zuge kommen, unserem Antrag Ihre Stimme nicht zu versagen.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Speckmann hat sich wirklich sehr bemüht, hier klarzumachen, warum wir mit dem Punkt 3 unseres Dringlichkeitsantrags angeblich völlig falsch liegen. Ich kann es leider noch nicht einsehen. Folgendes hat uns nämlich bewogen, diesen Punkt in den Dringlichkeitsantrag hineinzunehmen:

Es heißt hier in dem Finanzplan 1970 bis 1974 auf Seite 11 unten im drittletzten Absatz — ich möchte Ihnen den ganzen Absatz nicht vorlesen, nur diesen einen Satz, darauf bezieht sich nämlich unser Punkt 3 — ... „Der im Rahmen dieser Finanzplanung ermittelte Finanzierungsspielraum wird durch ein auf der Grundlage der systematischen Objektzusammenstellung noch zu erarbeitendes Investitionsprogramm 1971 bis 1975 konkret auszufüllen sein."

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Debattieren wir überhaupt schon?)

Wir debattieren noch nicht! — Es wurde eben der Zwischenruf gemacht! — Ich bemühe mich, noch einmal klarzumachen, warum und wieso wir den Antrag so formuliert haben.

Herr Senator Speckmann sagte, eine gültige Objektplanung sei noch nicht möglich. Wir haben aber doch in den Deputationen schon im Frühjahr oder Sommer die Objektpläne zu dem Investitionsplan zum Finanzplan 70 bis 74 erhalten. Ich möchte an Ihren Goodwill appellieren, uns wenigstens das, was bisher vorliegt, zur Kenntnis zu geben.

(Abg. Klemmer [SPD]: Was möchten Sie denn haben, Frau Hänecke, sagen Sie es doch!)

Es geht ja gar nicht darum, eine hundertprozentig verbindliche Objektplanung zu erhalten, wir wollen nur Ihre Vorstellungen erfahren. Sonst dürfen Sie in eine Vorlage nicht so etwas hineinschreiben. Daß dadurch Zweifel geweckt werden, ist doch selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Götze.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator, ich bitte um Verzeihung, daß ich mich jetzt gemeldet habe. Aber ich glaube, auch unsere Fraktion sollte einige Worte dazu sagen.

Herr Klein, und meine Damen und Herren von der CDU, ich will sie Ihnen ganz deutlich sagen. Erstens unterstreiche ich, was Herr Senator Speckmann hier gesagt hat, weil es sachlich zutreffend ist. Aber Sie müssen sich bei der Formulierung Ihrer Anträge in einem Wahljahr etwas mehr vorsehen und nicht gleich Unterstellungen in die Anträge hineinbringen, die die Absicht merken lassen, die Sie hier haben. Sie sprechen bereits heute von Deckungslücken und wie man solche Deckung anderweitig ausfüllen will. Warten Sie doch erst einmal ab, wie nun die Haushaltsrechnung 1970 aussieht! Und dazu haben Sie die angeschlagene Gesundheit meines verehrten Kollegen Filzen noch benutzt, um dieser Finanzdebatte auszuweichen, die heute hier hätte stattfinden müssen ohne diesen Antrag.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Und dann überfallen Sie uns mit einem Dringlichkeitsantrag dieser Art und versuchen uns zu verlocken, in eine Art Sachdebatte einzutreten, also eine vorweggezogene Finanzdebatte!

(Abg. Fischer [CDU]: Das ist recht geschmacklos, was Sie hier sagen! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sie sind doch der feine Mann!)

Herr Kollege Klein, Sie sprachen von dem Berg, der gekreißt und ein Mäuslein geboren hat. Ich habe einfach die Vermutung, daß Sie versuchen wollten, uns hier zu einer Frühgeburt zu verleiten, aber wir werden das nicht tun.

Meine Damen und Herren, der Dringlichkeitsantrag der Koalition, der sicherlich ausgelöst worden ist durch Ihren Antrag, ermöglicht die notwendigen Unterlagen, die wir im Januar für diese Debatte brauchen können. Heute hätten wir sie nicht erhalten können, denn das Jahr ist noch nicht zu Ende. Und da muß ich Ihnen ganz freimütig etwas sagen: Wenn man Finanzspielräume für Legislaturperioden oder Finanzplanungsräume von fünf Jahren festlegt, dann müssen diese Spielräume ausgefüllt werden durch Politik.

Dieses Haus — mit Mehrheiten — hat sie ausgefüllt, und Sie haben recht, wir sind mit über 350 Millionen DM auch in die Zukunft gegangen, und Sie wissen selbst, daß es eine Absicht mittelfristiger Finanzplanung ist, nicht nur von der Hand in den Mund zu leben, sondern über größere Zeiträume denken, planen und handeln zu können. Es ist also nichts Neues, das haben wir Ihnen schon so oft zu erklären versucht. Sie können uns hier also nicht immer mit Daten kommen wie 31. 12. oder sonst etwas. Diese Verantwortung müssen wir für die Zukunft auf uns nehmen, auch Vorentscheidungen, wie vielleicht sogar ein Drittel des gesamten möglichen Investitionsvolumens der nächsten Legislaturperiode vorher festgelegt zu haben. Das kann die nächste Bürgerschaft für die kommende Legislaturperiode gleichfalls machen.

Wir werden auch dauernd umändern, umpolen und Prioritäten verändern müssen. Wir müssen versuchen, unter Umständen etwas zusammenzukratzen, um hier und da noch einen Akzent zu setzen. Das haben wir getan. Das haben wir Ihnen in den Sonderprogrammen vorgelegt, und auch heute stehen

noch solche Ortsgesetze auf der Tagesordnung, über die wir hier zu entscheiden haben. Das muß man doch endlich einmal sehen, daß Finanzpolitik nicht etwas Statisches ist in der modernen Zeit, sondern etwas Dynamisches, etwas Bewegliches ist, das von uns dauerndes politisches Mitdenken verlangt. Allerdings auch in der Bevölkerung und in der Bürgerschaft draußen, daß man nicht jeder Forderung in jedem Klassenzimmer oder auf jeder Straße, wo auch immer es gefordert wird, nachkommen kann, sondern daß man hier in langfristigen Zeiträumen zu denken und zu handeln hat, und dann muß man es durchstehen, und man kann nicht jeden Tag nachgeben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den Wahlmunitionsantrag der CDU abzulehnen und den Antrag der Koalition anzunehmen, weil er sachlicher ist und unserer Finanzdebatte im Januar dienlicher sein wird. — Ich danke sehr!

(Beifall bei SPD und FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat Herr Senator Speckmann.

**Senator für die Finanzen Speckmann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, es ist ein Akt der Höflichkeit gegenüber einer Dame, daß ich wenigstens eine kurze Antwort gebe. Frau Abgeordnete Hänecke, ich bitte Sie, genau das zu lesen, was drin steht. Ihnen liegt der Finanzplan 1970 bis 1974 vor. Es ist in dem Satz, den Sie vorgelesen haben, von der noch zu erarbeitenden Objektplanung für den Finanzplan 1971 bis 1975 die Rede, das heißt: Erst im Herbst mit dem dann vorzulegenden Finanzplan 1971 bis 1975 werden Sie dann auch den Objektplan vorliegen haben. — Schönen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen vom Kollegen Götze geben mir Veranlassung, noch einmal kurz einige Worte zu sagen. Herr Kollege Götze, zum Haushaltsausgleich: Ich habe bereits in der vorletzten Debatte — da waren Sie allerdings nicht zugegen — zum Ausdruck gebracht, daß der Haushaltsausgleich, der basiert auf dem Vergleich der Ist-Einnahmen mit den Ist-Ausgaben, uns politisch nicht interessiert. Wir halten es für selbstverständlich, daß wir nicht mehr ausgeben als das, was wir einnehmen. Uns interessiert das, was vom Sollausgaben-Anschlag nicht verwirklicht werden konnte. Und es ist ein legitimes politisches Interesse, daß wir insoweit Auskunft verlangen. Wir lassen uns nicht davon abhalten, daß auch diesem Verlangen entsprochen wird.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Steuereinnahmen kurz noch folgendes: Wir haben gemeinsam rund 80 Millionen DM Mehrausgaben beschlossen. Die sollten durch Steuermehreinnahmen gedeckt werden. Und wir stehen jetzt vor der Situation, daß wir allenfalls den Sollanschlag der Steuereinnahmen erreichen. Es ist legitim für die Opposition, nun zu fragen, wie sollen die 80 Millionen DM gedeckt werden, die wir mit Geldern decken wollten, die mit Sicherheit nicht eingehen werden. Ich glaube, daß wir darüber sachlich sprechen können.

Ich habe hier die letzten statistischen Berichte über die Steuereingänge in Bremen. Bei den veranlagten Einkommensteuern haben wir ein Minus von 12,1 Prozent, bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ein Minus von 5,4 Prozent und bei den Körperschaftsteuern ein Minus von sage und schreibe 43,5 Prozent. Ausweislich der Rechnungen Ende November dieses Jahres liegen wir 10,5 Millionen DM unter dem Sollanschlag. Deswegen müssen wir fragen auch und gerade für die Debatte Finanzplanung 1970 bis 1974: Was geschieht mit den bereits ausgegebenen 80 Millionen DM, die durch Steuermehreinnahmen gedeckt werden sollten? Ich verstehe nicht, wie man diese legitimen, sachlichen Anfragen wegpolemisieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Und nun zum Investitionsprogramm: Wir wollen in Ergänzung der Finanzplanung das Investitionsprogramm besprechen, so wie es sich dem Senat zur Zeit darstellt. Der Senat muß ein Investitionsprogramm haben, nicht nur deshalb, weil er bereits 353 Millionen DM für die nächste Legislaturperiode festgelegt hat. Er muß auch eines haben, wenn er den Anspruch erhebt, eine funktionsfähige Regierung zu sein. Eine Regierung, die kein Investitionsprogramm für die absehbare Zukunft hat, ist keine Regierung!

(Beifall bei der CDU)

Sie gibt sich eine beschämende Blöße!

Ich bin der Auffassung, der Senat müßte das, was er an programmatischen Vorstellungen hat, hier zur Diskussion stellen, sonst gibt es keine Transparenz, sonst gibt es keinen sachgerechten Dialog mit dem politischen Gegner. Und der Wähler hat einen Anspruch darauf, daß in diesem Haus der sachgerechte, auch mit Konfrontation verbundene Dialog stattfinden kann, damit er sich entscheiden kann, Herr Kollege Götze. Wahlkampf ist legitim, Wahlkampf ist nichts Unkeusches!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte kurz auf die Interfraktionelle Sitzung zurückkommen, weil hier einiges falsch dargestellt worden ist. Wir von der CDU haben die Aussetzung des Tagesordnungspunktes Finanzplanung mit der klaren Begründung beantragt, daß wir zur Debatte um diesen Plan noch Unterlagen brauchten, die wir über einen Dringlich-

keitsantrag anfordern würden. Erst in zweiter Linie ist von Herrn Fischer eingeworfen worden, daß unser Sachverständiger, Herr Filzen, mit hohem Fieber im Bett liege und wir damit rechnen müßten, daß er heute gar nicht da sein könne. Wenn er heute dennoch unter uns weilt, ist das eine besondere Freude für uns.

Das konnte man aber am vergangenen Donnerstag nicht voraussehen. Ich darf daran erinnern, daß von seiten des Herrn Präsidenten ausdrücklich betont worden ist, daß es bisher immer üblich gewesen sei, auszusetzen, wenn eine Fraktion die Aussetzung fordere. Aus demselben Grund sind wir ja auch Ihrem Aussetzungsantrag in bezug auf den Ausschuß über Umweltschutz gefolgt.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Wir sind ja auch gefolgt!)

Einfach, weil es eine Fraktion gefordert hat, war es üblich

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ist ja nicht wahr!)

und eine Gepflogenheit, dem zu entsprechen. So ist es zur Aussetzung dieses Tagesordnungspunktes gekommen.

Herr Götze, es stimmt nicht, daß wir Sie überfallen haben. Ich habe bereits in der Interfraktionellen Sitzung unseren Dringlichkeitsantrag angekündigt und gebeten, die Dringlichkeit seitens der SPD unterstützen zu wollen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Das ist ja auch geschehen!)

Jawohl, dafür sind wir Ihnen dankbar. Aber Herr Götze stellt es doch so dar, als sei das ein Überfall von unserer Seite aus gewesen. Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, daß es bei Ihnen in bezug auf unsere Fragen zur Objektplanung gewisse Sorgen gibt, kann ich voll verstehen. Aber es ist doch wohl klar, daß das Hemd einem näher sitzt als der Rock. Wenn wir vom Finanzplan sprechen, geht es doch auch um das Jahr 1971. Wir haben den Doppelhaushalt 1970/71 verabschiedet. Inzwischen sind durch die Entwicklung der Steuern, die nicht so hoch wie ursprünglich erwartet hereingekommen sind, und durch die Kostensteigerungen besonders auf dem Bausektor alle Vorausplanungen per 1971 ins Rutschen gekommen. Da wir in Bremen keinen Nachtragshaushalt einbringen, halten wir es für unbedingt erforderlich, daß in dem Gespräch im Parlament auch die Daten für 1971 auf eine realistischere Basis gestellt werden. Dazu sollte unser Antrag an den Senat mit der Bitte um Auskunft beitragen.

(Abg. Kahrs [SPD]: Das fällt euch jetzt ein!)

Ich denke doch, daß Sie sich, wenn Sie unseren Dringlichkeitsantrag, dessen Dringlichkeit Sie selbst befürwortet haben, unter diesem Gesichtswinkel sehen, bereiterklären müßten, diesem beizutreten, damit wir alle die Auskünfte vom Senat bekommen, die der Senat uns geben kann.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Nein, wir werden keinem Dringlichkeitsantrag bei Ihrer Argumentation zustimmen! Das war das letzte Mal!)

Herr Böhrnsen, ich möchte darüber hinaus feststellen: Sollten Sie uns den Antrag zerschlagen,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das tun wir!)

was wir nach den Aussagen von Herrn Götze wohl annehmen müssen,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sicher!)

dann wird die CDU-Fraktion versuchen, über einen entsprechenden Antrag an den Senat mit der Bitte um Auskunft in den Besitz der Angaben zu kommen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Tun Sie das doch! — Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem Antrag der CDU — Abschnitt 3 — möchte ich folgendes erklären: Ich würde es durchaus begreiflich finden, wenn die CDU den zweiten Satz so gefaßt hätte, daß die finanziellen Belastungen für bereits festgelegte Objekte hier dem Haus in der Finanzdebatte im Januar zur Verfügung stehen. Ich kann aber eigentlich nicht begreifen, daß Objekte bereits angesprochen werden, die noch zur Entscheidung dieses Hauses während des ganzen kommenden Jahres anstehen, denn diese Dinge sind ja nicht beschlossen, sondern sie sind vielleicht von der Koalition geplant. Sie sind aber in jedem Fall noch dem Beschluß dieses Hauses unterworfen.

Aus diesem Grund würde ich diesem letzteren Absatz nicht meine Zustimmung geben können, wobei ich den Herrn Senator bitten möchte, vielleicht in seinen Ausführungen uns die bereits festgelegten Investitionen für das kommende Jahr bekanntzugeben, damit wir darüber auch im Januar debattieren können.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Iversen.

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte aus der Arbeit der Baudeputation wegen der Projektplanung/Investitionsplanung folgendes sagen — dies bezieht sich insbesondere auf die Ziffer 3 unseres Antrags —: Bei der Vorlage des Haushalts für die laufende Legislaturperiode wurde uns eine große Übersicht vorgelegt: Investitions- oder Projektplanung. Ich bin sicher, daß alle Senatsbereiche eine solche Vorlage gehabt haben. Es war eine Vorlage, die weit über die laufende Legislaturperiode hinausreicht. Und ich bin sicher,

daß eine Unterlage dieser Art, wie sie vorgelegen hat, auch heute noch vorliegt, den Raum bis 1974 sicherlich ausfüllt, und daß man diese Unterlagen, die teilweise in dieser Legislaturperiode ihre Erledigung finden, doch vorlegen kann.

Deshalb verstehe ich nicht, daß der Herr Finanzsenator keine Möglichkeit sieht, in diesem Sinne diese Investitions- und Finanzplanung, auch wenn sie noch nicht endgültig beschlossen sind, für diese Legislaturperiode und für die Zukunft vorzulegen. Erst dann können wir in eine Diskussion über einen Finanzplan 1970 bis 1974 eintreten, und darum geht es uns doch. Wir wollen doch nicht festgelegte Objektpläne haben, sondern das, was an Planungen und Unterlagen vorliegt. Das ist meines Erachtens bei gutem Willen möglich.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Friedrich Meier das Wort.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Geschäftsordnung möchte ich erklären, daß meine Fraktion zukünftig Dringlichkeitsanträgen der CDU nicht mehr ihre Zustimmung geben wird, wenn man sich nicht an die Sache hält, was im Antrag steht, und man meint, hier schon andere Diskussionen vorwegzunehmen. Das nehmen Sie zur Kenntnis!

(Abg. K l e i n [CDU]: Mißbrauch der Mehrheit! — Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Das ist Mißbrauch der Minderheit!)

Ich meine ganz offen, wenn man sich hier mit dem Antrag beschäftigt, man auch zur Sache sprechen sollte. Das ist nicht geschehen, und Sie werden von uns keine Zustimmung zur Dringlichkeit wieder bekommen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat Herr Senator Seifriz.

**Senator für das Bauwesen Seifriz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Iversen hat eben freundlicherweise darauf verwiesen, daß wir uns mit dem Teil-Projektplan, soweit es sich um Vorüberlegungen handelt, der die Baudeputation interessierten konnte, informatorisch in der Baudeputation beschäftigt haben. Ich denke, wir sollten uns einig darüber sein, daß interne Informationen in einer Deputation, die mitten aus der Arbeit der Verwaltung stammen und die Deputationsmitglieder in die Lage versetzen sollen, diese Arbeit laufend zu verfolgen, das eine ist, und eine Vorlage für öffentliche Debatten in der Bürgerschaft das andere.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es muß doch dem Senat überlassen bleiben, dem Parlament dann Uberlegungen zur Kenntnis zu geben, wenn er soweit ist, daß darüber ernsthaft in einem so großen Kreis debattiert werden kann.

Sie wissen sehr wohl, Herr Iversen, daß wir selbst in der Deputation damals festgestellt haben, daß das, was bis dato erarbeitet war, noch nicht voll gegeneinander aufgewogen und verglichen werden konnte. Sehr wohl ist mir bestätigt worden, daß es richtig war, daß wir in einem so kleinen Kreis schon sehr früh darüber reden und eventuell auch die eine oder andere Anregung oder Kritik bekommen. Das ist ja auch die Aufgabe einer Deputation, so wie ich sie sehe. Das aber dazu zu benutzen, hier im Hohen Hause zu sagen, eine solche Überlegung hätte als eine Vorlage des Gesamtsenats vorliegen müssen, halte ich nun allerdings für eine Verkennung der Möglichkeiten, die uns bei solider Debatte gegeben sind. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Nummer 435, eingebracht von der CDU-Fraktion, zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU)

Wer dem Antrag der Koalitionsfraktionen Nummer 437 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

(Einstimmig)

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 24. November 1970:**
**Wohnungsbauförderung 1970/1971 und Nachfinanzierung des Wohnungsbauförderungsprogramms 1969/1970**
**(Drucksachenabteilung I Nr. 138)**

Dazu Herr Senator S e i f r i z , ihm beigeordnet Herr Leitender Regierungsdirektor M a r w i t z .

Der Senat überreicht eine Mitteilung, die sich mit den Wohnungsbauförderungsmaßnahmen 1969/70 und 1970/71 beschäftigt und bittet die Bürgerschaft (Landtag), den in der Mitteilung erbetenen Beschluß zu fassen.

Die Deputation für das Bauwesen hat der Vorlage am 30. Oktober 1970 und die Finanzdeputation am 17. November 1970 zugestimmt.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, um gegen die Vorlage als solche zu sprechen, sondern mich beunruhigen lediglich die in dieser Vorlage angegebenen Zahlen hinsichtlich des Wohnungsdefizits von 8500 Wohnungen in Bremen. Ich entsinne mich aus den fünfziger und

sechziger Jahren, daß diese magische Zahl von 8500 bis 9000 fehlenden Wohnungen in Bremen bereits damals in allen Vorlagen des Senats herumgeisterte und daß mahnend darauf hingewiesen wurde, daß diese Zahl der fehlenden Wohnungen noch erheblich durch die Eheschließungen von 6000 im Jahr in Bremen steigen würde und auch durch den Abbruch von Altbauwohnungen et cetera diese Zahlen also wesentlich höher werden würden, falls nicht ein entsprechendes Wohnungsbauprogramm seitens der Bürgerschaft beschlossen würde.

Wir haben in den sechziger Jahren dann Wohnungsbauprogramme beschlossen, die eine öffentliche Förderung von 5000 bis 8000 Wohnungen pro Jahr beinhalteten, und haben trotzdem niemals erreicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das Wohnungsdefizit von 8000 Wohnungen seinerzeit und heute wieder wesentlich reduziert worden ist. Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir in den letzten Jahren das Kapitel sozialgeförderte Wohnungen hier in unserem Haus mehr oder weniger vernachlässigt haben, zumindest mit sehr viel weniger Mitteln haben ausstatten können, und daß wir auch in dieser Beziehung in der Zukunft doch sehr eng rechnen und denken müssen.

Ich meine also, daß wir uns heute Gedanken darüber machen müßten, was eigentlich in den kommenden Jahren passieren muß, um einer eventuellen Wohnungsnotkatastrophe entgegenzutreten, die, falls wir nicht einmal den laufenden Neubedarf durch ein Wohnungsbauprogramm decken können, doch schließlich uns dann dahin bringt, wo wir Ende 1950 hier in Bremen waren, wo nämlich eine echte Wohnungsnot bestand.

Wir haben hier in diesem Hohen Hause versucht, durch Maßnahmen solche Mieter, die Sozialwohnungen heute noch in Besitz haben und deren Einkommen sie durchaus in die Lage versetzen würde, Kostenmieten zu bezahlen, zu veranlassen, diese Sozialwohnungen zu räumen, und glaubten dieses, indem wir ihnen gewisse Zuschüsse et cetera zubilligten, auch erreichen zu können. Die Zahlen, die hier in dieser Vorlage auf uns zukommen, zeigen wohl an, daß diese unsere Bemühungen in keiner Weise zum Erfolg geführt haben.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Der Herr Abgeordnete Hauptmann möchte eine Frage an Sie stellen, sind Sie bereit, diese zu beantworten?

Abg. **Brouwer** (NPD): Ja, gern!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Hauptmann!

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Abgeordneter Brouwer, Sie haben die Zeitläufe angesprochen, daß bereits vor vielen Jahren ein Mehrbedarf an Wohnungen in Höhe von etwa 8500 gegeben gewesen sei. Haben Sie dabei berücksichtigt, daß die Bevölkerungszahl in Bremen unterdessen auch entsprechend angewachsen ist?

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Hauptmann, ich habe gerade festgestellt, daß der Zugang der Bevölkerungszahl in Bremen sich eher reduziert hat — im Jahr 1970 zumindest — als im Gegenteil gewachsen ist.

Aber das nur nebenbei. Ich sagte ja schon, diese 8500 Wohnungen, die fehlen — jedenfalls laut Vorlage —, die beunruhigen mich, weil wir mit den jetzt zu beschließenden 3000 Wohnungen den Neubedarf unter gar keinen Umständen decken können. Die Vorlage spricht ja ebenfalls von 6000 Eheschließungen in Bremen pro Jahr, und im allgemeinen brauchen ja die jungen Familien auch eine Wohnung, die ihnen zugewiesen werden kann. Das können wir mit den 3000 Wohnungen, die wir nach der Vorlage jetzt bauen wollen, unter gar keinen Umständen erfüllen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, darum geht es im Grunde genommen gar nicht, sondern ich meine, der Herr Finanzsenator hat in seinem Vorwort, so möchte ich sagen, zu dieser Vorlage in der Finanzdeputation ausgeführt, daß man sich in dieser Legislaturperiode eigentlich nicht mehr mit irgendwelchen Förderungsmaßnahmen beschäftigen sollte. Das ist durchaus begreiflich. Das ist auch letzten Endes gar nicht möglich, weil eine neue Konzeption im Augenblick gar nicht vorliegt.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden doch mit mir der Meinung sein, daß eine Wohnungsnot, wenn wir nicht etwas Entscheidendes tun, in kommenden Jahren auf uns zukommen wird. Und ich möchte aus diesem Grunde anregen, daß sich die Bauexperten und auch die Finanzexperten dieses Hauses vielleicht mit den Wohnungsbaugesellschaften zusammensetzen sollten, um zu versuchen, ein neues bremisches Wohnungsbaugesetz in Vorbereitung zu bringen, damit eine solche Konzeption dem neuen Haus 1972 dann zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann und dann nicht eine Pause eintritt, um entsprechende Vorbereitungen dann erst zu treffen. Wir können es uns, so meine ich jedenfalls, nicht leisten, ein Jahr lang mit dem sozialen Wohnungsbau einfach flachzuliegen.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser meiner Anregung Folge zu leisten. Ich würde mich freuen, wenn dementsprechend die Initiative von Ihnen ausgehen würde.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Einen Antrag in dieser Richtung wollen Sie nicht stellen?

Abg. **Brouwer** (NPD): Kann ich nicht stellen, weil ich keinen Ausschuß beantragen kann.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ramke.

Abg. **Ramke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die CDU-Fraktion wird dieser Vorlage der Wohnungsbauförderung 1970/71 und der Nachfinanzierung des Wohnungsbauförderungs-

programms 1969/70 ihre Zustimmung geben. Aber, und das klang auch schon aus den Worten von Herrn Brouwer, es muß zu diesem Thema wohl noch etwas gesagt werden, weil gerade der Wohnungsbau in Bremen eine große Rolle spielt.

Ich darf daran erinnern, daß die Regierungskoalition 1967 beschlossen hatte, 14 000 Wohnungen zu bauen. Davon sind bisher 11 000 Wohnungen gebaut worden, 9400 voll gefördert und 1600 teilgefördert. Der Wohnungsbau nimmt im Haushaltsetat der Stadt und des Landes Bremen einen sehr großen Raum ein. Wenn wir nach den vorliegenden Unterlagen gehen bezüglich der Bürgschaften, so entfallen pro Kopf der bremischen Bevölkerung 2800 DM an Bürgschaften. Davon entfallen auf den Wohnungsbau 1436 DM. Das ist gegenüber dem Bundesdurchschnitt, der bei 199 DM liegt, ein Vielfaches. Bremen liegt in dieser Aufstellung an der Spitze der Bundesländer.

Ein Thema, das die ganze Bundesrepublik interessiert, ist die Explosion der Bau- und Bodenkosten und damit gleichzeitig das Ansteigen der Mietsätze. Es muß dieses Haus interessieren, wie wir diese Dinge in den Griff bekommen können. Die Baudeputation hat vor einigen Wochen eine Fahrt nach München und Nürnberg unternommen. In Nürnberg hat die Baudeputation das „Städtebauinstitut Nürnberg" besucht, an dessen Spitze Herr Professor Dittrich steht, der auch in Bremen die Sanierung des Gebietes Ostertor untersucht, und neuerdings auch in Vegesack. Dort ist nun den Mitgliedern der Baudeputation auf eingehende Fragen erklärt worden, daß für Bauvorhaben in Nürnberg noch eine Kostenmiete vorliegt von 4,50 DM. Trotz eingehender Nachfragen — es wurde von den Bremern her bezweifelt, daß es tatsächlich nur 4,50 DM sind, sie erschienen zu niedrig — ist uns keine andere Auskunft erteilt worden, es blieb bei 4,50 DM.

Wir wissen, daß auch das Programm, das uns jetzt für die Nachbewilligung vorliegt, etwa bei 6 DM pro Quadratmeter Kostenmiete liegt. Wir haben aber auch Berechnungen vorliegen in Bremen, daß die Kostenmiete 8 bis 9 DM betragen kann. Das ist eine hohe Differenz gegenüber den Zahlen, die man uns in Nürnberg genannt hat.

Wir können die Bitte an den Senat richten, uns einmal Auskunft darüber zu erteilen, worin die Diskrepanz besteht zwischen den glaubwürdigen Worten des Herrn Professor Dittrich: Man baut dort mit einer Kostenmiete von 4,50 DM, hier in Bremen haben wir Kostenmieten zu verzeichnen zwischen 8 und 9 DM.

Das ist auch das weitere Thema, zu dem ich jetzt sprechen möchte. Wir müssen von allen Seiten versuchen, diese Dinge in den Griff zu bekommen. Ich darf an einen Ausspruch von Herrn Professor Dittrich erinnern, den er im „Städtebauinstitut Nürnberg" getan hat. Er sagte: „Die Lohnerhöhungen im Baugewerbe müssen durch kostensparende Anstrengungen der Planer wieder wettgemacht werden!" Das war natürlich ein gewaltiges Wort. Er appellierte damit an die Planer und Architekten, um tatsächlich neue und revolutionierende Vorhaben auf dem Bausektor durchzuführen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion beschäftigt sich ja nicht erst seit dem heutigen Tag mit der Frage der Strukturanalyse für den Wohnungsbau, sondern ich darf daran erinnern, daß wir bereits am 27. Februar 1970 eine Anfrage an den Senat gerichtet hatten. Da wurden folgende Fragen gestellt:

1. Wieviel Wohnungen können laut Flächennutzungsplan 1967 auf bereits ausgewiesenen Flächen noch gebaut werden?

2. Um welche Flächen handelt es sich?

3. Welche von diesen Flächen sind bereits erschlossen?

4. Wie hoch schätzt der Senat die Erschließungskosten für alle im Flächennutzungsplan 1967 ausgewiesenen Wohnungsbauflächen?

5. Wie hoch schätzt der Senat die Bevölkerungszahl im Jahre 1990?

6. Wie groß wird der Wohnungsbedarf im Jahre 1990 sein, bezogen auf die unter Frage 5 geschätzte Bevölkerungszahl?

Meine Damen und Herren, damit wollte die CDU genauso, wie es auch auf anderen wirtschaftlichen Sektoren üblich ist, eine sogenannte Marktanalyse erstellt wissen, damit wir einmal den benötigten Wohnungsbedarf errechnen können, aber auch auf keinen Fall am Wohnungsbedarf vorbeibauen dürfen.

Als Antwort darauf wurde uns vom Senat am 17. März 1970 mitgeteilt: Mit Rücksicht auf den großen Umfang des zur Beantwortung der oben angeführten Anfrage notwendigen Zahlenmaterials, das zum Teil nicht greifbar vorliegt, sondern erst erarbeitet werden muß, sieht sich der Senat außerstande, eine Antwort in der Sache schon für die Sitzung der Bürgerschaft am 18. März 1970 zu erteilen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß das Ergebnis der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Wohnungsbedarfszählung erst im Herbst dieses Jahres vorliegt. Auf die Inanspruchnahme der dann vorliegenden Zahlen zum Zwecke der Beantwortung der Anfrage kann nicht verzichtet werden.

Meine Damen und Herren, die Antwort sollte uns im Herbst vorliegen. Wir haben jetzt Dezember, wir stehen in der letzten Sitzung der Bürgerschaft in diesem Jahr. Wir wollen nochmals darauf hinweisen, daß uns der Senat die Fragen beantwortet, die wir seinerzeit im Februar dieses Jahres gestellt haben.

Es kommt ja noch hinzu, daß Bremen ein Stadtstaat ist und im Gegensatz zu Flächenstaaten nicht ohne weiteres über die Verwaltungsgrenzen, so möchte ich es einmal nennen, hinausgehen kann, das heißt, wir müssen hier sehr mit dem uns zur Verfügung stehenden Boden haushalten, um im Wohnungsbau tatsächlich ein Optimum zu erreichen, ein Maximum wird nicht immer erreichbar sein.

Die CDU hat sich den Fragen des Wohnungsbaus immer aufgeschlossen gezeigt, und ich darf es nochmals zum Abschluß sagen, was die CDU für den

Wohnungsbau fordert, und zwar sofortige Individualisierung der Objektförderung als Übergangsmaßnahme, weiterhin sofortige Beendigung der Fehlbelegung in den Sozialwohnungen beziehungsweise Anhebung dieser Mietsätze auf das allgemeine Marktniveau.

Weiter: Bremen hat zwar noch eine Landesbauordnung, diese Landesbauordnung datiert aber aus dem Jahr 1906. Meine Damen und Herren, wir haben verschiedene Landesbauordnungen in den einzelnen Bundesländern. Wir halten es für unabwendbar, daß, um das industrielle Wohnungsbauen zu fördern, es erforderlich sein wird, daß auch die Landesbauordnungen der verschiedenen Länder vereinheitlicht werden, damit nicht ein Typ, der in Hessen zum Beispiel genehmigt wird, in Bremen keine Genehmigung bekommt. Damit kämen wir endlich so weit, auch den sozialen Wohnungsbau über Ländergrenzen hinaus zu vereinheitlichen und damit kostensparend durchzuführen.

Das waren die Bemerkungen zu diesem Thema. Die CDU schließt sich dieser Vorlage an. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Götze.

(Abg. Götze [SPD]: Herr Präsident, ich kann nach den Ausführungen meiner Vorredner verzichten!)

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Kähler.

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mit dem Kollegen Brouwer der Meinung, daß mit der Förderung dieser 3000 Wohnungen, die wir heute beschließen wollen, die Beseitigung der Wohnungszustände, um nicht Wohnungsnot zu sagen, in Bremen nicht erreicht wird. Ich bin mit ihm der Meinung, daß man auf Sicht gesehen ein Programm aufbauen sollte, nicht nur deswegen, weil wir systematisch im Wohnungsbau fortfahren müssen, sondern weil wir im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau auch die Erstellung der Baufolgemaßnahmen als Programm sehen müssen. Von daher bin ich mit ihm einer Meinung, daß für die nächste Legislaturperiode ein Gesamtprogramm ausgearbeitet werden sollte, wie wir den Wohnungsbau systematisch fortführen können. Ich sage Ihnen aber schon, wir halten einen gleichmäßigen systematischen Ausbau der Folgebaumaßnahmen für ebenso notwendig, und dann die Erfordernisse im Zusammenhang zu bringen mit den finanziellen Möglichkeiten, die wir haben.

Ich darf davon ausgehen, Herr Brouwer, daß die 8500 Wohnungen, die Sie hier in den Raum stellten, als Zahl bestehen bleiben, weil wir mit den 3000 Wohnungen nicht von der Zahl 8500 runterkommen. Denn wir können hier in Bremen eins feststellen: Wir hatten hier vor Jahren eine Wohnungsdichte von 3,4 Einwohner pro Wohnung, wir sind heute runter auf 2,85, während wir im Idealzustand auf 2,65 und sogar 2,45 runterkommen. Das bedeutet, daß ein Großteil der Wohnungen, die wir neu bauen, zur Verfügung von neuen Mietern steht, die aber vorher schon hier wohnten. Einfach aus der Strukturänderung im Wohnungswesen werden erheblich mehr Wohnungen benötigt, ohne daß eine Einwohnerzunahme stattfindet.

Weiter ist Bremen eines der wenigen Zentren in den Ballungsgebieten, die Wanderungsgewinne aufweisen. Von daher ist hier auch ein weiterer Wohnungsbau erforderlich.

Und drittens, meine Damen und Herren, hat nach den Wohnungszählungen von 1968 die Bundesrepublik eine Million nicht bewohnbarer Wohnungen. Auch Bremen hat hier seinen Anteil. Von daher schon muß der Wohnungsbau fortgesetzt werden, ohne daß eine Steigerung unserer Bevölkerungszahl vorhanden ist. Von daher schon eine Notwendigkeit, die wir einsehen, und wir sind auch der Meinung, wir müssen in ein bestimmtes Programm einsteigen, um alle Dinge, die mit dem Wohnungsbau zusammenhängen, dann auch in Angriff nehmen zu können.

Nun zum Kollegen Ramke, der hier von gewissen Engpässen sprach. Meine Damen und Herren, in den Ballungsräumen, Herr Kollege Ramke, sind Schwierigkeiten aufgetreten. Selbstverständlich! Nur, ich glaube, daran haben wir und dieses Haus keine Schuld, denn wenn der Lücke-Plan seinerzeit nicht in Kraft gesetzt worden wäre, hätten wir diese Schwierigkeiten in den Ballungsräumen nicht zu verzeichnen. Wenn Herr Lücke davon ausging, daß 3 Prozent Unterbestand marktregulierend wirken, so ist das nicht eingetreten. Wenn heute der Wohnungsbauminister davon ausgeht, 3 Prozent Überbelegung und dann Marktregelung, dann, glaube ich, trifft das auch zu.

(Unruhe bei der CDU)

Und, meine Damen und Herren, Sie brauchen gar nicht „o" sagen, Ihre Kollegen in der Hamburger Bürgerschaft haben es inzwischen eingesehen. Und mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich vielleicht kurz zitieren. Ihr Sprecher Herr Dr. Westphal sagte wörtlich: Das Lücke-Gesetz oder der Lücke-Plan mögen Irrtümer enthalten haben. Ich glaube es auch, ich glaube, daß besonders die Situation in den Ballungsgebieten in diesem Gesetz nicht vollauf berücksichtigt wurde.

Und das glauben wir mit ihm. Daher liegt die Sache so, daß wir die Dinge hier in diesem Hause ausbügeln müssen, die durch vorzeitige Freigabe der Mietwohnungen durch Herrn Lücke eingetreten sind.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auch meine Fraktion wird dem vorliegenden Entwurf gern zustimmen, sie sieht die Wichtigkeit ein.

Kollege Brouwer führte das erstaunliche Phänomen an, daß der Wohnungsbedarf in den ganzen letzten Jahren etwa mit 8500 jährlich angegeben werden kann. Die Nachfrage nach Wohnungen ist wirklich eine volkswirtschaftlich nicht leicht erfaßbare Tatsache. Eine Verbilligung, eine Hinzuziehung eines neuen Betriebes, zugelegte Lohn- und Gehaltseinnahmen ergeben jedesmal ein Nachfrageansteigen, so daß wir trotz erheblicher Förderung in den letzten Jahren und trotz erheblich zugenommenem Wohnungsbau — Sie finden das in dem uns zugegangenen Finanzbericht kurvenmäßig sehr deutlich dargestellt — nicht Abhilfe schaffen konnten.

Die Nachfrage nach Wohnungen steigt nach wie vor erklecklich. Wir haben natürlich eine soziale Verpflichtung, den Bürgern, die Wohnungen suchen, vor allen den jungen, mehr Wohnungen zu bieten und müssen etwas unternehmen. Wir haben auch eine soziale Verpflichtung, für kinderreiche Familien neue Wohnungen zu schaffen, denn ein Teil wird aus ihren alten und zu engen Wohnungen vertrieben, weil sie nicht genug Platz haben, sie brauchen neue Wohnungen und dringen nachfragend an den Markt. Da müssen wir etwas tun. Und wir haben die Verpflichtung, auch Älteren, die aus den Wohnungen der Kinder ausscheiden müssen, neue Wohnungen zu bieten. Deshalb unsere Anstrengungen, trotz steigender Preise die vorgenommenen Projekte auch zu erfüllen.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Kollege Brouwer hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Sehr gern!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß die Landesverfassung unter Artikel 14 bindend vorschreibt, daß jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat? Es ist also nicht nur eine soziale Verpflichtung, sondern auch eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, und die müssen wir erfüllen.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege Brouwer, ich müßte jetzt das Wort „jeder Bürger hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung" definieren. Das Wort „angemessen" hat sich von Jahr zu Jahr seit 1947, seit der Schaffung der jetzigen Verfassung, systematisch geändert, und unseren steigenden Bemühungen steht Gott sei Dank auch ein gewisses Maß an steigenden Ansprüchen gegenüber. Wir müssen uns also weiter bemühen, ich gebe Ihnen völlig recht! Meine Andeutungen zeigten bloß darauf hin, daß trotz verstärkter Bemühungen, trotz größerer Anzahl von Wohnungen, wir nach wie vor immer diese ominöse Zahl von 8500 Wohnungen vor uns herschieben. Es liegt an einer Reihe von fast unmeßbaren Faktoren, daß die Nachfrage ständig steigt.

Ich finde aber, es gibt einen zweiten Sektor neben diesem für uns so wichtigen sozialen, der uns verpflichtet, auf dem Gebiet des Wohnungsbaus ständig aktiv zu sein. Und das ist ganz einfach der Sektor des Städtebaus. Wir müssen Altwohnungen beseitigen, wir müssen Städtesanierung betreiben. Zuletzt ist da der Sektor der Industrieansiedlung, für die Industrie müssen wir neue Arbeitskräfte gewinnen. Haben wir nicht genug Wohnungen, bekommen wir keine Arbeitskräfte; ohne Arbeitskräfte

(Abg. K l e m m e r [SPD]: Nicht vom Thema abschweifen!)

— Danke für den Hinweis — finden wir keine neue Industrie für Bremen. Deshalb also unsere fortgesetzten Bemühungen, hier tätig zu sein.

Der Kollege Ramke hat uns hier gesagt, daß erstaunlicherweise vor allem im Raum Nürnberg Wohnungen für den Quadratmeter-Kostenpreis von 4,50 DM gebaut wurden, und daß uns das glaubhaft nachgewiesen wurde. Meine Damen und Herren, hier wird ganz deutlich: Die Stadt Bremen und das Land Bayern fördern ihre Wohnungen ganz unterschiedlich. Dem Programm Nürnberg, das uns vorgeführt wurde, lagen in einem ganz krassen Fall als Finanzierung Darlehen und Gelder zugrunde, die von den bayrischen staatlichen Versicherungsunternehmen kamen. Die bieten Gelder für den Wohnungsbau zu Konditionen an, die wir am Markt nicht bekommen können. Bremen ist kein so großes Land, daß wir eine so große, eigene Versicherungsgesellschaft haben, die solche Gelder im Wohnungsbau investieren kann. Da gibt es natürlich an Schwerpunkten in Bayern konzentrierte Kapitaleinsätze. Wir in Bremen müssen die Situation, daß dort staatliche Versicherungsunternehmen Gelder investieren, zum Beispiel durch Gesamtkauf und -bau von Wohnprojekten, ersetzen durch Zinszuschüsse, die bei unseren Sozialwohnungen eben die Kostenmieten herunterdrücken auf ein für uns tragbares Maß. Aber im Kostenansatz ist natürlich dann die Kostenmiete bei einem Zinssatz von 5 oder 6 Prozent sehr viel niedriger, als wenn wir auf den Markt gehen müssen, um Geld zu bekommen und diese Kosten dann hinterher durch staatliche Zuschüsse auf ein erträgliches Maß herunter zu subventionieren. Das ist also ein Teil der Erklärung für die erheblichen Differenzen.

Wir werden den Weg weitergehen müssen. Die Chance, Einzelprojekte und Ballungsräume so zu fördern wie die Bayern, haben wir nicht. Wir besitzen nicht so viele Kreditanstalten in eigener Regie, über die wir Gelder so billig in unseren bremischen Wohnungsbau hineinpumpen können. Meine Damen und Herren, uns bleibt in Zukunft Erhebliches an Ausgaben, wenn wir unsere Stadt weiter ausgestalten wollen. Dieses Gesetz, das wir heute verabschieden, ist ein wesentlicher Schritt, es werden weitere folgen müssen, das werden wir für die Zukunft sehen.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Sind Sie bereit, obwohl Sie anscheinend mit Ihrem Diskussionsbeitrag fertig

sind, Herrn Abgeordneten Fichtner noch eine Frage zu beantworten?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Gern!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Auf die Banken zurückkommend, Herr Kollege! Sind Sie ernsthaft der Auffassung, daß es Banken gibt, und sei es in Bayern, die von den üblichen Zinssätzen abgehen zugunsten des Wohnungsbaus? Das gibt es in der Praxis gar nicht!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Fichtner, die staatliche bayerische Versicherungsgesellschaft bietet solche Konditionen an. Ich habe mich mit dem Wort Banken vielleicht einen Schritt neben die Tatsachen gestellt. In diesem Fall war es also die große staatseigene Versicherung. Die bietet nach unseren Auskünften Geld zu Konditionen an, die wir für die Wohnungsförderung hier nicht bekommen können, auf keinen Fall bekommen können.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu der Vorlage selbst kann und darf und möchte ich keine Ausführungen machen. Aber eine Bemerkung von Ihnen, Herr Abgeordneter Kähler, hinsichtlich des Lücke-Plans, daß also die Ballungszentren schlußendlich eine Folge dieses Plans gewesen sein sollen, ruft meinen massiven Widerspruch hervor. Die für den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beteiligt gewesene CDU/CSU-Fraktion hat nie den Anspruch auf Absolutheit erhoben. Und Pläne bedeuten noch nicht, daß sie hundertprozentig in Erfüllung gehen müssen!

(Abg. Klemmer [SPD]: Das haben Sie heute morgen ja behauptet!)

Ich möchte Ihnen eine Empfehlung mit auf den Weg geben, Herr Abgeordneter Kähler: Ihre Freunde sind seit einem Jahr in der Regierung! Das, was Sie uns permanent, wenn auch nicht sachbezogen und stichhaltig, vorhalten, könnte eines Tages einmal auf Sie wieder zurückkommen,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Gut!)

wenn wir Sie nämlich laufend daran erinnern, daß Ihre Herren Falschprognosen begangen haben, worüber wir dann zu diskutieren hätten.

(Abg. Schepers [CDU]: Siehe Schiller! — Abg. Klemmer [SPD]: 20 Jahre, Herr Gassdorf! — Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat Herr Senator Seifriz.

**Senator für das Bauwesen Seifriz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich heute nicht auf das Feld der Prognosen begeben, sondern ich bin eigentlich nur hergekommen, um mich bei allen Abgeordneten, die gesprochen haben, dafür zu bedanken, daß sie den Bauminister Bremens so aktiv unterstützt haben, wenn es darum geht zu begründen, warum wir weitere Wohnungen bauen müssen.

Ich darf nur auf die Ausführungen, die eingangs gemacht wurden, soweit eingehen: Der ursprüngliche Wohnungsfehlbestand war natürlich erheblich höher. Wir sind einmal bei 20 000 gewesen und jetzt bei 8000 angelangt. Wenn wir bei dieser Gelegenheit alles an Zuzug et cetera aufgefangen haben, dann glaube ich, daß wir mit Recht sagen können, daß Bremen eine bisher von keinem Bundesland und von keiner Großstadt übertroffene Bauleistung im sozialen Wohnungsbau vollbracht hat.

Wenn das richtig ist, dann möchte ich an dieser Stelle auch aus gegebenem Anlaß, nach all dem, was sich in neuerer Zeit abgespielt hat, hier einmal sehr deutlich sagen, daß ein Wort des Dankes am Platz ist insbesondere gegenüber der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, und hier insbesondere nicht zuletzt gegenüber dem gewerkschaftseigenen Wohnungsbauunternehmen „Neue Heimat", das in sehr wesentlichem Maß die Initialzündung für den sozialen Wohnungsbau in Bremen gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag), folgenden Beschluß zu fassen:

„Der Senat wird ermächtigt, für etwa 3000 im Rahmen des Wohnungsbauförderungsprogramms 1970/71 im sozialen Wohnungsbau zu errichtende Wohnungen und für 735 im Rahmen des Wohnungsbauförderungsprogramms 1969/70 nachzufinanzierende Wohnungen Verpflichtungen bis zu einem Gesamtbetrag von 53,8 Millionen DM (47,8 Millionen DM für 1970/71, 6 Millionen DM für 1969/70) zur Zahlung von Aufwendungszuschüssen und Verpflichtungen zur Zahlung von Darlehen bis zu 4 Mililonen DM einzugehen sowie Bürgschaften für nachrangige Finanzierungsmittel zu übernehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, bevor wir uns der Behandlung der nächsten Tagesordnungspunkte zuwenden, schlage ich vor, in eine Kaffeepause einzutreten. Wir treffen uns wieder um 17 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 16.32 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung wieder um 17.03 Uhr.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir wenden uns jetzt den Tagesordnungspunkten 5 bis 8 zu.

**Bericht Nr. 32 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 45)**

**Bericht Nr. 33 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 46)**

**Bericht Nr. 34 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 47)**

**Bericht Nr. 35 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 48)**

Interfraktionell ist vereinbart worden, die Punkte 5, 6, 7 und 8 miteinander zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) vier Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 19. Oktober, 30. Oktober, 2. November und 6. November 1970 beschlossen hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Der Petitionsausschuß hat beantragt, über die in den Berichten Nr. 32, Nr. 33, Nr. 34 und Nr. 35 aufgeführten Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Wer über die Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Form beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Anfrage: Bremen-Werbung „Wir verschenken unseren alten Ruf" (Drucksachenabteilung II Nr. 424) — Mündliche Beantwortung —**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist ein Schreiben des Senats eingegangen, in dem die Bürgerschaft gebeten wird, diesen Tagesordnungspunkt auszusetzen, da der Präsident des Senats, der die Antwort erteilen will, erkrankt ist. Weiter wird in dem Schreiben ausgeführt, daß die Beantwortung der Anfrage infolge einer Auslandsreise von Herrn Bürgermeister Koschnick im Januar 1971 erst in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 17. Februar 1971 erfolgen kann.

Ich nehme an, daß die Bürgerschaft (Landtag) mit einer Aussetzung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Sitzung am 17. Februar 1971 einverstanden ist.

Ich höre keinen Widerspruch und stelle das Einverständnis fest. Die Angelegenheit kommt also auf die Tagesordnung der Sitzung am 17. Februar 1971.

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Drucksachenabteilung II Nr. 391) 1. Lesung**

Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Punkt heute auszusetzen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 417) 2. Lesung**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 12. November 1970 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP und NPD — Zuruf von der CDU: Gegenprobe!)

Es wird Gegenprobe gewünscht. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dagegen CDU)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen (Drucksachenabteilung II Nr. 418) 2. Lesung**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 12. November 1970 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Deputationen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD, FDP und teilweise NPD — Zuruf: Gegenprobe!)

Es wird die Gegenprobe gewünscht. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dagegen CDU und teilweise NPD)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

**Dringlichkeitsantrag: Bericht des Senats über Maßnahmen zum Umweltschutz (Drucksachenabteilung II Nr. 436)**

Die dringliche Behandlung dieses Antrags wurde zu Beginn der Sitzung beschlossen.

Der Antrag ist von allen Fraktionen unterzeichnet. Er liegt den Abgeordneten hektographiert vor und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft schnellstens einen umfassenden Bericht über bereits getroffene und noch zu treffende Maßnahmen für den Umweltschutz und die Umwelthygiene vorzulegen."

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von allen Fraktionen vorgelegte Antrag geht davon aus, daß man, nachdem der Senat einen Bericht vorgelegt hat — worum in diesem Antrag gebeten wird — zu den Maßnahmen für den Umweltschutz und der Umwelthygiene möglicherweise, so haben wir es zwischen den Fraktionen vereinbart, nach diesem Bericht dann ein nichtständiger Ausschuß, wie es der Antrag der CDU-Fraktion ursprünglich vorsah, eingesetzt werden könnte.

Bei dem heutigen Antrag geht es also darum, den Senat zu bitten, diesen Bericht vorzulegen, weil wir der Auffassung sind, daß auf der Grundlage dieses Berichts eine ersprießlichere Arbeit möglich ist. Ich glaube, es bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Über die Notwendigkeit des Umweltschutzes ist gerade in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit sehr viel gesagt und geschrieben worden.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Antrag: Einsetzung eines nichtständigen parlamentarischen Ausschusses zur Erarbeitung eines Programms und eines Gesetzes betr. Umweltschutz (Drucksachenabteilung II Nr. 420)**

Dieser Antrag ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Interfraktionell ist vereinbart worden, bei einer Annahme des interfraktionellen Dringlichkeitsantrags zu diesem Thema die Beratung des vorliegenden Antrags auszusetzen, bis der erbetene Bericht des Senats vorliegt.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dieser Aussetzung einverstanden. Der Antrag kommt wieder auf die Tagesordnung, wenn der Bericht des Senats aufgrund des interfraktionellen Dringlichkeitsantrags eingegangen ist.

**Antrag: Haushaltsmittel zur Durchführung vorbeugender Gesundheitsmaßnahmen (Drucksachenabteilung II Nr. 430)**

Interfraktionell ist vereinbart worden, hiermit zu verbinden:

**Antrag: Durchführung unterstützender Gesundheitsmaßnahmen bei Kindern (Drucksachenabteilung II Nr. 431)**

Dazu Herr Senator Jantzen, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Koch.

Die Anträge sind unterschrieben von dem Abgeordneten Brouwer und NPD-Fraktion. Sie liegen gedruckt vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich auf eine Verlesung verzichte.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

**Nr. 430**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die von der Bürgerschaft (Landtag) für die Öffentlichkeitsarbeit zur Durchführung des Volksentscheides bewilligten und nicht benötigten Mittel werden dem Senator für das Gesundheitswesen bis zur Höhe von 400 000 DM zur Durchführung vorbeugender Gesundheitsmaßnahmen zugewiesen.

**Nr. 431**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht:

Unterstützende Gesundheitsmaßnahmen vom Kleinkinderalter bis zum Erreichen des schulpflichtigen Alters einzuleiten, um die vorhandene Lücke zu schließen und Frühschäden rechtzeitig zu erkennen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD) *): Herr Präsident, sehr geehrten Herren und Damen! Im Programm der NPD ist unter dem Motto „Volksgesundheit" unter anderem folgender Punkt aufgeführt: „Jede Gesundheitspolitik muß in der Vorsorge ihre vornehmste und in der Heilung ihre nächste Aufgabe sehen." Diesen Passus habe ich Ihnen deshalb vorgelesen, damit Sie nicht glauben, wir wollten jetzt ein Pferd aufzäumen, ohne vorher von solchen Notwendigkeiten überzeugt gewesen zu sein.

Die hier im vergangenen Jahr vom Senat durchgeführte Aufforderung an alle Haushaltungen, sich einer Kontrolle betreffs Diabetes zu unterziehen, war ein voller Erfolg. Eine ganze Reihe bis zu diesem Zeitpunkt unerkannt gebliebener Erkrankungen wurde festgestellt, und es handelte sich sogar um eine verhältnismäßig überraschend große Zahl von Krankheitsfällen. Die jetzige Aktion, die durchgeführt wird von den Krankenkassen, die die Initiative ergriffen hinsichtlich Früherkennung von Krebs, wird hoffentlich bei der Bevölkerung ein ebenso großes Echo auslösen und die Bereitschaft verstärken, sich frühzeitig untersuchen zu lassen, um Schäden leichter zu erkennen. Aus dem letzten Deutschen Ärzteblatt, den ärztlichen Mitteilungen vom 28. November 1970, geht hervor, daß demnächst Früherkennung von Krankheiten Pflichtleistungen der Krankenversicherungen sein sollen.

In unserem Antrag geht es uns um die Kleinkinder, die bisher scheinbar vergessen wurden, und hier ist bei der vorbeugenden Gesundheitspflege eine echte Lücke entstanden. Verantwortungsbewußte, kluge Eltern haben auch bisher ihre Kinder, wenn ihnen irgend etwas Besorgniserregendes auffiel, zum Arzt gebracht, aber es gibt auch sicher Eltern, die manche nicht deutlich erkennbare Veränderungen des Kindes unberücksichtigt ließen und dachten, das wächst sich wieder zurecht.

Die Säuglinge erhalten in gewissem Sinne bereits seit vielen Jahren eine Betreuung, denn das Mutterschutzgesetz wurde der Kinder wegen erlassen, weil bei sinkenden Geburtenziffern eine hohe Säuglingssterblichkeit zu Besorgnissen Anlaß gab. Durch die heute allgemein üblichen Klinik-Endbingungen werden Säuglinge bereits in den ersten Lebenstagen untersucht, um angeborene oder durch die Geburt entstandene Leiden so früh wie möglich zu behandeln. Jede junge Mutter wird auf die Mütterberatungsstellen, die im Land Bremen eingerichtet sind, hingewiesen, die ihrerseits die Eltern dann bei entstehenden Schäden oder bei ungünstigem Verlauf der Entwicklung des Kindes darauf aufmerksam machen und sie hinweisen, doch den Arzt aufzusuchen. Die Säuglingszeit ist also praktisch in gewissem Sinne doch einer vorsorglichen Maßnahme unterworfen.

Gesundheitliche Schäden, die zum Beispiel bereits im Kleinkindesalter festgestellt werden und behandelt werden können, lassen sich durch Vorbeugeuntersuchungen frühzeitig genug erfassen. Folgeschäden, die nicht frühzeitig genug erkannt werden, lassen oft Leiden entstehen, die nicht vermieden werden können. Ich erinnere mich zum Beispiel an einen Fall, den ich im vergangenen Jahr Herrn Senator Jantzen mitteilte. Es handelte sich hier um ein sprachgestörtes Kind, das zur Sonderschule ging und scheinbar auch geistig zurückgeblieben war. Bei einer Kontrolluntersuchung — das Kind war inzwischen bereits neun Jahre alt geworden — stellte man beim Gesundheitsamt jedoch fest, daß dieses Kind gar nicht beziehungsweise nur sehr schwer hörte und darauf die Sprachstörungen zurückzuführen seien. Der angeschaffte Hörapparat versetzte das Kind nun in die Lage, nicht mehr nur von den Lippen die Worte abzulesen, sondern auch echt die Worte hören zu können. Wenn dieses Leiden bereits im Kleinkindesalter festgestellt gewesen wäre, hätte sicher manche Störung bei diesem Kind vermieden werden können, und es hätte vielleicht auch sofort, ohne erst über die Sonderschule zu gehen, in eine richtige Grundschule kommen können.

Aus diesem Beispiel ersehen Sie, wie nötig es ist, Kleinkinder regelmäßig auf Frühschäden untersuchen zu lassen. Bei Frühschäden kann es sich sowohl um Störungen des Seh- und Hörvermögens handeln, es können Haltungsanomalien frühzeitig genug erkannt werden, damit heilpädagogische Behandlung durchgeführt werden kann. Es kann sich um geistig zurückgebliebenen Kinder handeln, die auch entsprechend gefördert werden. Und so haben wir eine ganze Reihe von Schäden, die frühzeitig genug festgestellt werden können.

Auf dem Deutschen Ärztetag im Mai 1968 hat man sich mit diesem Thema ganz intensiv befaßt. Der Vorschlag von Professor Dr. Theobald, jeder Mutter ein Scheckheft auszuhändigen, in dem die notwendigen Kontrolluntersuchungen aufgeführt sind, orientiert die Eltern vor allen Dingen auch auf den Umfang der Maßnahmen und die Bedeutung, die sie haben, um ihre Kinder gesund zu erhalten. Dem Senator für das Gesundheitswesen sind diese Ausarbeitungen der Ärzteschaft seit Jahren bekannt. Wir wissen auch, daß die Krankenkassen ab 1. Juli 1971 diese Vorsorgeuntersuchungen mit in ihre Leistungen aufgenommen haben.

Wenn wir heute den Antrag stellen, unterstützende Maßnahmen durchzuführen, dann mit der Bitte, schon jetzt eine Aufklärungsschrift vorzube-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

reiten, die den Umfang der notwendigen Maßnahmen bei Kleinkindern umfaßt, und an die Eltern zu geben. Es werden sicher Eltern dabei sein, die aufgund der Kenntnis dieser Gefahren, die unter Umständen vorhanden sein können, die Kinder zu einer Kontrolluntersuchung schon vorstellen.

Die Mittel für diese Aktion werden sicher nur einen Teil der Gesamtsumme von den 400 000 DM ausmachen, die von der Bürgerschaft für eventuelle Kosten zur Durchführung des Volksentscheids zum Thema Wahlalter bewilligt wurden. Herr Dr. Cassens rühmte seinerzeit die Klugheit des Parlaments. diesem Antrag zuzustimmen. Er bedachte die NPD mit besonders lobenden Worten und äußerte den Gedanken, mit diesem Geld eine Schule zu bauen und mit einer Gedenktafel zu versehen.

Wir möchten eben dieses Geld für diese Kinder verwandt wissen, um eine Aufklärungsschrift für die Eltern zu erstellen. Den Antrag, Aufklärungsschriften herauszubringen, stellt die NPD nicht zum ersten Mal. Seinerzeit wollten wir eine Aufklärungsschrift, die aus Haushaltsmitteln finanziert werden sollte, betreffend der Rauschgiftgefahren. Zweimal haben wir das Thema hier voller Sorge um die Gesunderhaltung der heranwachsenden Jugend behandelt. Zweimal wurde er hier im Parlament abgelehnt. Nachdem wir in jüngster Zeit fortlaufend mit den erschreckenden Zahlen der Zunahme von Rauschgiftanfälligen konfrontiert werden, hätte es dem Parlament seinerzeit sehr wohl angestanden, diesen unseren Antrag anzunehmen. Begründungen der Regierungsparteien, es sei kein einziger Fall an Bremer Schulen bekannt, wo Rauschgift genommen werde, oder man solle das Thema nicht wichtiger machen als es sei, zeigen rückschauend doch eine erschreckende Unkenntnis der Tatsachen, die sich seinerzeit schon deutlich abzeichneten. In den Kreisen der Jugendlchen hat man über diese Behauptung der Parlamentarier gelacht mit dem Gedanken, na, wenn die wüßten!

Ich wollte mit dieser Überlegung nicht vom Thema abschweifen, sondern in diesem direkten Zusammenhang Mittel von den 400 000 DM auch für die Bekämpfung der Rauschgiftgefahr bereitstellen lassen. Im übrigen glaube ich, daß die 400 000 DM insgesamt für solche vorsorglichen Gesundheitsmaßnahmen den besten Verwendungszweck finden, und ich bitte um Unterstützung unseres Antrags. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Schelter.

Abg. **Schelter** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die NPD hat sich wiederum einmal in das Gebiet der Gesundheit begeben und hat sich wieder einmal verfangen, würde ich sagen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Nabelkatheter!)

Diese Anträge sind nach meiner Auffassung gleichzustellen mit einer Profilneurose.

Wenn ich damit anfangen darf, daß Frau Kruse sagte, es wären 20 000 DM zu den Haushaltsberatungen von der NPD beantragt worden, dann stimmt das. Aber die Koalition hatte vorher einen Antrag in Höhe von 50 000 DM für Gesundheitsvorsorge angenommen, so daß dieser Haushaltstitel bereits vorhanden war. Und darum ist Ihr Antrag abgelehnt worden. Es war also wiederum ein Antrag, der in der Öffentlichkeit wirken sollte. Er konnte aber nicht wirken, weil das Parlament schon tätig war. Das zu dem Antrag über 20 000 DM. Wir hatten aber 50 000 DM vorweggeschickt! Ich meine, daß die NPD-Anträge der letzten Jahre in der Gesundheitspolitik stets daneben gegangen sind.

Ich darf hier zu dem ersten Antrag sagen, wo 400 000 DM für den Volksentscheid zur Verfügung gestellt werden sollten, daß der Volksentscheid nicht notwendig geworden ist und daher diese 400 000 DM nach dem Haushaltsrecht, weil die Mittel nicht bereitgestellt werden brauchten, in den Haushalt zurückfließen.

Aber was mich so stark verwundert, ist folgendes: In der letzten Sitzung der Finanzdeputation — man merke sich das Datum: am 17. November —, in dieser Deputation ist die NPD vertreten, in der einzigen, persönlich will ich sagen, Gott sei Dank, sind rund 800 000 DM, Herr Senator Jantzen hat heute morgen in der Fragestunde schon darauf hingewiesen, zur Verfügung gestellt worden für Krebsvorsorgeuntersuchungen. Und Ihr Antrag auf 400 000 DM ist am 25. oder 24. November gestellt worden! Das begreife ich nicht mehr. Wird das in Ihrer Fraktion nicht diskutiert? Sie müßten doch eigentlich wissen, daß diese Mittel bereitgestellt wurden.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Schelter, der Abgeordnete Brouwer möchte eine Frage an Sie richten. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. **Schelter** (SPD): Ja, selbstverständlich!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege, haben Sie nicht durch die Begründung von Frau Kruse zur Kenntnis genommen, daß wir diese 400 000 DM in erster Linie für die Untersuchung von Kleinkindern vom 18. Monat bis zum, sagen wir einmal, 5. Lebensjahr — —

Abg. **Schelter** (SPD): Sie meinen vom 2. bis zum 6.? Kleinkinder?

Abg. **Brouwer** (NPD): Ja, daß wir sie dafür in erster Linie zur Verfügung stellen möchten, nicht für die Krebsuntersuchungen?

Abg. **Schelter** (SPD): Darf ich dazu sagen, daß die sozialliberale Regierung endlich das in Bonn vollzogen hat, was wir Sozialdemokraten schon lange wünschten, nämlich Vorsorgeuntersuchungen nicht

nur für die Männer und Frauen, sondern auch für die Kinder bis zum vierten Lebensjahr. Das tritt, so wurde von Ihnen ja auch gesagt, Frau Kruse, am 1. Juli 1971 in Kraft. Es wird eine Pflichtleistung der Krankenkassen.

Bis dahin ist es ja nun nicht so, daß wir — mindestens in Bremen, dessen können wir uns rühmen — auf diesem Gebiet unterentwickelt sind. Frau Kruse, es muß Ihnen doch bekannt sein, daß wir mehrere Beratungsstellen beim Hauptgesundheitsamt haben — kostenlos. Die Krebsberatung ist schon lange da. Ich gehe jetzt auf die Kleinkinder vom 2. bis zum 6. Lebensjahr ein. Wir haben nicht nur eine Beratungsstelle für Körperbehinderte, wir haben eine Beratungsstelle für Kinder, die psychisch erkrankt sein können. Das stellen Sie alles in Frage! Sie sprachen von Hörbehinderung. Auch da haben wir eine Beratungsstelle.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das sind doch nur die erkannten Fälle!)

Mein lieber Abgeordneter Fichtner, es ist doch folgendermaßen: Wenn man irgendwelche latente Fehler meint festzustellen oder es sind Anzeichen vorhanden, dann geht man doch zum Arzt, oder wenn man meint, nicht zum Arzt gehen zu müssen, dann weiß man ganz genau, daß man zum Hauptgesundheitsamt gehen kann. Das muß doch zumindest den Abgeordneten der NPD-Fraktion bekannt sein.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das ist aber doch nicht so, Herr Schelter, das wissen Sie doch!)

Das ist wohl der Fall! Für diesen Zeitraum, bis zum 1. Juil 1971, bis in die jüngste Vergangenheit hinein war diese Möglichkeit gegeben. Aber es wird von der Bevölkerung sehr wenig davon Gebrauch gemacht.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das meinen wir doch! — Abg. Fichtner [NPD]: Darum geht es!)

Entschuldigen Sie! Sie wissen, daß auch bei den Krebsberatungsvorsorgeuntersuchungen leider — und der Senator hat ja heute praktisch appelliert und gesagt: Bitte schön, nehmt daran teil — nur 25 Prozent daran teilnehmen. Das ist unsere Sorge!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Dann müssen Sie Aufklärungsarbeit leisten!)

Entschuldigung! Aufklärungsarbeit haben wir laufend durchgeführt!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Zu wenig!)

Aber, Herr Vorsatz, mit Ihnen zu diskutieren, was viel und wenig ist, das ist alles relativ. Sie können relativ dünn sein, Sie können auch relativ dick sein.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Darüber kann man hier streiten.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sie können relativ dafür sein, Sie können relativ dagegen sein!)

Frau Kruse, zu Ihrer Sorge, daß in die Vorbeugemaßnahmen Rauschgift noch nicht einbezogen worden ist, muß ich sagen: Mir ist bekannt, daß in der letzten Sitzung der Deputation für Jugendwohlfahrt unter anderem für die Vorbeugung — die Vorbeugung gehört nämlich im Bereich Rauschgift in die Jugendwohlfahrt hinein — 75 000 DM als Nachbewilligung beantragt worden sind. Und wenn wir diese Beträge jetzt addieren, dann sind es ja weitaus mehr als das, was Sie hier beantragt haben.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Mal zu wenig, mal zu spät!)

Ich sagte Ihnen ja schon: Es ist alles relativ!

Aus diesem Grund müßten wir den Antrag auf 400 000 DM — nicht nur diesen Antrag — eigentlich nicht behandelt haben. Aus diesem Grund muß die SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das haben wir nicht anders erwartet!)

Es ist ja nicht nur so, daß ab 1. Juli zu den Pflichtleistungen gehört, daß die Kinder physisch und psychisch untersucht werden können als Vorsorgemaßnahmen, sondern wir Männer kommen jetzt auch dran. Es sind Leistungen unserer Regierung in Bonn, und es waren Fehlleistungen der Regierungen vor uns, nämlich der CDU-Regierungen!

(Widerspruch bei der CDU — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Endlich wird richtig regiert!)

Da sind keine Pflichtübungen. Ich würde nur zu beiden Anträgen sagen — ich habe es sehr begrüßt, daß sie zusammengezogen worden sind, denn sie einzeln zu behandeln, hätte sich kaum gelohnt —, aus den dargelegten Gründen wird die SPD-Fraktion beide Anträge ablehnen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Wie erwartet! — Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lienhoo.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, sehr verehrte Frau Kruse, meine Damen und Herren! Sehr Wesentliches ist schon gesagt worden. Aber nun möchte ich Ihnen doch auch auf verschiedene Fragen antworten.

Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß im Bundestag das Krankenversicherungsänderungsgesetz zu § 181 der RVO bearbeitet wird und meines Wissens den Bundesrat bereits passiert hat, das

die Aufnahme der Säuglings- und Kleinkindervorsorgeuntersuchungen vorsieht. Das bedeutet, daß die Kinder bis zum vierten Lebensjahr nach einem Plan, wie Sie ganz richtig sagten, der Bundesärztekammer mit einer Art Scheckheft laufend untersucht werden sollen. Das heißt, daß auch die Säuglinge — die noch nicht Geborenen — zwei Monate vor der vermutlichen Geburt bis zum vierten Lebensjahr laufend betreut werden sollen.

Wenn wir hier Prioritäten setzen sollen, wer den Anfang gemacht hat, so meine ich, mit einem gewissen Berufsstolz sagen zu können, daß alle diese Initiativen von der Ärzteschaft ausgegangen sind, hier rechtzeitig gut Vorsorge zu treffen. Das möchte ich für meinen Berufsstand ausdrücklich in Anspruch nehmen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Wir gehen doch von der SPD aus, nicht von Ihrem Berufsstand!)

Damit meine ich doch, daß sich dieser Antrag erübrigt, wenn er schon im Bundestag bearbeitet wird, und wir sollten ihn hier deshalb nicht weiter behandeln.

Zur zweiten Frage: Die 400 000 DM, die Herr Brouwer erwähnt hat und die heute morgen auch schon von Herrn Senator Jantzen genannt worden sind, nämlich für die vorbeugende Untersuchung der Krebskranken, laufen doch nun an. Es sind sogar 786 500 DM bewilligt worden — ich wiederhole die Zahl noch einmal —, so daß wir damit doch Ihrem Antrag weitgehend entsprechen. Ich persönlich bedauere, daß Sie nicht in Deputationen vertreten sind, dann würden Sie ex ovo gleich sehen, was dort gespielt wird, und es würde sich vielleicht auch mancher Antrag erübrigen. Das ist meine persönliche Auffassung.

Noch einmal die Rauschgiftangelegenheit, die Sie angesprochen hatten im Zusammenhang mit der Gefährdung der Jugendlichen. Dazu möchte ich sagen, daß keiner daran denkt, die Rauschgifte frei passieren und die Jugend in diesen Zustand hineintrudeln zu lassen. Mein Gedanke war dabei, nicht ein kleines Kapitel, nämlich Marihuana, was Sie damals ansprachen, herauszunehmen, sondern die Rauschgiftfrage als Gesamtheit zu betrachten und auch die Gefährdung durch den Alkohol mit einzubeziehen.

Daß diese Verfolgung der Frage und die ganze Behandlung der Rauschgiftsucht nun nicht aus der linken Tasche ganz so oberflächlich gemacht werden kann, sondern einer ganz gründlichen Vorbereitung bedarf, ist klar. Denn wer sich einmal mit diesem Problem befaßt hat, weiß, wie schwierig es ist, an die Jugendlichen heranzukommen, wie gefährlich es ist, mit Übertreibungen gegenüber den Jugendlichen falsche Dinge zu behaupten, die meistens mehr Erfahrungen mit diesen Dingen haben als die Erwachsenen, die sich damit befassen sollen. Davor warne ich allerdings! Keiner von uns denkt daran, die Rauschgiftgefahren zu verringern oder zu verkleinern.

(Zuruf von der NPD: Haben Sie aber!)

Sie haben mich damals nicht recht verstanden, sonst würden Sie das jetzt nicht behaupten. Ich habe nur gesagt, von Marihuana allein seien noch keine Gesundheitsschäden beobachtet worden, mehr nicht! Was daraus entsteht, ist, daß es die Einstiegsdroge ist für größere Gefahren bis hin zum Heroin, zum Schießen, zum Morphium, das habe ich nie geleugnet. Mir schien damals die Behandlung dieser Rauschgiftfrage ein wenig zu laienhaft vorbereitet.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund bitte ich, diesen Anträgen nicht zu folgen, weil sie sich schon durch andere gesetzliche Maßnahmen erledigt haben. Jedenfalls spreche ich so im Namen der FDP. — Danke schön!

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrten Herren und Damen! Herr Schelter, ich glaube, Sie haben gar nicht richtig aufgepaßt, als ich hier meine Ausführungen gemacht habe. Und zwar einfach aus dem Grund, weil ich hier davon gesprochen habe, daß wir gern jetzt vorweg eine Aufklärungsschrift haben möchten, damit diese Maßnahme, die ab 1. 7. 71 auf Initiative der Ärzteschaft, — diese Geschichte läuft ja chon lange — durchgeführt werden soll, propagiert wird. Auch die Krankenkassen haben sich bereit erklärt, die Kosten dafür zu übernehmen. Das habe ich hier auch alles ausgeführt. Ihre Begründung, daß man in Bremen schon immer von irgendwelchen Institutionen hätte Gebrauch machen können, damit Kinder überprüft würden und so weiter, ist doch tatsächlich nur auf die Fälle zu beziehen, in denen die Krankheiten doch schon offensichtlich erkannt wurden. Was wir jetzt wollen, ist doch, vorher schon auf die Schäden hinzuweisen, um die Kinder vorsorglich untersuchen zu lassen, damit Schäden vermieden werden können.

Daß wir in Bremen einzelne Stationen beim Gesundheitsamt haben, ist uns völlig bekannt. Auch die Krebsvorsorgestelle, die dort ist, beziehungsweise Krebsberatungsstelle ist uns bekannt. Es wird nur leider nicht genügend Gebrauch davon gemacht. Das wissen Sie genau so gut wie ich. Diese ganzen Krebsvorsorgeuntersuchungen, wie sie jetzt von den Krankenkassen inszeniert werden, wären hinfällig, wenn sich die Frauen überhaupt frühzeitig genug zur Krebsuntersuchungsstelle begeben würden. Und genau umgedreht ist es heute bei unserem Antrag, daß manche Eltern einfach nicht erkennen, wenn ihre Kinder irgendein Leiden haben. Ich habe ja nicht umsonst dieses Beispiel mit dem sprachgeschädigten Kind gebracht, das erst durch seinen Hörfehler sprachgeschädigt war. Insofern kann ich Ihren Ausführungen nicht folgen. Daß Sie den An-

trag ablehnen würden, Gott, das überrascht uns nicht, das ist doch hier Gang der Dinge und sind wir gewohnt.

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern — Herr Stern hat mir Gott sei Dank eben eine Vorlage gegeben —: Wir haben am 21. November 1969 einen Antrag betreffend Schirmbildreihenuntersuchungen gestellt, und die Bemerkung auf den Antrag lautet: „Überwiesen an die Deputation für das Gesundheitswesen." Bisher haben wir noch nichts davon gehört oder gelesen, daß auf diesem Gebiet irgend etwas geschehen ist. Ob das inzwischen behandelt ist oder auf Eis gelegt worden ist, wir wissen es nicht.

(Abg. Stern [NPD]: Das ist vergessen worden, Frau Kruse!)

Herr Dr. Lienhoop, noch kurz zu Ihren Ausführungen — das gilt gleichzeitig auch für die Einstellung von Herrn Schelter — in bezug auf das Rauschgift. Wenn ich von der Aufklärungsschrift für die Kleinkinder schlechthin gesprochen habe, dann bin ich noch einmal als Beispiel auf die Aufklärungsschrift zurückgekommen, die wir seinerzeit bezüglich Rauschgift forderten, und seinerzeit war hier das Verständnis dafür nicht vorhanden. Hier war das Verständnis nicht vorhanden, wirklich aktiv zu werden in bezug auf die Rauschgiftgefahren. Das können wir heute nicht wegdiskutieren, nachdem wir alle wissen, wie groß die Gefahren geworden sind. Aber seinerzeit war hier überhaupt keine Bereitschaft, über diese Vorstellungen Überlegungen anzustellen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hăncke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es nicht so ernst wäre, wäre es fast ein Witz, was Herr Schelter hier in bezug auf die Bundesregierung sagte.

(Beifall bei der CDU)

So war es ja nicht, daß in der Vergangenheit von den Bundesregierungen überhaupt nichts getan worden ist, Herr Schelter, im Gegenteil! Die Initiative zu diesem Beschluß im Bundestag ist nämlich zum großen Teil auch diesmal von der CDU-Fraktion ausgegangen. Wenn Sie sich bitte noch einmal danach erkundigen wollen!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Wir werden aber die Anträge der NPD ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß aufgrund des verabschiedeten Bundesgesetzes erst einmal abgewartet werden soll, wie die Vorsorgemaßnahmen anlaufen werden. Frau Kruse, Sie haben uns nichts darüber gesagt, was Sie bisher von der Ärztekammer erfahren konnten, wie die Herren dort darüber denken. Ich meine, gerade auf diesem Sektor wäre es wichtig zu wissen, was die freipraktizierende Ärzteschaft dazu sagt, denn die freipraktizierenden Ärzte werden ja zum Großteil diese Maßnahmen durchzuführen haben.

Wir meinen, daß es im Moment nicht richtig ist, mit Aufklärungsschriften über diese Themen in die Öffentlichkeit zu gehen. Man sollte erst abwarten, wie diese Aktion aufgrund des verabschiedeten Bundesgesetzes anläuft. Wir lehnen die Anträge ab.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat Herr Senator Jantzen.

**Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Hänecke, darf ich etwas nachhelfen: Auf dem CDU-Bundesparteitag im Jahr 1957 in Kiel hat Herr Gerstenmaier festgestellt, die Grenzen des sozialen Rechtsstaats sind als erreicht zu betrachten. Das war die Initiative! Darüber hinaus wurde dann unter dem neuen Minister für Arbeit und Sozialordnung Katzer die Rezeptgebühr eingeführt, es wurde festgestellt und diskutiert die Frage der Kostenbeteiligung.

Nun finden wir, daß durch die Änderung des § 181 Absatz a) endlich unter der neuen Bundesregierung Wirklichkeit wird, und das ist ja wohl nicht zu bestreiten, in dem es heißt: Versicherte haben zur Sicherung der Gesundheit Anspruch auf folgende Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten: Absatz 1: Kinder bis zur Vollendung des vierten Lebensjahres auf Untersuchung zur Früherkennung von Krankheiten, die eine normale körperliche oder geistige Entwicklung des Kindes im besonderen Maß gefährden.

Ich brauche die Ziffern zwei und drei wohl nicht vorzulesen. Daß bei Herrn Katzer Vorstellungen vorhanden waren, ist unbestritten. Daß auch die Reichsversicherungsordnung im Ministerium für Arbeits- und Sozialordnung einer Reform unterzogen worden ist, die allerdings über das Stadium eines Referentenentwurfs nicht hinausgekommen ist — —

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Das braucht eben alles seine Zeit, bei Ihnen geht auch nicht alles so schnell!)

Aber entscheidende Maßnahmen sind viel schneller getroffen worden.

(Abg. Koschek [CDU]: Die Preise steigen bei Ihnen ja auch schneller!)

Ich kannn mir vorstellen, daß es Ihnen nicht paßt, aber wenn von Ihren Kollegen aus der Fraktion — — Bitte, Herr Koschek?

(Abg. Koschek [CDU]: Die Preise steigen ja bei Ihnen auch schneller! — Glocke)

Ich weiß nicht, was Gesundheitspolitik mit Preis-

politik zu tun hat. Ich kann mir allerdings vorstellen — —

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Abgeordneter Koschek, wenn Sie Fragen zu stellen haben, dann bedienen Sie sich bitte des Mikrophons.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Bravo!)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie längere Zwischenrufe in Satzform unterlassen würden!

**Senator Jantzen:** Ich bin dem Abgeordneten Koschek dankbar für den Zwischenruf! Es gibt sicherlich einige, die aufgrund der Kostenentwicklung der vorangegangenen Jahre mehr als krank geworden sind.

(Abg. Klein [CDU]: Denken Sie einmal an die Mitbestimmung!)

O ja, Herr Klein, darüber möchte ich gern mit Ihnen streiten. Nachdem ich erfahren habe, was gegen ihn in den vorbereitenden Gesprächen für die Vorbereitung des Programmparteitags im Gange ist, tut mir Ihr Parteifreund Katzer mit seinen progressiven Vorstellungen heute schon leid, in der Öffentlichkeit glauwürdig zu machen, was er dort erklärt hat, durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Aber was solls!

Frau Kruse, ich darf auf folgendes hinweisen: Ausstellung „Start ins Leben" als Aufklärungsmaßnahme; „Krebs, eine Geißel der Menschheit"; die Broschüre „Die Ernährung des Säuglings"; Verteilung der Broschüre „Traumstudio 15"; Verteilung der Broschüre „Die Ernährung älterer Menschen"; Verteilung der Broschüre „Länger leben durch Diät"; Plakate über die Frage „Gefahren durch Rauchen"; Plakatwerbung für Ausstellungen; Telefondienst; ich glaube, daß gerade auf dem Gebiet der Vorbereitung dessen, was ab 1. 7. 1971 als Regelleistung durch die Krankenkassen jetzt vor uns steht, gerade in Bremen für diesen Teil mehr getan worden ist, als vergleichbar in anderen Bundesländern.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß ja nicht erst diese Fälle erkannt werden, wenn sie zur Beratungsstelle gehen — wir haben in Bremen 67 Beratungsstellen —, auch der schulärztliche Dienst, und auch die Eltern bei nichtschulpflichtigen Kindern gehen doch zum Arzt mit ihren Kindern, und nun darf ich auch hier einmal für die niedergelassenen Ärzte feststellen: Wenn da ein Kind mit Schnupfen oder anderen kurzfristigen Krankheiten kommt, dann ist es doch nicht etwa so, daß der niedergelassene Arzt nicht nur das untersucht und diagnostiziert, sondern doch die Kleinkinder noch anderweitig untersucht, um die Eltern auf eventuell noch sonst vorhandene Gefahren aufmerksam machen zu können. Man soll doch hier nicht so tun, als ob die Eltern erst durch Broschüren aufgeklärt werden müssen über das, was sie zu tun haben oder nicht.

(Abg. Meurer [CDU]: Das sind eure Methoden! — Abg. Fichtner [NPD]: Aber wenn die Kinder nun keinen Schnupfen haben!)

Meine Damen und Herren, es sei mir vergönnt, auf diesen Zwischenruf nicht eingehen zu müssen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß auf dem Gebiet Gesundheitsvorsorge in Bremen einiges und mehr getan worden ist, als vergleichsweise in anderen Städten und in anderen Ländern. Deshalb meine ich, sollten solche Anträge wie der Antrag 430 und der Antrag 431 nicht gestellt werden, Frau Kruse. Im Antrag 430 haben Sie den Antrag gestellt, wir sollen eine Lücke schließen. Diese Lücke wird durch Änderung des § 181 a der RVO geschlossen.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Herr Senator, der Abgeordnete Fichtner möchte eine Frage an Sie stellen, sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

**Senator Jantzen:** Ja, Herr Präsident!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Eine ernsthafte und zugleich laienhafte Frage, Herr Senator: Können Sie mir erklären, in welcher Form die Lücke zwischen dem vierten Lebensjahr und dem schulpflichtigen Alter in der unterstützenden Gesundheitsfürsorge oder Gesundheitsmaßnahmen geschlossen wird, oder wird sie überhaupt nicht geschlossen?

**Senator Jantzen:** Sie wird geschlossen durch die Änderung des § 181 a der RVO bis zum vierten Lebensjahr. Darüber hinaus besteht ja eine gesetzliche Regelung. Eben durch das bereits bestehende Gesetz ist diese Möglichkeit der Behandlung gegeben. Was jetzt in § 181 a geregelt werden soll, ist genau die Lücke, die nach dem bisher geltenden Recht der RVO vorhanden war, nämlich in dem Lebensalter bis zum vierten Lebensjahr. Die ist jetzt durch die Neuregelung des § 181 a RVO geschlossen.

(Beifall bei SPD und FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Stöhnen Sie nicht, es dauert nicht lange, aber ich muß mindestens Frau Hänecke auf ihre direkte Frage antworten!

Frau Hänecke, wir haben uns mit dem Präsidenten der Ärztekammer in Verbindung gesetzt, und zwar wegen der Auffasung, die wir in dieser Frage vertreten. Der Präsident der Ärztekammer begrüßte es, daß dieses Thema hier in diesem Haus einmal zur Sprache kommt. Sollten im Juli diese Maßnahmen anlaufen, könnte vielleicht schon jetzt durch die

Initiative des Landes etwas in die Wege geleitet werden.

In bezug auf die Ärzteschaft ist natürlich ein Engpaß vorhanden, aber der Präsident meinte, daß dann, wenn sich auch die Ärzteschaft dieses Themas annehmen würde, genügend praktische Kinderärzte und vielleicht auch die Fachärzte, die von Fall zu Fall hinzugezogen werden, sich dieser Aufgabe nicht verschließen würden. Aus dem Ärzteblatt geht im übrigen deutlich hervor, daß, wie unter Punkt 4 aufgeführt, genügend Ärzte und Einrichtungen vorhanden sein müßten, um die aufgefundenen Verdachtsfälle eingehend zu diagnostizieren und zu behandeln. Das ist auch bei der Abhandlung über die vorbeugende Maßnahme mit aufgeführt. Ich denke, damit ist Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlosen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Nummer 430 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Dafür NPD)

Wer dem Antrag Nummer 431 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Dafür NPD)

**Antrag: Zweites Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (Kindergartengesetz) (Drucksachenabteilung II Nr. 432) 1. Lesung**

Der hier vorliegende Antrag ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten bereits gedruckt vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich auf eine Verlesung verzichte.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung: Wenn ich vorher gewußt hätte, daß Frau Bürgermeister Mevissen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, hätte ich meiner Fraktion empfohlen, die Aussetzung dieses Tagesordnungspunktes zu beantragen.

(Zurufe von der FDP — Abg. Eilers [SPD]: Beantragen Sie die Überweisung!)

Ich habe heute morgen vor Beginn des Landtags mit Frau Bürgermeister Mevissen darüber gesprochen. Sie hat mir gesagt, daß sie keine Bedenken hätte, wenn wir diesen Gesetzentwurf hier heute behandeln würden, weil ihre politischen Freunde mit einem Vorschlag in die Debatte eingreifen würden, der es ermöglicht, über den Gesetzentwurf die notwendige Sachdebatte in der zuständigen Deputation zu führen. Aber dennoch werden Sie es mir nicht übelnehmen. — es war für mich eine Frage der politischen Fairneß —, diesen Vorschlag heute morgen gemacht zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung des von der CDU-Fraktion vorgelegten Gesetzentwurfs wäre Bremen nach Rheinland-Pfalz das zweite Land der Bundesrepublik, das auf dem Wege der vorschulischen Erziehung die entsprechende gesetzliche Initiative ergriffen hätte, und ich meine, wir würden damit einen wichtigen Schritt nach vorn tun. Ich bin mir klar darüber, daß dieses Gesetz allein das Defizit im Platzangebot nicht beseitigen und alle damit zusammenhängenden Reformbestrebungen nicht erfüllen wird, aber ein Gesetz verpflichtet Parlament und Verwaltung in stärkerem Maße zum Handeln als jede noch so gutgemeinte Willenserklärung und jedes noch so umfangreiche Sonderprogramm.

Ein kurzes Wort zur Definition: Wir unterscheiden zwischen der sogenannten Kinderkrippe für die Kinder bis zu drei Jahren, dem Kindergarten für die drei- bis sechsjährigen Kinder und dem Kinderhort, der schulpflichtige Kinder betreut. In der Regel finden wir den Kindergarten und den Kinderhort in der sogenannten Kindertagesstätte vereinigt.

Unser Gesetzentwurf beschränkt sich auf den Kindergarten, also auf die Altersgruppe der drei- bis sechsjährigen Kinder. In dem Gesetzentwurf ist jedoch ausdrücklich die Rede vom dritten Lebensjahr bis zum Beginn der Schulpflicht, weil die Frage der Vorverlegung der Schulpflicht vom sechsten auf das fünfte Lebensjahr im Augenblick, wie Sie wissen, zur Debatte steht.

Nach den Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates und der Bundesregierung — Sie finden das im sogenannten „Bildungsbericht 70" — wird angestrebt, daß der Elementarbereich unseres Bildungswesens, wie man die Kindergartenstufe heute im allgemeinen bezeichnet, so ausgebaut werden soll, daß alle drei- bis vierjährigen Kinder, deren Eltern es wünschen, künftig den Kindergarten besuchen können. Bis zur Schaffung der Eingangsstufe im sogenannten Primarbereich, also der Schule — der Bildungsrat rechnet mit etwa zehn Jahren — soll der Kindergarten sogenannte Förderkurse für die Fünf- bis Sechsjährigen einrichten. Dabei denkt man an eine Zusammenarbeit von Sozialpädagogen und Lehrern.

In Bremen haben wir nach meinen Informationen zur Zeit für 4,4 Kinder im Alter von drei bis sechs

Jahren einen Kindergartenplatz. Mit Hilfe des von uns gemeinsam getragenen Sonderprogramms hoffen wir bis 1972 dieses Verhältnis von 4,4:1 auf 3,6:1 verbessern zu können. In einer Vorlage der Verwaltung wird das Nahziel so bezeichnet: Für 2,5 Kinder einen Kindergartenplatz. Das würde bedeuten, daß wir nach Vollendung des Sonderprogramms, das noch bis Ende dieser Legislaturperiode läuft, 3 000 neue Kindergartenplätze schaffen müßten für über 20 Millionen DM.

Nach den Vorstellungen des Bildungsrates soll die Angebotsquote bis 1975 wie folgt aussehen: Ein Platz für 1,5 Kinder, wobei der Bildungsrat davon ausgeht, daß für die Drei- bis Vierjährigen ein Angebot von 50 Prozent vorhanden sein soll, und die Fünf- bis Sechsjährigen ein Angebot von 100 Prozent.

Für Bremen würde das bedeuten, daß wir weitere 7 800 Plätze schaffen müßten für rund 60 Millionen DM nach den heutigen Kostenvorstellungen. Dazu kämen dann die Betriebs- und Personalkosten, die ja bekanntlich auch von Jahr zu Jahr, und das ist logisch, steigen.

Meine Damen und Herren, spätestens an dieser Stelle müßte jedem Einsichtigen klar werden, daß die Länder und Gemeinden allein nicht in der Lage sein werden, das gesteckte Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen. Meine politischen Freunde sind deshalb der Meinung, daß wir — und das haben wir wiederholt hier erklärt — auf die Mitarbeit und auf die finanzielle Beteiligung der freien Träger der Jugendhilfe angewiesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Ganz besonders auch deswegen, weil wir in allen Stufen unseres Bildungssystems einen sehr großen Nachholbedarf vor uns haben, der nur nach und nach abgebaut werden kannn.

Dazu stellt die Bundesregierung in dem „Bildungsbericht 70" fest, die Planung der Kindergärten müsse gemeinsam mit den Trägern und der Öffentlichkeit erfolgen. Diese Aussage können wir nur unterstreichen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu der sogenannten Elterninitiative. Sie haben der Presse entnehmen können, daß die Deputation für Jugendwohlfahrt in der letzten Woche grundsätzlich ja gesagt hat zu der Förderung dieser Initiativen, die dazu geführt haben, daß Eltern sich zusammengeschlossen haben, um für ihre Kinder irgendwo in gemieteten Wohnräumen unserer Stadt einen Kindergarten einzurichten auf ganz privater, ganz freier Basis. Diese Initiativen kann man im Interesse unserer Kinder nur begrüßen und als lobenswert bezeichnen. Und ich meine, es ist die Pflicht der öffentlichen Hand, hier auch finanzielle Hilfen anzubieten, zumal ja auch die Eltern dieser Kinder zu den Steuerzahlern zählen und nach meiner Meinung nicht schlechter gestellt werden sollen als die Eltern, die das Glück haben, ihre Kinder in einer öffentlichen oder von einem freien Träger unterhaltenen Einrichtung unterzubringen.

Dabei spielt nach Meinung der CDU-Fraktion die Frage der pädogogischen Zielsetzung, die in diesen Gruppen sehr unterschiedlich ist, teilweise auch sehr extrem sein kann, keine Rolle. Die CDU hat sich schon immer zum Elternrecht bekannt, und ich tue das auch in diesem Fall.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Wort zu den Elternbeiträgen. Wir werden mit Sicherheit angesichts der großen Summen, die wir aufzubringen haben, um im Bildungsbereich unsere Ziele zu verwirklichen, in absehbarer Zeit auf die Elternbeiträge für den Kindergartenbesuch nicht verzichten können, obwohl auch die CDU der Meinung ist, daß der kostenlose Kindergartenbesuch aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen das Fernziel bleiben muß. Wir möchten hier nur mit aller Deutlichkeit erklären, daß wir ein solches Versprechen erst dann für sinnvoll und vertretbar halten, wenn es auch erfüllbar ist.

Ein Beitrag von durchschnittlich 25 Prozent zu den Personalkosten im Kindergarten halten wir jedenfalls für angemessen und vertretbar. Nach einer dpa-Meldung müßten die Länder und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland zum heutigen Zeitpunkt ihre Zuschüsse von 70 auf 500 Millionen DM erhöhen, um einen kostenlosen Kindergartenbesuch zu ermöglichen. Ich glaube, auch diese Zahl macht deutlich, daß wir auf die Elternbeiträge in absehbarer Zeit nicht werden verzichten können.

Als Grundlage unseres Gesetzentwurfs dient das am 15. 7. 1970 in Rheiland-Pfalz in Kraft getretene Kindergartengesetz, das wir teils im Wortlaut übernommen, teilweise abgeändert und neu formuliert haben. Wir folgen damit auch einer Empfehlung des Bildungsrates, denn im „Bildungsbericht 70" heißt es, die gesetzlichen und organisatorischen Vorbereitungen für den Ausbau des Elementarbereichs sollten in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik übereinstimmend und mit Vorrang geschaffen werden. Meine Fraktion ist bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Die Schwerpunkte unseres Entwurfs sehe ich in folgenden drei Punkten: Einmal in der Definition dessen, was wir heute — und ich glaube, sagen zu dürfen, allgemein durch alle Parteien und Fraktionen hindurch — unter einem Kindergarten, vor allen Dingen auch unter den Aufgaben eines Kindergartens verstehen. Zweitens in der Festlegung der Rolle des Jugendamtes bei der Planung und bei der Vorbereitung entsprechend den Vorschriften des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Ich glaube, es ist gut, daß auch hier eine Erläuterung mit einem bremischen Ausführungsgesetz erfolgt. Und drittens in der Regelung bezüglich der Förderung der freien Träger der Jugendhilfe. Sie finden dazu in dem Gesetzentwurf den Vorschlag, daß die Investitionskosten-

zuschüsse und die Personalkostenzuschüsse jeweils 50 Prozent betragen sollen.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß wir, wenn wir auf die Hilfe dieser Träger angewiesen sind — und ich glaube, das ist sehr deutlich geworden nach den bisherigen Ausführungen —, den freien Trägern einerseits gewisse Garantien anbieten müssen, die das Risiko für die Unterhaltung solch einer Einrichtung oder mehrerer solcher Einrichtungen für den Träger mildern, andererseits aber auch ein Angebot machen sollten, das weitere Initiativen auslöst auf seiten dieser freien Träger.

In den Paragraphen 1, 2 und 3 haben wir den Begriff, die Aufgabe des Kindergartens und die Verbindung zur Elternschaft umschrieben. Dazu ist sicherlich hier jetzt nichts anzumerken, denn wenn ich an die Debatten denke, die wir im Rahmen von Aussprachen über das Bildungswesen in den hinter uns liegenden Monaten hier geführt haben, dann darf ich davon ausgehen, daß eine weitgehende Übereinstimmung vorliegt.

In den Paragrahen 4, 5 und 6 wird die Verantwortung des Jugendamtes geregelt, das ja nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz verpflichtet ist, die erforderlichen Einrichtungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen. Über die Empfehlungen des Jugendamtes müssen dann in Bremen und Bremerhaven die entsprechenden Beschlußgremien befinden: die zuständige Deputation beziehungsweise der zuständige Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung.

Darüber hinaus wird in § 6 geregelt, welche Voraussetzungen an die freien Träger gestellt werden müssen, wobei wir hier eine Formulierung aufgenommen haben, die vielleicht überflüssig ist, weil in Bremen seit Jahr und Tag danach verfahren wird. Wir meinen aber, daß es gut ist, auch vom Gesetzgeber her noch einmal eine deutliche Aussage zu treffen, nämlich mit dem Zwischensatz in § 6 Absatz 2, daß die Träger Einrichtungen schaffen müssen, die jedermann unabhängig von seiner religiösen und weltanschaulichen Einstellung zugänglich sind. Ich sagte schon, es wird in Bremen seit Jahr und Tag so verfahren. Aber es kann nicht schaden, wenn auch der Gesetzgeber, die Bremische Bürgerschaft, dieses Verlangen einmal deutlich zum Ausdruck bringt.

Die Paragraphen 7, 8 und 9 regeln die Finanzierung. Es gibt in der Bundesrepublik bei den Investitionskostenzuschüssen eine Spanne von 20 bis 80 Prozent. Die von uns vorgeschlagenen 50 Prozent scheinen mir ein guter Mittelweg zu sein, der allen Seiten gerecht wird.

Ich darf an dieser Stelle noch einmal daran erinnern — wenn diese Feststellung damals auch zu einer heftigen Kontroverse geführt hat —, daß wir nach unserem Vorschlag mit einer fünfzigprozentigen Beteiligung für eine Einrichtung eines freien Trägers unsere Programme oder unsere Zielsetzung ausrichten, immerhin mit den gleichen öffentlichen Mitteln für eine kommunale Einrichtung zwei freie Einrichtungen schaffen können.

Im übrigen, meine Damen und Herren, braucht keiner zu befürchten, daß künftig die Träger der freier Jugendhilfe diese Aufgabe restlos an sich ziehen. Ich glaube, Ihnen allen ist bekannt, daß auch bei den freien Trägern durchaus Grenzen gesetzt sind, die ja auch noch ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben. Wir können froh sein, wenn wir hier und da weitere Initiativen wecken.

Es ist sehr aufschlußreich, einmal einen Blick in unsere Nachbarschaft zu werfen. Ich will hier ein Beispiel herausgreifen: In Holland, wo seit eh und je selbstverständlich ist und gar nicht darüber diskutiert wird, daß die freien Träger im wesentlichen die Aufgaben der Sozialarbeit wahrnehmen, haben wir heute ein Platzangebot von 82 Prozent. In der Bundesrepublik liegen wir im Durchschnitt bei 30 Prozent. Da sieht man die Sache auch nicht so grundsätzlich. Die ganzen Debatten, die wir hier geführt haben, kommen uns Deutschen ja sehr entgegen, weil wir immer so gern ins Grundsätzliche gehen. Dort wird also viel praktischer, viel pragmatischer gedacht.

(Abg. U h d e [SPD]: Keine Kritik an Herrn Klein!)

Es dürfte auch nicht uninteressant sein, festzustellen, daß die meisten pädagogischen Versuche — das war früher so und ist zum Teil auch heute wieder so — von freien Trägern vorangetrieben worden sind. Ich bin der Meinung, daß selbst extreme Versuche immer noch einen Extrakt erbracht haben, der die Pädagogik positiv beeinflußt hat.

In § 10 unseres Gesetzentwurfs haben wir den Betriebskindergarten angesprochen. Den finden Sie in dem Gesetz von Rheinland-Pfalz, das inzwischen die CDU-Fraktionen der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen übernommen haben, nicht. Was hat uns dazu bewogen? Sie alle haben in diesen Tagen von der Frauengruppe des Deutschen Beamtenbundes den Wunsch zur Kenntnis nehmen können, einen Kindergarten für die im Zentrum beschäftigten Beamtinnen einzurichten.

Meine Damen und Herren, solange wir einen so großen Nachholbedarf haben — und ich glaube, Ihnen allen sind die langen Wartelisten in den Kindergärten bekannt —, solange erfüllt auch der Betriebskindergarten eine Aufgabe. Er trägt mit dazu bei, wenigstens zum Teil eine Lücke zu schließen. Und sollten Sie keinen Gefallen daran finden, dann möchte ich Sie mit der Feststellung beruhigen, daß auch für die CDU der Betriebskindergarten keineswegs der Regelkindergarten ist. Nicht zuletzt deshalb haben wir in unserem Gesetzentwurf auch vorgeschlagen, Zuschüsse zu den Baukosten nicht zu gewähren.

Aber wennn wir einerseits bereit sind, Elterninitiativen zu fördern — wie ich das vorhin am Beschluß der Deputation deutlich gemacht habe —,

dann können wir uns den Wünschen dieser Bevölkerungskreise, meine ich, nicht verschließen. Über die Paragraphen 11 und 12 — Durchführungsbestimmungen, Inkrafttreten — will ich jetzt nichts sagen.

Diejenigen, die unseren Gesetzentwurf mit dem entsprechenden Gesetz aus Rheinland-Pfalz verglichen haben — und ich könnte mir vorstellen, daß das geschehen ist —, werden bemerkt haben, daß die Modelleinrichtung in unserem Gesetzentwurf nicht vorkommt. Das bedeutet nicht, daß die CDU-Fraktion dieses Hauses gegen Modelleinrichtungen im Bereich der vorschulischen Erziehung ist. Wir meinen nur, daß das Gesetz in seiner jetzigen Formulierung Modelleinrichtungen durchaus zuläßt, auch hinsichtlich einer höheren Bezuschussung. Sollte die Mehrheit dieses Hauses eine andere Vorstellung haben, so sind wir sicher bereit, hierzu einen Ergänzungsvorschlag aufzunehmen.

Ich bin mir sehr wohl über die Personalsituation im klaren. Als langjähriges Mitglied der Deputation für Jugendwohlfahrt weiß ich um diese Schwierigkeit gerade in den Kindergärten. Ich halte es deshalb für erforderlich, auch heute bei der Begründung eines solchen Gesetzentwurfs ein kurzes Wort dazu zu sagen. Alle Anstrengungen, die der öffentlichen Hand und die der freien Träger, zum Ausbau unserer Kindergärten und zur Verringerung des Defizits im Platzangebot werden sinnlos sein, wenn es uns nicht gelingt, das Personalproblem parallel zu lösen. Es ist ein bedauerlicher Tatbestand, daß wir zwar ausbildungswillige Menschen in großer Zahl haben, unsere Ausbildungsstätten aber nicht in der Lage sind — aus räumlichen oder vorwiegend personellen Gründen, wie es hier in Bremen der Fall ist —, diese jungen Menschen aufzunehmen, obwohl der Bedarf von Jahr zu Jahr steigt.

Ich appelliere deshalb an den Bildungssenator, in Zusammenarbeit mit dem Senator für Wohlfahrt und Jugend konkrete Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie dieses Problem in Zukunft gelöst werden soll.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ströh zu beantworten?

Abg. **Ehlers** (CDU): Ja!

**Vizepräsident Dr. Zander:** Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Ehlers, Sie haben den Senat aufgefordert, entsprechende Lösungen zu untersuchen. Kann ich vielleicht einmal fragen, ob Sie geeignete Lösungsvorschläge zumindestens in der Tasche haben?

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Kollege Ströh, es ist ja in erster Linie eine Frage der Prioritäten. Und wenn ich das richtig sehe, ist dafür die Regierung und nicht die Opposition verantwortlich!

(Abg. K l e i n [CDU]: Natürlich! — Beifall bei der CDU)

Und das sind Sie zur Zeit!

(Abg. S t r ö h [SPD]: Da machen Sie es sich aber einfach!)

Ich glaube, daß ich sehr deutlich zu verstehen gegeben habe, daß das ein Problem ist. Und vielleicht kann ich Sie beruhigen, wenn ich sage, daß hier noch gar nicht einmal für jede Schwierigkeit in diesem Bereich die Politik ganz allgemein verantwortlich gemacht werden kann. Es ist ja eine schwierige Sache, wenn Leute sich nicht für diese Berufe entscheiden. Ich meine jetzt die Lehrkräfte an der Sozialakademie in Bremen. Die können Sie manchmal mit der besten Politik nicht herzaubern. Aber der Appell eines Abgeordneten der Opposition an die Regierung, sich zu überlegen, wie man mit diesem Problem künftig fertig werden will, muß ja wohl gestattet sein.

(Beifall bei der CDU — Abg. S t r ö h [SPD]: Das habe ich aber nicht bestritten!)

Meine Damen und Herren, um die Bedeutung dieses Kindergartengesetzentwurfs abschließend zu unterstreichen, möchte ich darauf hinweisen, daß der amerikanische Psychologe Benjamin Bloom folgendes festgestellt hat: Im Verhältnis der Intelligenz, die man im Alter von 17 Jahren mißt, entwickelt das Individuum von der Empfängnis bis zum vierten Lebensjahr 50 Prozent seiner Intelligenz, vom vierten bis zum achten Lebensjahr weitere 30 Prozent, vom achten bis zum 17. Lebensjahr die restlichen 20 Prozent der Intelligenz. Wie gesagt, gemessen bis zum 17. Lebensjahr. Zum Verhältnis von Erblichkeits- und Umgebungseinfluß folgert Bloom, daß ein bestimmter Anteil der Umgebung zugeschrieben werden muß. Aus diesen eben genannten Prozentsätzen wird aber sehr deutlich, daß der Spielraum der Beeinflußbarkeit in den ersten vier bis sechs Lebensjahren am größten ist. Es ist also die Aufgabe einer zeitgerechten Vorschulerziehung, durch eine gezielte Verbesserung der Lern- und Entwicklungsfähigkeit und durch den Ausgleich von Lerndefiziten kulturell und sozial benachteiligter Kinder hier aufzuholen, was aufzuholen ist.

Nach vielen positiven Äußerungen, die über die Vorschulerziehung von allen Parteien in den letzten Jahren und Monaten abgegeben worden sind, kann ich mir eigentlich nicht recht vorstellen, daß es auch nur einen einzigen Abgeordneten dieses Hauses gibt, der unerem Gesetzentwurf seine Zustimmung versagen wird.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden mir hoffentlich verzeihen, wenn ich nicht auf Paragraph für Paragraph dieses Entwurfs eingehen werde wie mein sehr verehrter Herr Kollege Ehlers, sondern wenn ich auf einige wenige Grundsatzfragen eingehe.

(Abg. Klein [CDU]: Hauptsache, Sie haben sie gelesen!)

Ich habe nicht ganz das Gefühl, wenn man mit Eltern spricht, deren Kinder heute im Kindergarten sind oder deren Kinder demnächst in den Kindergarten hineinkommen werden, daß es ihr Anliegen ist, von der Bürgerschaft ein Gesetz beschert zu bekommen, sondern ihr Anliegen ist es, daß sie ein ausreichendes Platzangebot zur Verfügung gestellt bekommen, damit ihre Kinder einen solchen Platz auch erhalten können.

(Abg. Fischer [CDU]: Dazu soll das Gesetz ja verhelfen!)

Das ist das Problem, worum es geht, und nicht die Frage der Konzipierung eines Gesetzes.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Dann brauchen Sie ja überhaupt keine Gesetze!)

Herr Dr. Sieling, wir kommen schon noch!

Wenn wir diese Frage untersuchen, und mein Kollege Ehlers hat es ja in einigen Schwerpunkten deutlich getan, müssen wir doch folgendes ganz nüchtern feststellen:

Zu Beginn dieser Legislaturperiode — sprich September 1967, wenn ich das als Stichtag einmal nehmen darf — haben wir für 5,5 Kinder in Bremen einen Platz in Kindergärten zur Verfügung gehabt. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir auch im Rahmen dieses Sonderprogramms, das von diesem Parlament beschlossen worden ist, für 3,6 Kinder einen Platz zur Verfügung haben. Das heißt, dieses Parlament wird am Ende der Legislaturperiode darauf hinweisen können, in diesem Bereich so viel getan zu haben, wie nie in einer Legislaturperiode zuvor. Das ist erst einmal ein Faktum.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist aber sehr relativ, was Sie sagen!)

Nein, das ist absolut! Herr Klein, Sie mögen ja von vielem Bescheid wissen, davon haben Sie wahrscheinlich keine Ahnung.

(Abg. Ströh [SPD]: Herr Klein hat von allem eine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, aber dessen ungeachtet, wenn wir die Frage untersuchen, ob dieses Parlament, Herr Dr. Sieling, ein solches Gesetz konzipieren und verabschieden soll, dannn sage ich nicht von vornherein nein, absolut nicht. Nur, dann müssen wir meines Erachtens eine Reihe mehr Fragen geregelt haben, als es in diesem Entwurf geschehen ist.

Meine Damen und Herren, wenn es sich um eine gesetzliche Regelung handelt, müssen wir zum Beispiel andere Fragen sehr deutlich untersuchen, nicht nur die Frage, wieviele Plätze von wem und in welchem Umfang gebaut werden, sondern dann müssen wir auch die Frage stellen, welchen Inhalt diese Bildungseinrichtungen besonderer Art bekommen sollen. Daher, Herr Kollege Ehlers, muß ich Ihnen sagen, es tut mir furchtbar leid, das, was Sie in dem Entwurf in § 2 zu der Frage der Aufgaben des Kindergartens gesagt haben, erscheint mir doch reichlich wenig zu sein, um die Fragen des Inhalts, den wir den Kindergärten geben wollen, deutlich auszudrücken.

Ich will auf die Einzelheiten nicht weiter eingehen, ich habe Ihnen versprochen, nicht die einzelnen Paragraphen durchzugehen, sondern mich kurz zu fassen. Ich will aber noch auf einen zweiten, und wie ich meine, sehr gefährlichen Punkt eingehen, auf den von Ihnen in Ihrem Entwurf in § 10 festgelegten Begriff Betriebskindergärten. Wir, das heißt meine politischen Freunde und ich — ich darf das auch für die Freunde der FDP-Fraktion sagen — haben absolut nichts gegen Betriebskindergärten, wenn sie entsprechend ausgerüstet sind, zumindest solange nicht, wie wir nicht von der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den freien Trägern in der Lage sind, ein ausreichendes Platzangebot zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Jackisch [CDU]: Lesen Sie den Paragraphen 10 doch einmal genau durch!)

Aber, meine Damen und Herren, auf dem Umweg, wie es hier in § 10 geschieht, die finanzielle Förderung dieser Betriebskindergärten aus der öffentlichen Hand einzuführen, dagegen haben wir allerdings eine ganze Menge zu sagen.

Es hat jetzt keinen Zweck, die Fragen bis zum letzten durchdiskutieren zu wollen. Ich wollte sie nur anreißen. Es sind eine Reihe von Punkten, die noch einer weiteren und gründlichen Überlegung bedürfen. Aus diesem Grund darf ich für die SPD-Fraktion den Antrag stellen, die erste Lesung zu unterbrechen und dieses Gesetz an die Deputation für Jugendwohlfahrt zur weiteren Beratung zu überweisen. Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Einverstanden!)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD) *): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die NPD unterstützt jegliche Maßnahme, die durch die Initiative freier Träger der Wohlfahrtspflege entsteht.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

und durchführbar ist. Erfahrungsgemäß wird nicht nur die Mitbestimmung, sondern auch die Mitverantwortung im Gelingen des Objekts übernommen und damit an die Bevölkerungsgruppen delegiert, die letzten Endes diese Kosten durch ihre Steuern für soziale Maßnahmen schlechthin aufbringen müssen. Wir halten den Weg über die freien Träger zur Einrichtung von Kindergärten bevorzugt ausbaufähig, wenn alle Voraussetzungen zur Schaffung eines Kindergartens erfüllt sind. Damit würde nicht nur die Kommune entlastet, sondern allen Bestrebungen, den Staat für alles verantwortlich sorgen zu lassen, entgegengewirkt. Die gefährliche Entwicklung, einen Staat im Staat zu schaffen, wenn alles nur durch die Behörden gelenkt und verantwortet wird, zeichnet sich in manchen Bereichen leider schon deutlich ab.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Frau Kruse, es wird mir berichtet, daß Sie vorlesen.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Nicht vorlesen, ich habe mir Stichworte gemacht.

(Abg. John [FDP]: Man muß den Präsidenten vorher fragen, das so heimlich zu machen, geht nicht!)

Damit würde der Steuerzahler letzten Endes nur noch zum Arbeiter für die Kommune, und die Kommune wiederum würde dem Parteibuch gemäß ihre Angestellten einstellen und auch ideologisch ausrichten.

In dem uns hier vorliegenden Antrag wird immer wieder auf die gezielte erzieherische Hilfe innerhalb des Kindergartens hingewiesen. In diesem Zusammenhang kommen wir auch noch einmal auf unseren Vorschlag zurück, den wir im vergangenen Jahr machten, den Besuch von Kindergärten freizustellen. Herr Ehlers sprach dieses Thema eben auch schon an und deutete an, daß dieses Ziel die CDU auch habe, daß bloß die Verwirklichung im Augenblick noch nicht möglich sei. Wir stehen jedoch auf dem Standpunkt, aus der Gleichheit der Bildungschancen her, solange wir Schulen und auch jetzt Universitäten von irgendwelchen Gebühren freistellen, sollte man die Gebühren für den Kindergarten auch freistellen.

Der Satz eins des Paragraphen 2 des Antrags — ich darf ihn vielleicht mit Ihrer Erlaubnis verlesen, Herr Präsident — heißt: „Der Kindergarten ergänzt und unterstützt die Erziehung des Kindes in der Familie". Dieser Satz wird von uns voll und ganz bejaht, wenn er auch im strikten Widerspruch zu der Auffassung der Gewerkschaft für Bildung und Erziehung steht.

(Abg. John [FDP]: Für Erziehung und Wissenschaft heißt diese Gewerkschaft!)

Ich erinnere mich an einen Vortrag beziehungsweise an eine Tagung im „Schütting", da wurde in einer Diskussion von dem Vertreter der Gewerkschaft festgestellt, es sei wünschenswert, Kinder ab dem zweiten Lebensjahr schon möglichst in den Kindergarten zu bringen, denn ab dem vierten Lebensjahr sei die Erziehung des Elternhauses auch schon spürbar, und es sei besser, diese nicht erst weit wirksam werden zu lassen.

Solchen Bestrebungen würde sich die NPD immer wieder aufs schärfste widersetzen, weil wir der Auffassung sind, daß die Erziehung im häuslichen Bereich immerhin noch die tragende Kraft für die Kinder ist.

Wir halten jedoch auch die vorschulische Erziehung für außergewöhnlich notwendig. In dem Antrag der CDU kam es nicht so zum Ausdruck. In Ihren Ausführungen, Herr Ehlers, haben sie es ergänzt durch Ihre Fördergruppen, die Sie dort schaffen wollten. Wir meinen, daß das vorschulpflichtige Alter beziehungsweise der Besuch der Vorschule ab dem fünften Jahr doch dringend sein sollte, um die Kinder zu erziehen, denn es werden nicht alle Kinder in den Kindergarten geschickt, um die Einordnung in die Gemeinschaft mit Gleichaltrigen zu fördern und damit die schöpferischen Kräfte im Kind zu wecken und auch die Sprachbarrieren, die zum Teil vorhanden sind, zu überbrücken.

Wir werden den Antrag der CDU unterstützen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bin dem Kollegen Ehlers sehr dankbar für die ausführliche sachliche Darstellung, mit der er uns diesen Antrag der CDU begründet hat. Ich darf seine letzten Worte in etwa wiederholen. Herr Ehlers sagte, daß keiner in diesem Hause das Gesetz eigentlich ablehnen könnte. Diese Formulierung, Herr Ehlers, war allerdings zu dezidiert. Das würde nämlich heißen, daß wir uns mit jedem Satz und mit jedem Paragraphen voll einverstanden erklären könnten, und das allerdings kann ich, zumindest heute, noch keinesfalls.

Wir haben in der Bundesrepublik — ich sagte es schon mal in einem anderen Kreise — das Kind wieder erfunden, wir kümmern uns darum. Sie, Herr Kollege Ehlers, und auch ich, wir haben uns lange Jahre vergeblich bemüht, entsprechende Dinge durchzusetzen. Ich freue mich, daß wir in dieser ruhigen und sachlichen Art über das Thema, das uns alle angeht, sprechen können.

Nun haben wir im ganzen Bundesgebiet bisher ein einziges Land, das ein Kindergartengesetz hat, das ist Rheinland-Pfalz. Wir haben in den Ländern Niedersachsen, Saarland und Hessen und auch in Baden-Württemberg Entwürfe, die nach dem Motto „Es lebe der Vorgang" meist voneinander abgeschrieben sind, und Sie, Herr Ehlers, waren ja so nett, ganz

offen zuzugeben, daß Sie manches übernommen und manches verbessert hätten.

Nicht gelungen ist es Ihnen zweifellos in der Formulierung des Betriebskindergartens. Nach der Formulierung, die Sie gefunden haben, drängt sich der Umkehrschluß auf, daß auch ein Betriebskindergarten bezuschußt werden muß.

Ich bin Ihnen aber für Ihre Bemerkung sehr dankbar, daß Sie und die CDU durchaus auf dem Standpunkt stehen, daß der Betriebskindergarten im Regelfall nicht wünschenswert ist, sondern nur eine vorübergehende Ausnahmeerscheinung sein dürfte. Dieses habe ich mir sehr erfreut gemerkt.

Und nun noch etwas Wasser in Ihren Wein, Kollege Ehlers! Sie sagten uns heute wiederum, daß wir mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, mehr, wenn nicht gar das Doppelte hätten erreichen können, wenn wir diese Mittel den freien Trägern zur Verfügung gestellt hätten. Habe ich sie so richtig verstanden?

Ich kann Ihnen da leider nicht folgen. Die Mittel, die dieses Haus zur Verfügung hat, und die Mittel, die die freien Träger zur Verfügung haben, werden doch nicht mehr, wenn ich die Gelder anders verteile. Die Gesamtmenge der Mittel bleibt doch die gleiche, es sei denn, Sie wollten mit Ihren Worten sagen: Wenn wir keine oder nur geringe Mittel den freien Trägern gegeben hätten, hätten diese freien Träger die ihrerseits zur Verfügung stehenden und in ihrem Haushalt eingeplanten Mittel für Kindergärten überhaupt nicht eingesetzt. Das hingegen möchte ich zumindest bei der bremischen evangelischen Kirche keineswegs unterstellt wissen.

Die Frage eines Gesetzentwurfs ist zwangsläufig immer verbunden mit der Frage: Was wird dieses eines Tages kosten? Dieses ist eine Frage, die keineswegs heute und hier schon endgültig besprochen werden kann. Es gibt eine zweite Frage: die des Personals, die auch von Ihnen schon angeschnitten worden ist, und wo Sie die herzliche Bitte an den Herrn Bildungssenator richteten. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir hierdurch nicht nur Kindergartenplätze schaffen, sondern uns zwingen, auch in der Ausbildung der dafür vorhandenen Fachkräfte mehr zu tun.

Ich will es nur noch einmal aufgreifen, um damit überzuleiten, daß auch ich der Meinung bin, wir sollten diesen Gesetzentwurf der CDU der zuständigen Deputation überweisen, damit wir all diese Dinge, die man heute hier nur anreißen kann, dort besprechen. Ich möchte meinerseits dem von Herrn Bugla gestellten Antrag auch für die Fraktion der Freien Demokraten beitreten.

Und nun noch eins zum Schluß! In Ihren Ausführungen, Herr Ehlers, und in dem ganzen Inhalt des Gesetzes kamen Sie auch auf die vorschulische Erziehung zu sprechen. Ich möchte, zumindest für meine Person, darum bitten, daß wir doch auch das Wort „frühkindliche Erziehung" hierbei erwähnen.

(Abg. Meurer [CDU]: Gut!

Verstehen Sie mich bitte so, das Wort „vorschulische Erziehung" zwingt schon in die Richtung der Schule hinein. Es wird häufig mißverstanden, es sei also so eine Art Vorschule. Ich meine, damit wir uns nicht mißverstehen, sollten wir — wenn Sie damit einverstanden wären, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar — an dessen Stelle das Wort „frühkindliche Erziehung" setzen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, war es, was ich für die Fraktion der FPD zu diesem Antrag aussagen wollte.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ganz kurz zu den Ausführungen von Herrn Ostendorff und Herrn Bugla!

Ich darf mit Herrn Ostendorff anfangen. Herr Ostendorff, das letzte, was Sie ausführten über die frühkindliche Erziehung, würde ich voll unterstreichen. Es ist ein Witz: Auf meinem Stichwortzettel, ich habe eben nachgesehen, steht „frühkindliche", und „vorschulische" habe ich gesagt. Aber man kann ja auch „beziehungsweise" dazwischensetzen. Darin sind wir uns also völlig einig.

Das Zahlenspiel war vorhin in der Tat so zu verstehen, wie Sie es am Schluß erläuterten, daß man nämlich Initiativen auslösen soll mit einem solchen Angebot. Sie sagten zwar, und sprachen einen Träger konkret an, dessen Namen ich jetzt hier gar nicht wiederholen will, es wären also mindestens auf d e r Seite entsprechende Initiativen vorhanden. Ich kann Ihnen aber mit Sicherheit eines sagen: Es ist ein Unterschied, ob ein Angebot von 30 Prozent aus Lottomitteln oder aufgrund eines Gesetzes ein Angebot von 50 Prozent aus ordentlichen Haushaltsmitteln gemacht wird, was dem freien Träger eine viel größere Sicherheit gibt und damit die Möglichkeit, sein Programm über das, was er im Augenblick vorhat, hinaus zu erweitern. Und darauf kommt es ja an. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Was die Frage angeht, ob man ein Gesetz von einem Land ins andere übernehmen kann oder nicht, dazu auch nur eine ganz kurze Anmerkung. Sie haben es ja nicht abfällig getan. Es ist in vielen Situationen des politischen Geschehens üblich, und ich glaube nicht, daß es das erste Mal ist, daß hier heute so etwas geschieht, aber es unterstreicht auch die Einigkeit der CDU im Bundesgebiet. Warum soll man ein gut formuliertes Gesetz mit den notwendigen Änderungen, die zwangsläufig erfolgen müssen, wenn man ein Gesetz aus einem Flächenstaat in einen Stadtstaat übertragen will, nicht übernehmen? Wenn wir es abgeschrieben hätten, dann hätten Sie uns den Vorwurf machen können, und zwar zu Recht, es sei unbrauchbar in vielen Punkten. Aber, Herr Ostendorff, ich habe das auch nicht als Vorwurf verstanden.

Dann meinte Herr Bugla, der Betriebskindergarten oder unsere Formulierung würde einen gefährlichen Punkt beinhalten. Herr Bugla, wenn Sie die Formulierung einmal genau lesen, dann heißt es doch hier, daß „Kindergärten, die von Betrieben oder Dienststellen eingerichtet werden, um die Betreuung von Kindern der Betriebsangehörigen beziehungsweise Bediensteten zu gewährleisten, nur dann aus öffentlichen Mitteln gefördert werden" — und jetzt kommt es —, „wenn sie in personeller und sachlicher Hinsicht die Voraussetzungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfüllen."

Und wenn Sie darüber hinaus noch die Durchführungsbestimmungen unter § 11 Ziffer b heranziehen, daß nämlich der Senator für Wohlfahrt und Jugend — in Bremerhaven der Magistrat — ermächtigt werden, durch Verwaltungsvorschriften das Nähere über die Voraussetzung der finanziellen Förderung eines Betriebskindergartens zu bestimmen, dann weiß ich nicht, welche Sicherheiten hier noch eingebaut werden sollen. Denn mehr konnte man nun wirklich nicht tun.

Sie meinten dann auch, über die Aufgabe des Kindergartens wäre viel zu wenig gesagt worden. Nun, meine Damen und Herren, und deshalb habe ich meiner Fraktion an dieser Stelle auch keine Erweiterung der Formulierung von Rheinland-Pfalz vorgeschlagen, daß man pädagogische Aussagen und pädagogische Ziele, die ja gerade in der heutigen Zeit so in Bewegung geraten sind, nicht in ein Korsett zwängen, in ein Gesetz einbringen soll. Wenn hier steht: „der Kindergarten ergänzt und unterstützt die Erziehung des Kindes in der Familie, er soll die Gesamtentwicklung des Kindes durch allgemeine und gezielte erzieherische Hilfen und Bildungsangebote fördern, seine Aufgabe ist es insbesondere, durch differenzierte Erziehungsarbeit die geistige Entwicklung des Kindes anzuregen und seine Gemeinschaftsfähigkeit zu fördern, darüber hinaus soll er allen Kindern gleiche Entwicklungschancen geben", dann ist nach meiner Meinung die Aufgabe des Kindergartens, so wie wir sie heute, ich hatte vorhin etwas leichtfertig gesagt, gemeinsam sehen, umschrieben.

Und als Letztes, Herr Kollege Bugla, das hat mich nun allerdings doch ein bißchen stutzig gemacht — wir können uns ja gegenseitig gar nicht erschüttern, bei unserer sachlichen, wenn auch gelegentlich kontroversen Arbeit in der Deputation, wie sich ja auch hier gezeigt hat —, Sie behaupten, wenn man Eltern im Lande fragt, wollt ihr ein Gesetz oder wollt ihr einen Kindergarten, dann wollen sie den Kindergarten. Ja, das ist mir auch klar! Aber dann brauchen wir auch kein Schulgesetz zu machen. Dann können Sie auch die Beamten fragen, wollt ihr ein neues Besoldungsgesetz oder wollt ihr mehr Geld, dann sagen die bestimmt, mehr Geld genügt, ein Besoldungsgesetz brauchen wir nicht.

(Stürmische Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Es ist der Antrag gestellt worden, unter Unterbrechung der ersten Lesung das Gesetzgebungsvorhaben an die zuständige Deputation für Jugendwohlfahrt zu überweisen.

Über diesen Antrag lasse ich nunmehr abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Antrag: Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (Ergänzung des Artikels 80 — Verlust der Mitgliedschaft in der Bürgerschaft durch Austritt aus einer Fraktion —)**
**(Drucksachenabteilung II Nr. 433)**
**1. Lesung**

Der Antrag ist unterschrieben von dem Abgeordneten Hauptmann und FDP-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor. Auf eine Verlesung kann ich daher wohl verzichten.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Von der NPD-Fraktion ist ein Änderungsantrag vorgelegt worden, der mit der Drucksachen-Nr. 439 hektographiert verteilt worden ist.

Interfraktionell wurde vereinbart, die erste Lesung über den vorliegenden Gesetzentwurf abzuschließen und ihn gemäß Artikel 125 der Landesverfassung anschließend an einen nichtständigen Ausschuß zu überweisen. Die Wahl des nichtständigen Ausschusses werden wir im Falle der Zustimmung zu dem Gesetzentwurf im Anschluß an die Abstimmung vornehmen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag auf Änderung des Artikels 80 der Landesverfassung entspricht einem Bedürfnis, wie es aus zahlreichen Diskussionen in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten hervorgegangen ist.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier in Bremen das Prinzip der Listenwahl. Die Parteien bieten auf den Listen selbstverständlich Kandidaten dem Wähler zur Wahl an. Der Wähler wählt dann diese Kandidaten, wählt dann diese Listen mit diesen Kandidaten. Meine Damen und Herren, nun kann also durchaus der Fall ein-

treten, wie das in Parlamenten sowohl im Bundestag als auch in Landtagen einige Male der Fall war, daß ein Abgeordneter freiwillig, und zwar unter Mitnahme seines Mandats seiner früheren Partei in eine andere Fraktion eintritt. Und nun kann man sehr viel darüber rechten, ob es eine moralische Pflicht gibt, daß er dieses Mandat abgibt oder nicht. Wir haben zum Beispiel ja auf diesem Gebiet einiges erlebt. Selbst Ehrenworte, auch wenn sie schriftlich gegeben wurden, zählen da nicht.

(Abg. K r ä m e r [NPD]: Herr Hauptmann zum Beispiel!)

Ja, Herr Kollege Vorsatz, auf den Zwischenruf bin ich schon längst vorbereitet.

(Abg. V o r s a t z [NPD]: Herr John, ich habe doch gar nichts gesagt!)

Dises Beispiel, Herr Vorsatz, zieht überhaupt nicht, das kann Herr Hauptmann, falls es nötig ist, bestätigen.

(Abg. V o r s a t z [NPD]: Ich habe doch wirklich nichts gesagt!)

Herr Kollege Vorsatz, dann habe ich Sie falsch verstanden. Dann war es jemand anders aus Ihrer Fraktion. Aber Sie treten gelegentlich so besonders durch Zwischenrufe in Erscheinung. Aber diese Sache trifft den Kollegen Hauptmann in diesem Zusammenhang überhaupt nicht, denn jeder weiß, daß die Verhältnisse bei der Deutschen Partei, die einmal in diesem Hause gewesen ist, ganz anders gelegen haben, denn diese Partei, die Fraktion, die zu ihr gehörte gewissermaßen oder die durch Angehörige dieser Partei gebildet wurde, hat sich dann nachher selbst aufgelöst.

Nun, meine Damen und Herren, ich meine, daß es also mit der moralischen Verpflichtung und dem Appell an die moralische Pflicht und Verpflichtung nicht getan ist. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 22. 7. 1969 seine schon früher vertretene Meinung bekräftigt, daß das Grundgesetz den Ländern in der Gestaltung ihrer Verfassung im einzelnen Spielraum läßt und nicht Konformität oder Uniformität fordert, sondern eine gewisse Homogenität durch Bindung an gewisse leitende Prinzipien herbeiführen will.

Eine Einfügung einer Bestimmung in die Landesverfassung, wonach der Austritt aus einer Partei zum Mandatsverlust führt, würde den genannten leitenden Prinzipien des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates nicht widersprechen, so meinen wir.

Der Parteienwechsel in den Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag hat, wie gesagt, zu erheblicher Unruhe geführt, und auch Vertreter der SPD und CDU haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Ich erinnere mich zum Beispiel an eine Podiumsdiskussion, zu der Herr Kollege Grobecker, Mitglied des Bundestags, Herr Kollege Dr. Cassens und ich in Grolland waren, wo gerade diese Frage bei der Bevölkerung heftige Kritik ausgelöst hat, und wobei die Vertreter der drei Parteien sich darüber im klaren waren, daß auf diesem Gebiet wohl etwas geschehen müßte.

Wir sind uns als FDP-Fraktion völlig darüber im klaren, daß wir in gewissem Sinne auf der einen Seite verfassungspolitisches Neuland betreten, daß man es aber auf der anderen Seite wohl nicht vermeiden kann, wenn Demokraten — sie mögen zu dieser oder jener Partei gehören — nicht wie die Katze um den heißen Brei herumgehen, sondern sich mit Fragen befassen, wie sie nun einmal in der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit in der Diskussion sind.

Wir sind als FDP-Fraktion weit entfernt davon, für die Diskussion verfassungspolitischer Fragen etwa den berüchtigten Grundsatz des „gesunden Volksempfindens" heranzuziehen, wie er durch das Dritte Reich aufgestellt worden ist. Was wollen Sie aber machen, meine Damen und Herren, wenn Sie von der Bevölkeuung gefragt werden, wenn das vielzitierte Gewissen des Abgeordneten angesprochen wird, das ja in dieser ganzen Diskussion immer eine Rolle spielt und das ja auch in Verfassungen niedergelegt ist, und dann die Bürger Sie fragen, was geschieht aber dann in den Fällen, wo ein Abgeordneter offenbar einen Teil dieses Gewissens verloren hat, oder wo es sehr schwer ist, dieses Gewissen bei ihm zu entdecken? Das sind Fragen, die aus der Bevölkerung kommen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das können Sie doch nicht entscheiden!)

In Kreisen des Bundestags, Herr Kollege Klein, das haben Sie vielleicht aus der Presse entnommen, befaßt man sich mit dieser Frage aus der eben genannten Diskussion in der Öffentlichkeit. Man hat dort zum Beispiel untersucht, ob es wohl möglich sein könnte —

(Abg. B r o u w e r [NPD]: Die Koalition aufrechtzuerhalten!)

— nicht um die Koalition aufrechtzuerhalten; das sind Überlegungen zwischen allen drei Parteien, die im Bundestag vertreten sind, Herr Kollege Brouwer —, um die Mehrheitsverhältnisse in einem Parlament, so wie der Wähler sie gewollt hat, als er seine Stimme abgab, herzustellen.

(Z u r u f des Abgeordneten Schepers [CDU])

Dort ist zum Beispiel die Überlegung — Herr Kollege Schepers, ich nehme an, das war Ihr Zwischenruf — angestellt worden, ob man einem Abgeordneten zwar konzedieren wolle, sein Mandat auch bei dem Austritt aus seiner bisherigen Fraktion zu belassen, aber im Sinne der Schaffung von Überhangmandaten zum Beispiel sich zu überlegen, ob der nächste von der Liste der jeweiligen Partei nachrückende Abgeordnete aufrücken könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Überlegungen gewesen, die die FDP-Fraktion bewogen haben, dieses in der Öffentlichkeit

heiß umstrittene Thema hier in die Diskussion dieses Hauses zu bringen. Wir bitten Sie, diesen Antrag nach Abschluß der ersten Lesung — und diesen Antrag stelle ich für die FDP-Fraktion — dem nichtständigen Ausschuß gemäß Artikel 125 der Landesverfassung zu überweisen.

Herr Präsident, ich weiß nicht, bin ich im Zweifel, ob der Änderungsantrag der NPD schon aufgerufen ist.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das ist der Fall!

Abg. **John** (FDP): Dann darf ich dazu schon ein Wort sagen. Wir meinen, daß dem Änderungsantrag der NPD deswegen nicht entsprochen zu werden braucht, weil das Wort „Austritt" die Freiwilligkeit schon impliziert, so daß hier von unserer Warte aus keine Notwendigkeit für die Annahme dieses Antrags besteht.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege John, die Tatsache, daß Sie vorhin auf eine Äußerung eingingen, die ich nicht gemacht habe, veranlaßt mich, Ihnen ein wenig anders zu antworten und anders zu beginnen, als ich das ursprünglich vorhatte.

(Abg. John [FDP]: Das kann vorkommen!)

Herr Präsident, gestatten Sie mir bitte, daß ich anfange zu zitieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere wie folgt:

„Wir haben weder damals noch jetzt für Abgeordnete eine solche Art von Vertragsstrafen eingeführt, wohl wissend, daß es in unserer Verfassung nicht nur den Artikel 21 gibt, der die Rechte der Parteien regelt, sondern auch den Artikel 38, der das freie Mandat postuliert. Und hier ist für uns ein Punkt erreicht. Es gibt nun einmal im menschlichen Leben Bindungen, die man freiwillig eingeht. Dennoch ist es sehr wohl sittenwidrig, wenn das Auflösen einer solchen freiwillig eingegangenen Verbindung nachträglich mit irgendeiner Form der Konventionalstrafe zu belegen versucht wird, die eigentlich unserem Zusammenleben nicht gerecht wird." — Und weiter: „Wir sollten uns davor hüten, an dieser Stelle Dinge auszutragen, die parteiintern vielleicht unter dem Gesichtspunkt des Auswahlverschuldens, oder was weiß ich, zu sehen sind. Jede Partei muß sich ihre Kandidaten ansehen. Jeder, der sich für eine Partei aufstellen läßt, muß auch prüfen, ob er in sich das Zeug hat, vier Jahre durchzustehen. Niemand von uns weiß am Tag der Wahl, was seine Partei und seine Fraktion in vier Jahren tun werden. Gewissenskonflikte bleiben niemandem erspart, aber mit den Methoden solcher Strafen läßt sich dieses Problem der guten Sitten in der Demokratie nicht befriedigend lösen." — Lebhafter Beifall bei FDP, CDU und SPD.

Denn dieses waren Ausführungen der Freien Demokratischen Partei in der 62. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 20. Januar 1970.

(Abg. Fichtner [NPD]: Hört, hört! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hört, hört! — Abg. John [FDP]: Das bezog sich aber auf die 30 000 DM!)

Dieses habe ich hier nur an den Anfang gesetzt, weil der Herr Kollege John von einem Bedürfnis sprach, wie es aus der Diskussion in der Öffentlichkeit in den letzten Monaten hervorgegangen ist.

Herr Kollege John, ich kann dazu zunächst nur eines sagen: Mit diesem Zitat der FDP aus dem Niedersächsischem Landtag, das an sich eine Begründung zur Ablehnung Ihres Antrags wäre, könnte man Ihren Antrag zu den Akten legen, wenn man nicht wüßte, daß gerade bei Ihrer Partei überraschende Meinungswechsel nicht die Ausnahme, sondern die Regel ihrer politischen Praxis sind.

(Beifall bei der NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser vorliegende FDP-Antrag rührt an die Grundproblematik des freien und des imperativen Mandats — und ich hätte in Ihrer Begründung eigentlich dazu etwas erwartet, Herr Kollege John —,

(Abg. John [FDP]: Ich kann Ihnen ja auch einiges sagen!)

jenes freien Mandats, das im Grunde herrührt aus dem Sieg des freien Mandats der Französischen Revolution über das imperative Mandat der Generalstände.

(Abg. Klemmer [SPD]: Wie war das?)

Daß Sie das nicht wissen, das konnte ich mir denken.

(Lachen bei der NPD)

Nun hat es allerdings oft, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Anschein, als ob der Artikel 38 des Grundgesetzes in einem auffälligen Mißverhältnis zur Welt der Tatsachen steht, zur Welt, in der wir leben. Der auf Artikel 21 der Weimarer Verfassung beruhende Artikel 38 des Grundgesetzes findet bekanntlich seine Entsprechung im Artikel 83 der Bremischen Landesverfassung und enthält, wie auch in allen anderen Landesverfassungen, das Verbot des imperativen Mandats.

Wenn aber heute allgemein das Empfinden besteht — Herr John, darin gebe ich Ihnen recht —, daß hier zur Welt der Tatsachen ein auffälliges Mißverhältnis gegeben ist, so ist dieses Unbehagen in der Öffentlichkeit doch auch der von Ihnen angesprochene Hintergrund Ihres Antrags.

(Abg. Klemmer [SPD]: Das ist genau das, was Herr Faßbender gesagt hat!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich wird dieser Hintergrund durch zahlreiche Übertritte

von Abgeordneten von der einen zur anderen Partei in der letzten Zeit beleuchtet.

(Abg. K l e m m e r [SPD]: Das ist doch schrecklich, Herr Vorsatz!)

Im vergangenen Jahr fand dieses Spiel vorwiegend im Zuge von angestrebten Koalitionsveränderungen in Niedersachsen statt, neuerdings steht Bonn im Mittelpunkt ähnlicher Affären. Im vorigen Jahr rankte sich die Diskussion um die ausgetretenen NPD-Abgeordneten Haß, Jaede, Stuhldreher, in diesem Jahr wird die Szenerie beleuchtet durch Namen wie Geldner, um nur dabei zu bleiben.

(Abg. K o s c h e k [CDU]: Kommt von Geld!)

Und diese Namen ganz allgemein sind Begriffe geworden, um die herum sich das Unbehagen an diesen Artikeln in den Verfassungen bildet.

Unbehagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich das völlig offen ansprechen, weil nämlich für jeden Bürger und auch für uns ganz erhebliche Zweifel daran bestehen, daß Abgeordnete ausschließlich aus Gewissensgründen etwa von der FDP oder NPD zur CDU verschwinden. Es ist doch wohl nicht ganz abwegig, in diesen Zusammenhängen an Konrad Adenauer zu erinnern, der einmal sagte: „Herr Jlobke, jeben se den Leuten doch wat Jeld."

(Heiterkeit bei der NPD)

Es stellt sich bei uns so dar, daß Überläufer von einer Partei zur anderen in der Lage sind — und das gilt selbstverständlich auch für Bonn —, in unerträglicher Weise den Wählerwillen zu manipulieren oder im Nachgang eine Wahl zu verfälschen. Denn abgesehen von dem Direktmandat, das hier ja in keiner Weise zur Diskussion steht, hat der Wähler in Bremen auf jeden Fall eine Parteienliste gewählt, und er hat seine Stimme vorwiegend einer Partei gegeben, und er möchte sich nicht plötzlich von einer anderen Partei im Parlament repräsentiert sehen. Durch einen Übertritt wird im Regelfall die aufstellende Partei wie auch der Wähler betrogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun hat es allerdings auch in der deutschen Parlamentsgeschichte schon andere Lösungen gegeben. Zum Beispiel hat das württembergische Landtagswahlgesetz von 1924, das auch später einem Gerichtsurteil zum Anlaß diente, eine ähnliche Regelung, wie sie hier angestrebt wird, vorgesehen. In diesem Landtagswahlgesetz, das also insoweit zur deutschen Parlamentsgeschichte gehört, hieß es in den zwanziger Jahren: „Ein Abgeordneter verliert seinen Sitz" — es kommen dann fünf Punkte, der sechste Punkt lautet —: „durch Austritt aus derjenigen politischen oder anderen Vereinigung, in deren Auftrag er von einer Wählervereinigung auf ihre Vorschlagsliste gesetzt wurde." Der damalige württembergische Staatsgerichtshof hat die Rechtmäßigkeit dieser Formulierung bestätigt. Auch in kommunalen Wahlordnungen hat es — zumindest damals — ähnliche Regelungen gegeben.

Davon ausgehend, meine Damen und Herren, scheint eine Änderung der gegenwärtigen Verfassungen möglich, da ich in aller Eindeutigkeit feststelle, daß der gegenwärtige Zustand im Grunde genommen niemanden befriedigen kann.

Natürlich, und das gehört zur Problematik des gesamten Komplexes, ist im Lauf einer Legislaturperiode denkbar, daß ein Abgeordneter aus tatsächlichen Gewissensgründen von einer Partei zur anderen übertritt. Aber, meine Damen und Herren, in diesem Fall ist es auch für den betreffenden Abgeordneten absolut zumutbar, daß dieser Abgeordnete aus seiner Gewissensnot die Konsequenz zieht, daß er sein Mandat niederlegt und sich im offenen politischen Kampf im nächsten Wahlkampf um ein neues Mandat bemüht. Das ist die einzig saubere Regelung, die in dieser Frage denkbar ist.

Es gibt insofern in der Sache erhebliche Übereinstimmungen mit dem Antrag der Freien Demokraten. Was uns zu unserem Änderungsantrag veranlaßt, ist aber die Tatsache, daß demgegenüber auch einige Bedenken bestehen. Sie haben die Formulierung gewählt: „Durch Austritt eines Abgeordneten aus seiner Fraktion." Und das, muß ich ganz offen sagen, will uns in diesem Zusammenhang nicht schmecken, vielleicht auch besonders hier in Bremen nicht schmecken. Und zwar aus folgendem Grund: Ich berufe mich hier auf die mehrfach vorgetragene Meinung von Theodor Eschenburg, der sagt, daß eine solche Begründung, die nämlich an die Fraktion gebunden ist, zunächst einleuchtend sei. Er schreibt weiter, und zwar im vergangenen Jahr: „Die Konsequenz daraus" — nämlich des Übertritts an die Fraktion gebunden — „wäre aber auch, daß auch ein von der Fraktion ausgeschlossener Abgeordneter sein Mandat verliert."

(Abg. J o h n [FDP]: Ein Austritt ist immer freiwillig!)

Herr John, Sie haben vorhin in Abrede gestellt, daß dieses Ihre Absicht sei, und das nehme ich Ihnen durchaus ab. Aber man soll doch in einer so wichtigen Frage, meine ich, auf Nummer sicher gehen.

Ich zitiere weiter die Meinung Eschenburgs: „Unbequeme Abgeordnete auf diese Weise loszuwerden, wäre für die Fraktionen eine große Versuchung." Eine solche Regelung würde wohl den grundgesetzlichen Bestimmungen — die Abgeordneten sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden — widersprechen! Er hat diese seine Auffassung in diesem Jahr erneut präzisiert und vorgetragen. Das heißt also, und das ist unsere Meinung zu der Sache, Sie müßten, um den angestrebten Zweck zu erreichen, den Sie mit Ihrem Antrag verfolgen, den freiwilligen Übertritt in dieses Gesetz mit hineinnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie uns das jetzt von der Fraktion der FDP nicht übel, daß wir nach dem Fall des unfreiwilligen Aus-

schlusses des Abgeordneten Schubert aus Ihrer Fraktion doch in dieser Hinsicht auch besondere Bedenken haben können,

(Abg. J o h n [FDP]: Dazu soll sich der Staatsgerichtshof äußern!)

nämlich des Ausschlusses aus der Fraktion und aus der Partei, obwohl der Kollege Schubert Wert darauf legte, in seiner Partei, der Freien Demokratischen Partei, zu verbleiben.

(Abg. J o h n [FDP]: Er hat ja eine neue Heimat gefunden!)

Aus diesem Grunde würde ich sagen, daß Sie ruhig in dem Gesetzestext den freiwilligen Übertritt verankern sollten.

Wir wissen natürlich sehr genau, daß es zu der in Ihrem Antrag angesprochenen Frage im Grunde genommen zwei Grundmeinungen gibt. Die eine Grundmeinung sagt, daß die Bindung des Abgeordnetenmandats an die Beibehaltung der Parteizugehörigkeit grundsätzlich mit dem freien Mandat unvereinbar sei. Das ist die eine Meinung der Verfassungsrechtler. Eine andere Richtung, die zum Beispiel von Professor Kriele, Köln, vertreten wird, sagt, daß Verfassungsänderungen in dieser Hinsicht möglich sind, wenn sie an einschränkende Bedingungen gebunden sind.

Unter den einschränkenden Bedingungen versteht diese Schule, wenn ich so sagen darf, der Mandatsverlust kann nur für Listenmandate in Frage kommen. Das ist eine Frage, die sich hier in Bremen nicht stellt, sondern bereits durch die entsprechenden Gesetze beantwortet wird. Es muß aber auch absolut sichergestellt sein, daß eine Partei nicht durch Ausschluß aus ihren Reihen einen Abgeordneten um sein Mandat bringen kann, weil nämlich sonst jede Unabhängigkeit des Abgeordneten dahin wäre. Dem läßt sich, und zwar entgegen der vorhin zitierten Meinung Eschenburgs, Rechnung tragen, wenn Sie den freiwilligen Übertritt, wie ich eben schon sagte, in Ihren Entwurf hineinnehmen.

Aus diesen Erwägungen heraus, Herr John, resultiert unser Änderungsantrag Nummer 439.

(Abg. K l e m m e r [SPD]: Jetzt kommen wir zur Sache!)

Wir sind duchaus der Meinung, daß die Praxis der Parlamente in der Bundesrepublik gezeigt hat, daß die Gesetze beziehungsweise die Verfassungen den entsprechenden, inzwischen herrschenden Verhältnissen angepaßt werden sollten. Aber der vorliegenden Fassung des FDP-Antrags möchten wir aus den erwähnten Gründen nicht zustimmen. Nach Annahme unseres Änderungsantrags — das heißt der Herstellung unserer Auffassung nach einer verfassungsrechtlich diskutablen Fassung Ihres Antrags — würden wir mit Ihrem Antrag übereinstimmen, aber nur dann!

(Beifall bei der NPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Meine Damen und Herren, es ist unterdessen 19 Uhr geworden und damit der Zeitpunkt erreicht, bis zu dem wir heute tagen wollten. Es geht hier also um die Frage, wann wir uns morgen wieder zusammenfinden.

(Abg. D r . S i e l i n g [CDU]: Diesen Punkt erledigen! — Abg. F i s c h e r [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte, Herr Abgeordneter Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, ich würde anregen, daß wir diesen Punkt, der in der Debatte recht weit fortgeschritten ist, zum Abschluß bringen.

**Vizepräsident Dr. Zander:** Meine Damen und Herren, ich muß darüber abstimmen lassen, ob wir weitertagen oder morgen früh fortfahren wollen.

Wer, wie vorgesehen, dafür ist, daß die Sitzung jetzt unterbrochen und am morgigen Vormittag fortgesetzt wird, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür teilweise SPD)

Das ist die Minderheit. Daraus kann der Umkehrschluß gezogen werden, daß wir in der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes fortfahren.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Klink.

Abg. **Dr. Klink** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich entsprechend der fortgeschrittenen Zeit jetzt kurz fassen. Die Frage des Mandatsverlusts durch Fraktionsaustritt ist in letzter Zeit verfassungsrechtlich als Problem diskutiert worden und hat besondere politische Aktualität gewonnen durch einige Ereignisse auf Länderebene, aber auch auf Bundesebene. Wenn wir die Frage von der Bundesverfassung aus fixieren, kommen wir sofort auf Artikel 38 und Artikel 121 des Grundgesetzes und auf ihr Verhältnis zueinander. In Bremen, in unserer Landesverfassung, spielt hierbei der Artikel 80 hinein, um den es hier bei dem FDP-Antrag auch geht.

Wer zu diesem Problemkreis, meine Damen und Herren, die Verfassungsrechtler bemüht, wird feststellen, daß die Meinungen sehr kontrovers sind, sehr weit auseinandergehen, daß aber bei der Frage der Listenwahl und der Mandate, die aufgrund einer Listenwahl erworben wurden, die Meinungen überwiegen, daß hier bei Fraktionsaustritt durchaus Konsequenzen zu erwarten sind. Man wird hier insbesonders auf Äußerungen verweisen können von Professor Leibholtz und von Verfassungsrechtler Dr. Säcker.

Meine Damen und Herren, wenn ich die Äußerungen von Verfassungsrechtlern richtig werte, dann komme ich zu dem Ergebnis, daß man die Meinung vertritt, daß nach der heutigen Verfassungslage eine Kassierung eines Mandats durch Fraktionsaustritt nicht gegeben ist, und zwar in keiner Landesverfassung und auch nicht in der Bundesverfassung, daß aber die Regelung dieses Problems dem Zugriff des Landesgesetzgebers durchaus offengehalten ist.

Wenn ich deshalb darum bitte, daß wir diesem Antrag zustimmen sollten, so deshalb, um in dem dann zu bildenden Ausschuß nach dem Artikel 125 in eine weitere Prüfung eintreten zu können, und um dann in der zweiten Lesung in eine fundierte Diskussion eintreten zu können.

Was den Antrag der NPD anbetrifft, so möchte ich hierzu folgendes sagen: Ich habe mit Interesse die Ausführungen des Abgeordneten Vorsatz über die Gewissensnot von Abgeordneten verfolgt, die mit ihrer eigenen Fraktion in Konflikt kommen, und über das freie Mandat. Dabei erinnerte ich mich an die Praxis einiger Landesverbände der NPD, die vorsehen, daß vor Eintritt in ein Parlament die Abgeordneten einen Wechsel zu unterschreiben haben,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Diese Verpflichtung gab es bei Herrn Mende auch!)

der einzulösen ist, wenn der Abgeordnete in Gewissensnot kommt.

Meine Damen und Herren, der Antrag der NPD scheint uns — und auch die Ausführungen des Abgeordneten Vorsatz — nicht zu einer Klärung beizutragen. Dieser Antrag schafft, so meine ich, weitere neue Unklarheiten. Er stellt nämlich ab auf den Übertritt, nicht auf den Austritt. Auf den Übertritt zu einer neuen Partei, und schafft damit das Dickicht von fraktionslosen, vielleicht sogar von parteilosen Abgeordneten. Er spricht von einem freiwilligen Übertritt, was doch wohl begrifflich voraussetzt, daß es doch wohl auch einen unfreiwilligen Übertritt gibt, den ich nicht für denkbar halte. Er bringt außerdem Unklarheit dann über den Status des Hospitanten.

Aus diesen Überlegungen heraus, weil hier neue Unklarheiten geschaffen werden, empfehle ich, den Antrag der NPD abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich ebenfalls kurz fassen und damit begnügen, hier noch einmal zu wiederholen, daß bei aller Anerkennung einer Problematik, die sich um diese Fragen, die hier angeschnitten worden sind, rankt, die Gefahr einer Unter-Druck-Setzung der einzelnen Abgeordneten uns zu groß erscheint. Nicht umsonst sind die entsprechenden Regelungen sowohl im Grundgesetz, in dem hier bereits zitierten Artikel 38, als auch in der Bremischen Landesverfassung, Artikel 83, eingeführt worden. Nicht umsonst ist darauf hingewisen worden, daß die einzelnen Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes gelten, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, nur ihrem Gewissen unterworfen sind.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Wenn es jetzt heißt: Ein Abgeordneter, der aus seiner Fraktion austritt, verliert damit sein Mandat, so könnte der Eindruck erweckt werden, als ob ein solcher Austritt immer nur im eigenen Entschluß des Abgeordneten zu suchen ist. Es wird überprüft, welche Möglichkeiten bei den einzelnen Fraktionen gegeben sind, dem Abgeordneten, der einer Fraktionsmeinung, die er glaubt, mit seinem Gewissen nicht verantworten zu können, Widerstand leistet, das Leben so schwer zu machen, daß er letzten Endes nicht mehr anders kann, als aus dieser Fraktion auszutreten. Wo da die Freiwilligkeit anfängt und wo der Zwang aufhört, ist schlechterdings nicht festzustellen.

Wir sind deshalb der Meinung, daß mit den wohlerwogenen Grundprinzipien sowohl des Grundgesetzes als auch unserer Bremischen Landesverfassung der Antrag, wie er uns hier von der FDP vorgelegt worden ist, sich nicht vereinbaren läßt. Wir werden deshalb diesen Antrag ablehnen, und aus dieser Ablehnung ergibt sich auch, daß wir der Überweisung an einen Ausschuß nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung unsere Zustimmung nicht geben können.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Zander:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der NPD-Fraktion abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür NPD)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Ursprungsantrag.

Wer das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Wir kommen nunmehr zur

**Wahl des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung.**

Entsprechend einer interfraktionellen Absprache soll der Ausschuß aus neun Mitgliedern bestehen. Nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt steht das Vorschlagsrecht für fünf Abgeordnete der SPD-Fraktion, für drei Abgeordnete der CDU-Fraktion und für einen Abgeordneten der FDP-Fraktion zu.

Von den Fraktionen sind folgende Abgeordnete vorgeschlagen worden:

Von der SPD-Fraktion: Abgeordneter Böhrnsen, Abgeordneter Dr. Walter Franke, Abgeordneter Kahrs, Abgeordneter Dr. Klink, Abgeordneter Wenke.

Von der CDU-Fraktion: Abegeordneter Dr. Cassens, Abgeordneter Fischer, Abgeordneter Dr. Zander.

Von der FDP-Fraktion: Abgeordneter Hauptmann.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Werden weitere Vorschläge gemacht?

Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß § 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten in den nichtständigen Ausschuß wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD, CDU, FDP)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

**Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung**

In den am 4. 9. 1968 eingesetzten nichtständigen Ausschuß gemäß Artikel 125 der Landesverfassung war als Mitglied der FDP-Fraktion der Abgeordnete Paul-Heinz Schubert gewählt worden. Nach dem Ausscheiden des Abgeordneten Schubert aus dieser Fraktion steht der FDP-Fraktion erneut das Vorschlagsrecht für ein Mitglied zu.

Es wird vorgeschlagen, den Abgeordneten Walter Hauptmann anstelle des Abgeordneten Paul-Heinz Schubert in den Ausschuß zu wählen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Werden weitere Vorschläge gemacht?

Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß § 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer den Abgeordneten Walter Hauptmann anstelle des Abgeordneten Paul-Heinz Schubert in den nichtständigen Ausschuß gemäß Artikel 125 der Landesverfassung wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit ist zugleich auch die letzte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) im Jahr 1970 zum Abschluß gekommen.

Ich möchte die Sitzung nicht schließen, ohne den Damen und Herren Abgeordneten unserer Bremischen Bürgerschaft namens des Vorstands die besten Wünsche zu Weihnachten und zu dem bevorstehenden Jahreswechsel mit auf den Weg gegeben zu haben.

Dann noch etwas anderes, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident Engel hat heute leider nicht vorsitzen können. Sein Gesundheitszustand ist immer noch so, daß er es sich nicht hat zutrauen können, heute diese Belastung zu übernehmen. Ich glaube, wohl voraussetzen zu können, wenn ich in Ihrer aller Namen Herrn Präsident Engel unsere besten Wünsche zu seiner vollständigen Genesung übermittle.

(Starker Beifall)

Ich sehe, daß Sie damit einverstanden sind.

Jetzt schließe ich die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 19.15 Uhr.)

Druck: Hans Krohn, Bremen